



Konrad
Adenauer
Stiftung

ROLAND BENEDIKTER

DER US-PRÄSIDENTSCHAFTS-
WAHLKAMPF 2015-16:
UNGLEICHHEIT ALS KERNTHEMA

STEHEN WIR VOR EINER NEUEN PHASE
GESELLSCHAFTSPOLITISCHER DEBATTE
IN DEN USA?

Mit einem Vorwort von Matthias Schäfer



INHALT

7 | **VORWORT**

9 | **ZUSAMMENFASSUNG**

- 13 | „Meine Freundin war reich, aber nun lebt sie in einem Bus in Ohio“. Obamas Witz über Hillary Clinton beim Journalistendinner 2015, der keiner war
- 15 | Hillary Clinton: Eine Millionärin als Ungleichheits-Kämpferin?
- 18 | Das amerikanische Gesellschaftsideal – unterminiert durch Ungleichheit
- 21 | Die innerparteilichen Clinton-Konkurrenten: Wendet sich die Mehrheit der Demokratischen Partei nun stärker einer sozialen Agenda zu?
- 25 | Demokratische und Republikanische Wahlkampfmannschaften: Verwässerung oder Akzentuierung von Unterschieden zwischen den Großparteien in der Ungleichheitsfrage?
- 28 | Die Demokratische Partei stellt sich für die Nach-Obama-Ära auf: Fokus auf Ungleichheit, aber „ohne Illusionen“?
- 31 | Druck von „links“, oder: Bernie Sanders
- 33 | Fabriken der Ungleichheit: Der Zusammenhang zwischen Reichtum, Wahlgesetzgebung, Steuern und Staatsinvestitionen (Redistribution)
- 35 | Die Folge von Sanders gegen Clinton: Ein härterer inner-„Demokratischer“ Wahlkampf ist zu erwarten – geschuldet der für das 21. Jahrhundert amerikanisch neu interpretierten Klassenfrage
- 40 | Die Republikaner: Wird Saulus plötzlich zum Paulus?
- 44 | Ungleichheit in den USA: Fakten zur Situation – ungeachtet parteipolitischer Rhetoriken
- 47 | Die Meinung der arbeitenden US-Bevölkerung – und die Vorausschau der OECD
- 51 | Die Indikations-, Symbol- und Scharnierrolle des Bildungs- und Erziehungsbereichs für die Ungleichheits-Entwicklung der USA

Urheber: Roland Benedikter

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2015



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2015, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: Cornelia Wurm, ZKM / Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 55 | Ungleichheit im US-Erziehungsbereich: Unabhängig vom Wirtschaftszyklus. Eine lineare oder gar exponentielle Entwicklung?
- 58 | Sozialer Mobilitätsaufzug Erziehung. Auch hier: Die Reichsten gegen den Rest?
- 62 | „Eliminierung der Mittelklasse“: Aufgrund von Phasen- oder Strukturproblemen?
- 65 | Der neue US-Trend: Studienabschlüsse in Europa, dem am wenigsten ungleichen Kontinent
- 68 | Zwei treibende Zukunftsfelder von Ungleichheit in den USA: Bildung und Natur – und die Notwendigkeit von Reformen
- 72 | Zusammenfassung. Das gemeinsame Problem der Post-Obama-Rhetoriken von Demokratischen und Republikanischen Präsidentschaftskandidaten: Das unscharfe Ziel. Die vier Optionen
- 74 | Armuts- oder Ungleichheitsbekämpfung?
- 77 | Der US-Mythos vom „Reichwerden“ und die Reduktion der Ungleichheitsfrage auf Einkommensungleichheit
- 81 | Konkrete Handlungsversprechen: Programmatische Offenheit oder Unschärfe mit Methode?
- 82 | Der Kontext. Drei synchrone Symptomcluster der gegenwärtigen Passage Amerikas: Die US-Reaktionen auf die Ungleichheits-Analyse Thomas Pikettys, Barack Obamas Rede von „Ungleichheit als zentraler Herausforderung unserer Zeit“ und die Baltimore- und Ferguson-Unruhen
- 87 | Ungleichheits-Unruhen und Milliardenrekorde
- 90 | Die Hintergründe: Zu wenig erkundete Untiefen der „amerikanischen Seele“. Zwei entgegengesetzte Positionen zu den Wurzeln amerikanischer Ungleichheit: Der „klassische Idealist“ Alexis de Tocqueville gegen den „Neophyten“ Donald Trump
- 95 | Die neue Geldaristokratie: „Erbte Meritokratie“
- 98 | Die fünf Stufen heutigen amerikanischen Wohlstandes – und die damit Unzufriedenen: „Nur Erben macht reich“?
- 103 | Über den Wahlkampf hinaus. Die große Frage für die kommenden Jahre: Was haben die US-Präsidentschaftskandidaten wirklich vor?
- 107 | Schlussfolgerung. Ungleichheit: Ein zentraler Baustein der Zukunftsdiskussion des Westens – nun auch mit Beteiligung der USA?
- 111 | Ausblick. Kann „nur Amerika Amerika gefährden“? Ungleichheit im US-Präsidentschaftswahlkampf 2015-16: Kern-, Leit- oder Verliererthema?
- 115 | Anhang: Ungleichheit und soziale Mobilität im Vergleich zwischen den heutigen USA und Europa. Matthias Schäfer und Dr. Lars Hänsel im Gespräch mit Roland Benedikter
- 128 | **DER AUTOR**

VORWORT

Roland Benedikter zeigt im vorliegenden Buch: Das Thema „Ungleichheit“ steigt zum Kernthema des US-Präsidentenwahlkampfes 2015-16 auf. Steht Amerika damit mittelfristig vor einer Neubewertung der Ungleichheits- und also auch der Mittelschichtfrage? Und steht es dabei indirekt gar auch vor einer Neubewertung des Kapitalismus in Richtung einer stärker sozial ausgerichteten Marktwirtschaft, was naheliegend wäre? Das käme in Zeiten global wachsender Asymmetrien einer neuen Grundsatzorientierung mit Vorbildwirkung gleich. Oder bleibt das Ganze, was wenig überraschend wäre, weitgehend Rhetorik, die – wie meist Wahlkampfversprechen – nur kleinere Korrekturen im Sinn von Anpassungen an Systemtrends produzieren wird?

In der Tat ist es, wie Benedikter herausarbeitet, charakteristisch für die USA, dass es im 20. Jahrhundert viele Anläufe zur Beseitigung von *Armut* gegeben hat, aber kaum je zur Beseitigung von *Ungleichheit*. Beides ist für amerikanisches Empfinden meist mehr oder weniger dasselbe. Darin liegt ein maßgeblicher Unterschied zu europäischen Wohlfahrtsstaaten und den ihnen zugrundeliegenden Sichtweisen.

Benedikter analysiert im folgenden drei wesentliche Entwicklungslinien der aktuellen amerikanischen Debatte. Diese könnten dem Thema Ungleichheit über den aufkommenden Präsidentschaftswahlkampf hinaus eine ungekannt ernsthafte Rolle auf der politischen Agenda der USA geben:

- die Rolle der *Einkommens- und Vermögensverteilung*, die von vielen in der Mittelschicht als nicht mehr hinnehmbar gesehen wird;
- die Entwicklung der *Bildungspolitik*, die den unteren und mittleren Klassen zunehmend nur mehr um den Preis erheblicher privater Verschuldung einen Bildungsabschluss ermöglicht, welcher Fähigkeiten und Perspektiven vermittelt;

- und die *Umwelt- und Energiepolitik*, deren Folgen stark unterschiedliche Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Gruppen haben.

Die damit verbundene dreifache Entwicklung stellt die Grundfesten des „Amerikanischen Traums“ vor eine bisher vielleicht nie dagewesene Frage: Ist das große Versprechen Amerikas auf *vertikale Mobilität* für alle nur noch eine leere Hülse? Und wird damit auch das Fundament dieses Versprechens – die unbewusste amerikanische Kulturprägung – brüchig, wonach es auch Verlierer geben muss, damit es Gewinner gibt, und dass zugleich jeder vom Verlierer zum Gewinner werden kann?

Fest steht: Wenn der Ausgang der Wahl im November 2016 und die Ergebnisse der Regierungspolitik, egal von welchem Lager – rechts oder links der politischen Mitte – aus betrachtet, zur Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse führen, dann stellen sich für das demokratische US-Gemeinwesen und seine bisherige (Markt-) Wirtschaftsordnung erhebliche Legitimationsfragen. Das wäre eine Entwicklung, die über transatlantische Mechanismen auch vor den politischen Debatten eines mit sich selbst beschäftigten „alten“ Europa nicht Halt machen würde.

Berlin, im November 2015

Matthias Schäfer

Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung

ZUSAMMENFASSUNG

Bedeutende Veränderungen scheinen sich in den USA anzubahnen. Nicht nur im *Umweltbereich* zeichnet sich nach den Gesetzesvorschlägen Barack Obamas zur Emissions-Reduktion vom August 2015 und seiner symbolträchtigen Absage an die Keystone XL Pipeline für Schieferöl von Kanada nach Nebraska vom November 2015 eine Wende ab – auch wenn erst noch zu sehen sein wird, ob und inwieweit die Republikaner ihre Pauschal-Blockade gegen Obamas Reformpolitiken fortsetzen oder gar mithilfe der noch immer weithin ungeliebten Umwelt- und Klimafrage intensivieren können. Wandel gilt auch für die *Außenpolitik* – Stichworte: Normalisierung der Beziehungen mit Iran und Kuba – sowie für die *Innen-Sozialpolitik*, etwa Obamas Versuche, ethnische Diskriminierungsmuster und -praktiken zu hinterfragen, ausdrücklicher öffentlich zu thematisieren und zum Teil auch stärker zu ahnden, vor allem auch ihre kulturellen und institutionellen Wurzeln anzugehen.

All diese Initiativen sind Versuche Obamas, im letzten, für seine historische Wahrnehmung aus seiner Sicht mit entscheidenden Abschnitt seiner Amtszeit sein Bild für die Nachwelt zu retten. Obama will seinen Nachfolgern einen multidimensionalen Transformationsprozess übergeben, der in entscheidenden Aspekten wenigstens ernsthaft (wenn auch nicht wie vom Präsidenten gewünscht irreversibel) angestoßen ist.

Für die Zukunft der USA insgesamt noch wichtiger als diese Impulse scheint aber zumindest potentiell eines: *Erstmals seit den 1960er Jahren wird der US-Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 nicht ohne Kernthematization von Ungleichheit zu führen – geschweige denn zu gewinnen sein*. Die nächste Präsidentschaft ab Januar 2017 ist laut übereinstimmender Analyse aller Kandidaten nur mit Aktivierung des Mittelstandes zu gewinnen.

Für den Mittelstand aber ist laut Umfragen Ungleichheit zum eindeutig größten, ja mittlerweile entscheidenden Problem Amerikas geworden. Amerika ist vierter in der weltweiten Ungleichheitsskala, dabei aber mit Abstand das fortschrittlichste und größte Land, und die Kluft zwischen Oberklasse und Mittelstand, Wohlhabenden und Verschuldeten vergrößert sich ständig. Durch die wachsende Ungleichheit ist der „Amerikanische Traum“ mit seinem Ideal vertikaler Mobilität aus eigener Kraft für die meisten im „Land der Freien und Zuhause der Tapferen“ (*land of the free*

and home of the brave) ungeachtet aller persönlichen Anstrengung zwar nicht im Ideal, aber doch in der Realität außer Reichweite geraten.

Deshalb machen alle Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und – in einer bemerkenswerten historischen Kehrtwende – nun auch viele Republikaner das Thema *Ungleichheit* zum Kernthema ihrer Kandidatur. Mit den entsprechenden öffentlichen Debatten könnte 2015-16 eine neue Phase der gesellschaftspolitischen Diskussion in den USA aufgeschlagen werden. Dies auch wenn es brachiale Ablenkungs- und Störmanöver im Dienst des bestehenden Systems wie etwa jene eines Donald Trump gibt, die die Debatte bewusst banalisieren und bagatellisieren wollen.

Doch eher als solch allzu durchsichtige Manöver geldelitärer Kreise, die, wie sie fürchten, von einer vertieften Ungleichheitsdiskussion nur zu verlieren haben, wirken Breitenkultur, historisch-zivilreligiöses Selbstverständnis und eine gewisse idealistische Grundhaltung in „Gottes eigenem Land“ (*god's own country*) einer nachhaltigen und konkret handlungsorientierten Auseinandersetzung mit dem Ungleichheitsthema entgegen. Die meisten Kandidaten bleiben vor allem aufgrund kultureller Selbstverständnisse und Gemeinplätze eher vage. Sie sind vorsichtig, warten ab und beschränken sich mehrheitlich auf Allgemeinplätze, um sich nicht allzu deutlich zu positionieren. Dies in erster Linie aus Rücksicht auf den unumgänglichen Wahlkampf-Appell an den „Amerikanischen Traum“, der im Kern der Idealisierung amerikanischen Selbstverständnisses lebendig bleibt, aber durch eine allzu deutliche Thematisierung von Ungleichheit in Zweifel gezogen werden könnte. Inwiefern?

Ein wichtiger Grund liegt in einer folgenschweren Begriffsreduktion beziehungsweise – bewussten und unbewussten – Uminterpretation. Die USA interpretieren *Ungleichheitsbekämpfung* seit jeher meist als *Armutsbekämpfung*. Darin liegt auch das zentrale Problem der Ungleichheitsdebatte im Präsidentschaftswahlkampf 2015-16, weil diese Gleichsetzung die eigentliche Frage außer Sichtweise zu bringen droht. *Armut* ist ein auf eine gesellschaftliche Schicht eingrenzbares, sektorales Problem in einer Gesellschaft, das relativ isoliert betrachtet und behandelbar ist. *Ungleichheit* dagegen ist ihrer Natur nach ein Problem der gesamten Gesellschaft, zu dessen Erfassung und Bearbeitung alle Schichten und Teile dieser Gesellschaft zueinander in Beziehung gesetzt werden müssen, weil es nur systemisch anzugehen ist. Mit anderen Worten: *Armutsbekämpfung* ist eine partielle Aufgabe, *Ungleichheits-*

bekämpfung eine ganzheitliche Herausforderung. Die Folge: *Armutsbekämpfung* verlangt keinen Systemwandel, *Ungleichheitsbekämpfung* zumindest teilweise schon.

Und eben mit letzterem: mit der Drohung einer – wegen der Kombination von Globalisierung, Akkumulationsgesetzmäßigkeit des Kapitalismus und historischer Situation möglicherweise notwendigen – *Systemkorrektur* hat das erfolgsverwöhnte Amerika seine Probleme. Man sieht zwar die *Struktur*-Probleme der Nation, will aber aus der in Kern und Selbstverständnis nach wie vor hyper-positiven Zivilreligion der USA heraus bestimmte Aspekte des Gesellschaftsmechanismus nicht als *systemisches* Problem erkennen. Denn das käme aus der noch immer vorherrschenden Mentalität der Mehrheit der US-Bevölkerung einer „Schlechtrederei“ oder gar „Grundlagenerschütterung“ gleich – auch wenn diese Mehrheit mittlerweile noch so sehr entweder direkt oder indirekt unter Ungleichheit leidet.

Deshalb zeigt das Kernthema des US-Präsidentschaftswahlkampfs 2015-16: „Ungleichheit“ zwei Seiten. Diese verhalten sich diametral entgegengesetzt zueinander:

- *Einerseits* wird Ungleichheit aufgrund des Drucks des Mittelstandes unweigerlich zum öffentlichen Gegenstand (*res publica*), was jahrzehntelang verdrängt wurde. Und es wird von den Kandidaten ausgesprochen, was lange Zeit als politisch inkorrekt galt.
- *Andererseits* wird – bewusst und unbewusst – das Muster wiederholt, das spätestens seit Lyndon B. Johnsons „Große Gesellschaft“ (*Great Society*) Sozialbemühungen der 1960er Jahre in den USA zum Standard geworden ist: *Ungleichheit wird auf Armutsbekämpfung reduziert*. Sie wird damit von einem systemischen Problem einer Gesellschaft, die (noch) nicht eine öko-soziale Marktwirtschaft unter dem Signum der Kooperation praktiziert, sondern in vielen Sektoren noch immer einer neoliberalen Verdrängungswirtschaft der Konkurrenz jeder gegen jeden anhängt, zu einem Finanzierungs- und *Goodwill*-Problem herabgestuft. Ein Teil des Problems kann, wie man in den USA meint, daher auch von der Philanthropie aufgefangen werden.

Wichtig bei alledem ist, die zentrale Rolle des *Hochschul- und Erziehungsbereichs* zu verstehen. Er ist Gradmesser, Indikator, Symbol

und Motor der Ungleichheitsentwicklung in den USA. Erziehung und Hochschule spielen dort eine weitaus wichtigere Rolle als in Europa – weil Erziehung neben Geld in den USA der zentrale Schlüssel für soziale Mobilität ist, und zwar weit umfassender, fundamentaler und weitreichender als in praktisch allen anderen entwickelten Ländern der Erde. Daher ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die Entwicklung dieses Bereichs in Bezug zur Ungleichheit und zur Erreichbarkeit oder Nichterreichbarkeit des „Amerikanischen Traums“ zu verstehen. Ohne die Frage der wachsenden Ungleichheit im Zugang zu Erziehung und den mit ihr verbundenen Chancen kann das Ungleichheitsthema nicht in seiner spezifisch amerikanischen Konstellation verstanden werden.

Und der Präsident, der mit so vielen Hoffnungen auf Systemverbesserungen gestartet war?

Barack Obama konnte in den Jahren seiner Amtszeit trotz vieler Anläufe am notorischen Reduktionismus der Ungleichheits- auf die Armutsfrage wenig ändern. Dies in nicht geringem Maß aufgrund der historisch beispiellosen Blockadepolitik einer Republikanischen Partei, die sich seit den Jahren von George W. Bush jr. (2001-2009) in einem scheinbar nicht endenden Hinterfragungsstadium ihres gesellschaftlichen Rollenverständnisses befindet – und derzeit aufgrund ihrer inneren Brüchigkeit und Polarisierung anfällig für „Großredner“ wie Trump ist.

Weil unter dem Druck dieser Entwicklung Teile der amerikanischen Öffentlichkeit an die Stelle pragmatischer Gesellschaftsverantwortung ein vermeintliches „Amerikanertum“ setzen, das eine kulturelle und mythologische Abstraktion darstellt, wird zu sehen sein, inwieweit der US-Präsidentschaftswahkampf 2015-16 das Thema „Ungleichheit“ tatsächlich als Kernthema einer neuen gesellschaftspolitischen Debatte etablieren kann – oder aber (erneut) auf Teilprobleme reduziert, deren Bearbeitung die systemische Ebene nicht erreicht. Doch eben um die System-Ebene wird es, wie die meisten Indikatoren heute zeigen, den Post-Obama-USA so oder so gehen müssen, wenn das Land weiter prosperieren und seine Rolle als Motor internationaler Entwicklung bewahren will.

1

„Meine Freundin war reich, aber nun lebt sie in einem Bus in Ohio“. Obamas Witz über Hillary Clinton beim Journalistendinner 2015, der keiner war

Präsident Barack Obama ist seit den Halbzeitwahlen (*midterm elections*) vom November 2012 ein Präsident ohne Mehrheit im Kongress. Er ist daher bei vielen Entscheidungen auf den politischen Gegner angewiesen – einen Gegner, der so feindlich gegen den Präsidenten eingestellt ist wie lange in der neueren US-Geschichte nicht. Kritiker verspotten Obama deshalb bereits vor der Zeit als „lahme Ente“ (*lame duck*), obwohl er streng genommen noch keine ist, da sein Nachfolger noch nicht feststeht.¹

Ganz neu ist die Situation eingeschränkter Gestaltungsmacht für Obama im letzten Abschnitt seiner Amtszeit allerdings nicht. Die republikanischen Parlamentarier machen ihm bereits seit seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 täglich ganz bewusst mit Blockaden, Anfechtungen, Gerichtsklagen, Amtsenthebungsdrohungen (*impeachment*) oder gar der Ankündigung, nach den anstehenden Präsidentschaftswahlen 2016 viele seiner Maßnahmen schlichtweg rückgängig zu machen (was an sich nicht der amerikanischen Demokratietradition entspricht), das Leben schwer – wie zuletzt bei Gesundheitsreform, Einwanderungsreform oder der Frage strengerer Waffengesetze.

Auf der anderen Seite zieht Obama gerade aus dieser Situation seine eigentliche Kraft, die die Endphase seiner Amtszeit kennzeichnet. Das zeigen unter anderem seine – gemessen an US-Maßstäben – mutigen Vorschläge zur Emissionsreform beziehungsweise zur Klima- und Umweltthematik, aber auch sein offenbar unbeirrter Kurs bei der schwierigen Aussöhnung mit Kuba und in der heiklen Abkommensfindung mit dem Iran.

Als dieser Präsident, der – gerade auch in seiner eigenen Sicht und Identitätskonstruktion – vielleicht mehr denn je ein Präsident zwischen „ja“ und „nein“, zwischen Machbarem und Unmöglichem gewesen sein wird, am 25. April 2015 beim jährlichen Weißen-Haus-Journalistendinner einen seiner berüchtigten Witze seiner ehemaligen Konkurrentin, Außenministerin und Neo-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton widmete, war keines seiner Worte ohne Hintersinn. Obama sprach lakonisch, aber mit einem Blitzen in den Augen:

„Die Zeiten sind hart. Ich hatte eine Freundin, die viele Millionen Dollar pro Jahr verdiente. Und nun lebt sie in einem Bus in Ohio.“²

- 1| R. Kaplan: *Is President Obama a lame duck already?* In: *CBSNews*, November 29, 2013, <http://www.cbsnews.com/news/is-president-obama-a-lame-duck-already/>. Vgl. S. Collinson: *Lame duck: Democrats clip President Obama's wings*. In: *CNN Politics*, June 13, 2015, <http://edition.cnn.com/2015/06/12/politics/trade-deal-obama-defeat-democrats/>
- 2| J. Ensor: *Obama's best jokes from the White House Correspondent's dinner*. In: *The Telegraph London*, 26 April 2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/northamerica/usa/11563894/Barack-Obamas-best-jokes-from-the-White-House-Correspondents-Dinner.html>. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Roland Benedikter. Cf. *Bloomberg News: Transcript: President Obama's 2015 White House Correspondent's Dinner Speech*. In: *Bloomberg News*, April 26, 2015, <http://www.bloomberg.com/politics/articles/2015-04-26/transcript-president-obama-s-2015-white-house-correspondents-dinner-speech>.

2

Hillary Clinton: Eine Millionärin als Ungleichheits-Kämpferin?

Abgesehen vom Spott über die Neukandidatur Clintons und ihre – trotz zunächst mangelnder Konkurrenten – ungewöhnlich frühe Wahlkampftour durch den voraussichtlich mit entscheidenden Staat Ohio, die sie im April 2015 wie in den USA meist üblich per Luxusbus absolvierte, spielte Obama auf Clintons Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Vergleich zu ihrem Wahlkampfthema an.

Clinton wählte „Ungleichheit“ von Anfang an zum Kernthema ihrer Kandidatur. Sie ist aber laut unabhängigen Berechnungen verschiedener US-Medien eine Multimillionärin mit etwa 13 Millionen US\$ Einkommen pro Jahr seit ihrem Ausscheiden aus dem Außenministerium¹, mindestens 55 Millionen US\$-Vermögen und einem Gemeinschaftsverdienst mit ihrem Mann Bill Clinton von mindestens 136,5 Millionen US\$ zwischen 2001 und 2012². Sie ist damit laut diesen Recherchen offenbar reicher als vier Fünftel ihrer Vorgänger in einem möglichen Präsidentenamt.³ Die „familieneigene“ Stiftung *Bill, Hillary & Chelsea Clinton Foundation* ist zwei Milliarden US\$ schwer⁴ – und wird ebensowenig neutral bleiben wie das *Center for American Progress*⁵, eine ebenfalls mittelintensive Clinton-nahe Denkfabrik (*Think tank*) in der Hauptstadt Washington, geleitet von Bill Clintons ehemaligem Stabschef John Podesta.

Trotzdem erhob gerade Clinton das Thema der Ungleichheit mit besonderer Berücksichtigung des absteigenden US-Mittelstandes bereits am ersten Tag ihrer Kandidatur zum zentralen Gegenstand ihres Wahlkampfes – wohl wissend, dass sie im Präsidentschaftswahlkampf 2008-09 eben wegen diesem Mittelstand gegen Obama innerparteilich verlor. Clinton gilt vielen Mittelstands-Amerikanern bereits seit ihrer Zeit als „First Lady“ unter der Präsidentschaft Bill Clinton als elitär, abgehoben und Teil des Ostküsten-Establishments.⁶

Clintons am 12. April eröffneten Wahlkampf machte deshalb die Themen Ungleichheit und Vermögen – und noch wichtiger, deren strukturelle Verbindung – bewusst volkstümlich zum Kernthema ihrer Kampagne, und damit zugleich bis zu einem gewissen Grad zum Gravitationszentrum ihrer Partei, deren unangefochtene Hauptvertreterin sie bei Wahlkampfbeginn in der US- und Weltöffentlichkeit war.

„Die Amerikaner haben sich durch schwere wirtschaftliche Zeiten zurückgekämpft. Aber die Situation ist noch immer auf die ganz oben zugeschnitten“⁷ sagte Clinton programmatisch in ihrem ersten Wahlkampfspot. Um dann nicht ohne Widerspruch hinzuzufügen: „Jeden Tag brauchen die Amerikaner einen Champion. Und ich will dieser Champion sein.“⁸

Dass Clinton bislang zwar (ökonomische) Frauengleichheit und Frauenrechte, nicht aber das Ungleichheitsthema an sich öffentlich hervorgehoben hat, ist in dieser Konstellation nicht besonders hilfreich. Ihr relativ neuer Ungleichheits-Fokus ist aus Sicht vieler der angesprochenen US-Mittelständler eher überraschend für eine Vertreterin des Establishments, die „zu den 1% Reichsten gehört“.⁹ Es bleibt abzuwarten, ob das neue, eher hemdsärmelige Werbedesign, mit dem Clinton ihren oft kritisierten persönlich-ehrgeizigen Stil abzulösen und um das (Un-)Gleichheitsthema rhetorisch zu ergänzen sucht, auch in Erfüllung allfälliger Versprechungen bei einem Sieg umgesetzt wird. Manche, etwa an Stanfords *Freeman Spogli Institut für Internationale Studien* oder an der *John F. Kennedy Schule für Regierungsangelegenheiten* der Harvard Universität¹⁰ glauben, Clinton werde sich in jedem Fall die Option offenhalten, das Thema wie in der Vergangenheit meist üblich in Richtung Armutsbekämpfung und Wohltätertum abzuschwächen.

- 1| *D. Manuel: 2015 Net Worth for Secretary of the State Hillary Clinton*, <http://www.davemanuel.com/pols/hillary-clinton/>.
- 2| *A. Becker: \$5 million, \$50 million or even more – just how rich is Hillary Clinton? Here’s why we don’t know*. In: *The Washington Post*, July 30, 2014, <http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2014/07/30/5-million-50-million-or-even-more-just-how-rich-is-hillary-clinton-heres-why-we-dont-know/>.
- 3| *A. Seitz-Wald: Just How Wealthy Is Hillary Clinton? If elected president, the former secretary of State would be richer than close to four out of five of her predecessors*. In: *National Journal*, July 1, 2014, <http://www.nationaljournal.com/politics/just-how-wealthy-is-hillary-clinton-20140630>.

- 4| *H. Roloff: Der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Jeb Bush überrollt Hillary Clinton*. In: *Bild*, 10.07.2015, <http://www.bild.de/politik/ausland/jeb-bush/ueberrollt-clinton-41721386.bild.html>.
- 5| *Center for American Progress: https://www.americanprogress.org*.
- 6| *A. Chozik: Hillary Clinton Announces 2016 Presidential Bid*. In: *The New York Times*, April 12, 2015, http://www.nytimes.com/2015/04/13/us/politics/hillary-clinton-2016-presidential-campaign.html?_r=0.
- 7| *ABC News: Hillary Clinton’s 2016 Presidential Campaign Announcement (official)*. In: *Youtube*, 12.04.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=N708P-A45D0>.
- 8| *Ebda*.
- 9| *A. Seitz-Wald: Just How Wealthy Is Hillary Clinton?, a.a.O.*
- 10| *Im Gespräch mit dem Autor*.

3

Das amerikanische Gesellschaftsideal – unterminiert durch Ungleichheit

Wichtiger als die Frage, wie ernsthaft Clinton persönlich hinter dem Ungleichheits-Thema steht – und wie standhaft sie ihm treu bleiben wird –, ist jedoch die Tatsache, dass auch, aber nicht nur in ihrem Sog die gesamte Demokratische Partei mittelfristig auf eine stärker sozial ausgerichtete Agenda einzuschwenken scheint.

Das ist *einerseits* Clintons Schwerpunktsetzung zu Wahlkampfbeginn in der öffentlichen Diskussion zu verdanken. Es hat *andererseits* aber auch damit zu tun, dass der „Amerikanische Traum“ auf ein gutes Mittelklasse-Leben, erreicht durch eigene Anstrengung, für viele US-Mittelschichtbürger mittlerweile außer Reichweite geraten zu sein scheint – und zwar nur allzu offensichtlich, zumindest in deren eigener Wahrnehmung. Inwiefern?

Dem Gründungs-Prinzip und Verfassungs-Ideal nach sind die USA das erste umfassende (und daher auch notwendigerweise experimentell-kulturübergreifende) individualistische Gesellschaftsexperiment der Geschichte. In den USA kann *im Prinzip* – und als kreativer Konstitutions-Mechanismus von Gemeinschaft – weder verfügbarer Grundreichtum, Kultur noch Sprache noch Hautfarbe noch Herkunft (Geschichte) zählen. Es zählt *der Idee* dieser im Unterschied zu Europa von Anfang an moderaten Gesellschaftsgründung des 18. Jahrhunderts nach nur dreierlei:

1. Wer man (in seiner eigener Projektion) ist,
2. Was man will,
3. Was man kann. Oder: wozu man befähigt ist.

Letzteres bedeutet in der US-Konkurrenzesellschaft der Individuen jeder gegen jeden bislang meist: „Wozu man *einzigartig* befähigt ist im Unterschied zu allen anderen“. Mit anderen Worten: Wenn ich etwas kann als

einzig, und alle anderen nicht, und sei es eine noch so unnütze oder unnötige „Fähigkeit“, werde ich herausragen – und also hoffentlich berühmt und möglicherweise reich werden. Nicht zufällig hat die Aufmerksamkeitsökonomie, die die Moderne kennzeichnet¹, in den USA ihren Ausgang genommen – und bis heute in ihnen ihre solideste Festung.

Aus der Kombination dieser drei Aspekte ergibt sich als viertes Element:

4. Man ist, was man sein will.

Mit anderen Worten: Das radikale Individualitätsprinzip, das sich – immer der zivilreligiösen Idee nach, die an den Grundfesten der Vereinigten Staaten steht und aufgrund der Jugend der Nation im Vergleich zum geschichtsträchtigen Europa in der Bevölkerung immer noch überproportional lebendig ist – in den drei erstgenannten Prinzipien an die Stelle von Gruppenidentität, Ethnie und Kultur setzt, hat als Effekt, dass man sich selbst von Grund auf aus eigener Kraft erfinden – und sich grundsätzlich selbst seine Identität zuschreiben kann. Man ist, wer man sein möchte, von allen anderen anerkannt als solcher – und zwar bis zum Beweis des Gegenteils.

Wenn ich zum Beispiel in die USA einwandere und – auch ohne jede Vorkenntnis oder Beweise – ein „Schriftsteller“ sein will, dann bin ich einer. Ich werde von allen als solcher respektiert und behandelt (insbesondere in den 13 Weststaaten), solange sich nicht das Gegenteil erweist: dass ich es nicht bin, nicht will und nicht kann (was gerade in dieser dreifachen Verschränkung auf bestimmte Weise viel mit Öffentlichkeit zu tun hat). Erst dann verliere ich meine mir selbst zugeschriebene Identität – und starte trotzdem relativ schnell und vergleichsweise unbeschadet mit einer neuen, die erneut eine mir selbst zugeschriebene sein kann.

Das in der Zuschreibung Flexible an Identität ist dem Ideal nach das produktive, treibende Individualitätsprinzip der amerikanischen Zivilisation. Es erlaubt Veränderung ebenso wie Gleichbleiben, und beides in vergleichsweise radikaler Freiheit. Zugleich ist es auch die Grundlage einer Freundschaft und Kordialität im Alltag, der stets gleichzeitig ein tiefes Misstrauen innewohnt: Du bist das, als was Du Dich erfunden hast, und ich kenne Dich und anerkenne Dich als eben dieses – aber bist Du es wirklich?

Die Folge: Man hat „instinktiv“ ein gleichsam unendliches, fast kindliches Vertrauen in den anderen Einzelnen – kann aber zugleich niemandem vollends trauen. Der Andere eine Tür weiter, der möglicherweise aus einer ganz anderen Herkunftskultur kommt und erst seit kurzem mein Nachbar ist, aber wie ich und im Prinzip jeder US-Bürger ein Immigrant ist, folgt dem Prinzip: „Das Individuellste ist das Allgemeinste“: unendlich nah und unendlich fern zugleich. Man empfindet in den USA stärker als in Europa das „Andere“ individueller Identität – und traut trotzdem jeder zugeschriebenen Identität, eben weil diese selbst-zugeschrieben ist und genau darin bereits etwas über ihren Träger aussagt, weit mehr als „ererbte“ Identitäten.

Das Vertrauen bei gleichzeitigem (notwendigem) Misstrauen in selbst-zugeschriebene Identität als produktivem Faktor sozialer Selbst-Arbeit, mithin Gleichheit in Status und Ausgangspunkt sozialer Mobilität, hatte lange Zeit in der US-Realität Bestand. Es wird aber heute, vielleicht erstmals auf solch dramatische – und vor allem auch öffentlich sichtbare – Weise in der noch jungen US-Geschichte, durch das mittlerweile erreichte Niveau an Ungleichheit zwar nicht außer Kraft, aber doch in Frage gestellt, wenn nicht im Kern in seiner positiven Zukunftswirkung unterminiert. Denn wenn aufgrund wachsender Ungleichheit die Ausgangschancen individueller Selbst-Erfindung immer ungleicher werden, kann auch Identität nicht mehr in demselben Maß selbst-zugeschrieben werden. Mit anderen Worten: Der nach unten gehende US-Mittelstand hat immer weniger Optionen, sich eine Identität zu schaffen, die auch einen gewissen Bestand in der Zeit und eine in den Fakten begründete Legitimation hat.

1| R. Benedikter: *Die Aufmerksamkeitsökonomie. Ein neuer Wirtschaftszweig.* In: R. Benedikter (Hg.): *Postmaterialismus. Band 2: Der Mensch. Passagen Verlag. Wien 2001, S. 41-74.*

4

Die innerparteilichen Clinton-Konkurrenten: Wendet sich die Mehrheit der Demokratischen Partei nun stärker einer sozialen Agenda zu?

Das hat, wie es der Sache nach unvermeidlich ist, Auswirkungen auf die Ausrichtung und Entwicklungsperspektiven der beiden Großparteien – und spiegelt sich in den Wahlkampf-Rhetoriken der Kandidaten. Darunter ragt die nach US-Maßstäben traditionell eher mitte-„links“ ausgerichtete Demokratische Partei hervor.

So äußerten sich bei Wahlkampfbeginn ähnlich wie Clinton die beiden anderen demokratischen Kandidaten, Martin O'Malley und der unabhängige, aber Demokraten-nahe Bernie Sanders, im Zentrum ihrer Argumentation zur sozialen Frage. Beide wählten dasselbe Kernthema für ihren Wahlkampf wie Clinton: Ungleichheit. Besonders wichtig: Beide interpretierten Ungleichheit – tendenziell deutlicher, wenn nicht schärfer als Clinton – als Ungerechtigkeit. Das ist vor dem Hintergrund der beschriebenen US-Mentalität nicht selbstverständlich, da dieser Ungleichheit – etwa in der Identität – als Gut gilt.

So sagte der ehemalige Bürgermeister der Krisenstadt Baltimore (1999-2006) und ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Maryland (2007-2015), Martin O'Malley, bei Bekanntgabe seiner Kandidatur Ende Mai 2015 unter Verweis auf den schleichenden Tod des „Amerikanischen Traums“, den er als bereits vollzogen ansieht:

„Der Amerikanische Traum muss dringend wiederhergestellt werden... Es gibt in unserem Land heute eine wachsende Ungerechtigkeit. Es ist der Unterschied zwischen dem starken und gerechten Land, das unsere Kinder von uns brauchen, und dem Land, das wir zu werden drohen.“

In Amerika ist es heute so, dass 70% von uns dasselbe oder weniger verdienen als vor 12 Jahren, und solches ist das erste Mal der Fall seit dem Zweiten Weltkrieg. Familienbetriebe und Bauernhöfe haben es schwer, mit der immer größeren Machtkonzentration von Großfirmen mitzuhalten.

Vor 50 Jahren war der größte Arbeitgeber des Landes *General Motors*, und ein durchschnittlicher Angestellter von *General Motors* konnte mit zwei Wochenlöhnen die Studiengebühren für seine Kinder an einer staatlichen Universität für ein Jahr bezahlen. Doch heute entschwinden die Träume von erschwinglicher College-Ausbildung, einer gut bezahlten Arbeit und einer sicheren Pension für derart viele Amerikanerinnen und Amerikaner, und sie geraten in einer Weise außer Reichweite, dass der Amerikanische Traum am seidenen Faden hängt... Das heißt: Wir müssen den Amerikanischen Traum für *alle* Amerikaner wiederaufbauen!

Die Proteste und Unruhen in Baltimore [im April 2015, Anmerkung des Autors] haben darauf hingewiesen..., dass die Arbeitslosigkeit in vielen amerikanischen Städten heute deutlich höher ist als vor acht Jahren. Extreme und wachsende Armut schafft die Voraussetzungen für extreme Gewalt. Unser politisches und Wirtschaftssystem steht auf dem Kopf. Es ist Zeit, es wieder auf die Füße zu stellen."¹

In seiner Rede zeigte sich O'Malley überzeugt davon, dass die Probleme hausgemacht sind – und nicht einfach Ergebnisse der Globalisierung darstellen, wie manche sowohl am linken wie am rechten Rand des politischen US-Spektrums behaupten:

„Was unserer Wirtschaft geschah, und was dem Amerikanischen Traum geschah, geschah nicht durch Zufall. Es war auch nicht einfach das Ergebnis globaler Kräfte, die außerhalb unserer Kontrolle liegen. Mächtige, reiche Spezialinteressen *hier bei uns zu Hause* haben die Regierung dazu benutzt, hier in unserem eigenen Land eine Wirtschaft zu erzeugen, die die meisten von uns zurücklässt.

Es ist eine Wirtschaft, die derart stark das Vermögen in den Händen von sehr wenigen konzentriert hat, dass sie die Chancen und Möglichkeiten sehr vielen weggenommen hat. Es ist eine Wirtschaft, in der die Mehrheit der Menschen nicht gehört wird, nicht gesehen wird, nicht gebraucht wird. Die Mehrheit der Menschen muss daher den Schluss ziehen, dass ihr Leben und ihre Arbeit heute buchstäblich weniger Wert sind als gestern. Und dass sie morgen noch weniger wert sein werden.

Wir sind dabei zu erlauben, dass unser *Land der Möglichkeiten* zu einem *Land der Ungleichheit* wird. Die Hauptstraße (*Main Street*) hat riesige Probleme, während *Wall Street* abhebt...

Die nötige Agenda? Wir brauchen eine stärkere Mittelklasse. Denn eine starke Mittelklasse ist nicht das Ergebnis von Wirtschaftswachstum; sie ist die Ursache von Wirtschaftswachstum."²

Schließlich folgerte O'Malley, ungewöhnlich – und aufsehenerregend – polemisch gegen seine Parteikollegin Clinton gewandt:

„(Die Bank) *Goldman Sachs* ist einer der größten kriminellen Wiederholungstäter in Amerika. Vor kurzem hat der Direktor von *Goldman Sachs* seine Angestellten wissen lassen, dass er zufrieden wäre *sowohl* mit Jeb Bush *wie* mit Hillary Clinton als Präsident. Gleichermaßen. Nun, ich wette, das wäre er wohl. Aber wir haben eine Neuigkeit für diese lieben Leute von der Wall Street: Die US-Präsidentschaft ist keine Krone, die man zwischen Königsfamilien hin- und herschiebt."³

Obwohl O'Malley der Mehrheit der Amerikaner kaum bekannt ist und daher wenig Chancen auf die Endausscheidung haben dürfte, wird sein „starker“ Fokus auf Ungleichheit dazu beitragen, dass sich Hillary Clinton des Themas im Verlauf des Wahlkampfes kaum entledigen wird können – und sich kaum in andere, weniger verbindliche Richtungen bewegen wird. Das dürfte auch eine, wenn nicht gar *die* maßgebliche Absicht der Kandidatur O'Malleys gewesen sein.

Zweitens dürfte O'Malleys Kandidatur dazu beitragen, Clinton wenigstens bis zum Ende des Wahlkampfes dazu zu zwingen, tatsächliche Wege zur Bekämpfung der Ungleichheit aufzuzeigen, und sich zugleich wenigstens von Teilen des Geld-Establishments zu lösen, dem die Clinton-Familie ebenso nahe steht wie andere politische Großfamilien der USA. Dazu wird Clinton voraussichtlich versuchen, die „sozial erfahrenen“ Obama-Wahlkampfmannschaften aus dessen Wahlkämpfen 2007-08 und 2011-12 für sich zu gewinnen, und zwar auch für die Zeit nach einem möglichen Sieg – was beinahe automatisch einen (wenigstens nach amerikanischen Maßstäben) „Linksruck“ für sie bedeuten könnte.⁴

- 1| D. Wilgoren: *Here's what Martin O'Malley said when he launched his campaign.* In: *The Washington Post*, May 30, 2015, <http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2015/05/30/heres-what-martin-omalley-said-when-he-launched-his-campaign/>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 2| *Ebda.*
- 3| *Ebda.*
- 4| A. Gearan: *Clinton is banking on the Obama coalition to win.* In: *The Washington Post*, May 17, 2015, http://www.washingtonpost.com/politics/running-to-the-left-hillary-clinton-is-banking-on-the-obama-coalition-to-win/2015/05/17/33b7844a-fb28-11e4-9ef4-1bb7ce3b3fb7_story.html.

5

Demokratische und Republikanische Wahlkampfmannschaften: Verwässerung oder Akzentuierung von Unterschieden zwischen den Großparteien in der Ungleichheitsfrage?

Warum wird die sorgfältige Auswahl von „Wahlkampfmannschaften“ für Hillary Clinton ebenso wie für alle anderen Kandidaten besonders wichtig? Und wie werden sie das Ungleichheits-Thema beeinflussen?

Eine Wahlkampfmannschaft ist in den USA weit mehr als nur ein Hilfsmittel zur Wahlkampforganisation wie in Europa. Sie ist ein inter- und multidisziplinäres Konglomerat aus Unterstützern, Finanziers, Think Tanks, Non-Profit-Organisationen, politischen Aktivisten, Politischen Aktionskomitees (*Political Action Committees*, sogenannten Super-PACS) sowie Intellektuellen und Freiwilligen. All diese Akteure erzeugen in ihrer losen, zum Teil auch konflikthafter und jedenfalls sehr prozessabhängigen Zusammenarbeit und wechselseitigen Anregung eine Art Strudel, der viel weiter in die Gesellschaft ausstrahlt und die Wahlchancen weit stärker beeinflusst als in Europa. Solche Konglomerate sind an den Punkten konkreter Zusammenarbeit und Ausrichtung meist gesponsort, oder gar ganz finanziert von Gönnern, die entweder persönlich, familiär oder der Sache nach den zu Wählenden „zugeneigt“ sind.

Interessanterweise sind diese Wahlkampfmannschaften sowohl der Demokraten als auch der Republikaner mittels der Karrieregeschichte der meisten ihrer *individuellen Einzel-Mitglieder* und auch *Teil-Gruppen* (die meist aus kleinen bis kleinsten Unter-Gruppen oder eng zusammenarbeitenden Personen bestehen, die auch in sehr unterschiedlichen Bereichen beheimatet sein können) *parteiübergreifend* eng ineinander verflochten. Das schränkt die Aussichten auf eine klare Richtungsagenda oder gar grundlegenden Wandel innerhalb der Meinungsbildung einer der beiden Großparteien eher ein und federt mögliche Weg-von-der-Mitte-Bewegungen von Kandidaten ab. Denn beide US-Haupt-Parteien greifen faktisch über die Mitglieder ihrer Wahlkampfmannschaften eng

ineinander. Das haben die voneinander unabhängigen, in der Sache aber weitgehend übereinstimmenden Analysen unabhängiger US-Medien im Kern nachgewiesen.¹ Weil sich daher die beiden Großparteien in vielen Aspekten überschneiden, wenn nicht gar ähneln, ist es für die Wahlkampfmannschaften umso notwendiger, für die Öffentlichkeit, insbesondere die Medien, Verschiedenheiten herauszuarbeiten – und sei es auch künstlich durch übertriebene Zuspitzung und Polarisierung, die hinter den Kulissen nicht der Realität entsprechen.

Seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA 2010, dass „Politische Aktionskomitees“ keinen wesentlichen Ausgabenbeschränkungen unterliegen, auch wenn das Geld von Firmen oder Gewerkschaften kommt, dürfen Super-PACs für den (teilweise massiven) Transfer privater Mittel in den Wahlkampf einzelner Kandidaten fungieren – was die Unabhängigkeit dieser Kandidaten zumindest in Einzelfällen in Frage stellt. Das hat zu einer intensiven, nun im Wahlkampf 2015-16 wiederaufflammenden Debatte geführt, ob „Politische Aktionskomitees“ faktisch Kandidaten „kaufen“ können – und also der US-Demokratie eher nützen oder schaden.²

Fakt ist: Die meisten Super-PACs unterstützen Republikanische Kandidaten. Interessanterweise erhielten die Demokratischen Kandidaten in der ersten Wahlkampfphase trotzdem „dramatisch viel mehr Geld im Rennen um Wahlkampfmittel als ihre Republikanischen Konkurrenten“.³ Das ist auf die verschiedenen Methoden der Wahlkampfmannschaften, Super-PACs und Parteien zurückzuführen, Spender anzusprechen. Während die Republikaner gezielt reiche Einzelpersonen und Firmen um Großsummen ersuchten, wählten Clintons und Sanders' Teams die Methode der breiten Streuung von Kleinsummen von Mittel- und Unterklassen. Der Effekt war, dass

„das Risiko der *Big-money*-Methode dazu führte, dass etwa der frühere Gouverneur von Florida Jeb Bush, den alle geradezu als finanzielle Starkstromanlage erwartet hatten, über den Sommer 2015 nur bescheidende 13,4 Millionen US\$ einsammelte.“⁴ Dagegen konnten die Demokratischen Kandidaten zusammen bereits einen erheblich größeren Teil der Mittel, die zum Erreichen der Endauswahl nötig sind, von kleinen und mittleren Spendern entweder sammeln oder versprochen erhalten.⁵

Das Ungleichheitsthema scheint sich interessanterweise hier direkt auf die Geldflüsse auszuwirken – und paradoxerweise gerade den „linken“ Demokraten „Reichtum“ zu verschaffen, was allerdings noch keine Garantie für einen erfolgreichen Wahlkampf ist.

Insgesamt dürfte der ineinander verwobene Einfluss der Wahlkampfmannschaften die Positionen und zum Teil auch Argumentationen zur Ungleichheitsfrage zwischen beiden Großparteien einander annähern – und zugleich rhetorisch auf deren öffentliche Polarisierung und Abgrenzung drängen.

- 1| G. Aisch and K. Yourish: *Connecting the Dots Behind the 2016 Presidential Candidates*. In: *The New York Times*, May 17, 2015, <http://www.nytimes.com/interactive/2015/05/13/us/elections/2016-presidential-campaigns-staff-connections-clinton-bush-cruz-paul-rubio-walker.html>.
- 2| U.S. News & World Report: *Are Super PACs Harming U.S. Politics?*, <http://www.usnews.com/debate-club/are-super-pacs-harming-us-politics>.
- 3| M. Gold, P. Rucker and A. Narayanswamy: *In campaign money race, Democrats vastly outpacing Republicans*. In: *Washington Post*, October 15, 2015, https://www.washingtonpost.com/politics/in-campaign-money-race-democrats-vastly-outpacing-republicans/2015/10/15/794a1ee4-7352-11e5-8d93-0af317ed58c9_story.html.
- 4| *Ebda*.
- 5| *Ebda*.

6

Die Demokratische Partei stellt sich für die Nach-Obama-Ära auf: Fokus auf Ungleichheit, aber „ohne Illusionen“?

Insgesamt hat sich offenbar diesmal bei den Demokraten die Überzeugung durchgesetzt, dass nur mit dem Thema *Ungleichheit* die Präsidentschaftswahl vom November 2016 zu gewinnen ist – was die Themen Vermögen und Redistribution (Steuern und Staatsausgaben) zumindest einschließt.

Obwohl abzuwarten bleibt, wie lange diese Überzeugung anhalten wird, käme dies in der möglichen Breitenwirkung einer kleinen Revolution in der jüngeren Geschichte nationaler US-Politik, -Mythologie und -Zivilreligion gleich.

Denn: Von den Prinzipien, die in amerikanischer Verfassung und Französischer Revolution Ausdruck fanden, war *Freiheit* auch bei den Demokraten bislang weitgehend konkurrenzlos das Zentrum des amerikanischen Verständnisses vertikaler Mobilität, welches zugleich den Kern des amerikanischen Selbstverständnisses an sich ausmacht (*American dream*: Amerikanischer Traum und *Self-reliance*: umfassende Selbstbegründetheit und Selbstverantwortung in einer Gesellschaft der Einzelnen, und also der Unterschiede). Doch nun scheint das *Gleichheits*-Thema erstmals in (relativ) gleichberechtigter – und als solcher zumindest argumentativ neuer – Breite dazu zu treten. Dagegen spielt *Brüderlichkeit* für die USA *systemisch* weiterhin kaum eine Rolle und bleibt weitgehend ins Private verbannt, unter anderem in Gestalt von Wohltätern und Philanthropen.

Das Gleichheitsthema ist bei alledem jedoch keine „Wende“ von Hillary Clinton, wie sie es darzustellen versucht, sondern wurde vielmehr von Barack Obama in neuer Weise ins Zentrum der öffentlichen Debatte der Nach-9.-September-2001-USA (*Post-9/11-USA*) gestellt – wenn auch mit wechselnden Erfolgen. Obama sorgte auch geschickt dafür, dass es

in den Mittelpunkt der Wahlkampffargumentation der Demokraten für 2015-16 rückte – deutlich bevor Clinton auf diesen Zug aufsprang. Bereits in seiner Rede zur Lage der Nation am 18. Januar 2015, also Monate vor Clintons offizieller Kandidatur, hatte Obama (nicht zuletzt eben mit Blick auf Clintons bevorstehende Kandidatur) die stagnierenden Löhne und die im Vergleich zu Inflation und Wertsteigerung real schrumpfenden Vermögen der Mittelklasse zum wiederholten Mal als zentrale Themen des demokratischen Präsidentschaftswahlkampfes für seine Nachfolge empfohlen.¹

Es war in der Tat Obama selbst, mit dem die Neuerung des nun erstmals seit den 1960er Jahren auch diskursiv wieder auf eine Dualität verbreiteten „Freiheit-Gleichheit“ Themas in der aktuellen amerikanischen Politik begonnen hat. Der ehemalige Mitarbeiter einer gemeinnützigen Organisation, die Kirchengemeinden beim Arbeitstraining für Einwohner armer „Schwarzen“-Viertel in Chicago unterstützte, hatte seinen Aufstieg maßgeblich dem Umstand zu verdanken, dass er an die US-Präsidenten mit einer sozialpolitischen Agenda anknüpfen wollte, darunter Theodore und Franklin Roosevelt (1901-1909 und 1933-1945) und Lyndon B. Johnson (1963-1969). Das brachte ihm von Seiten der Republikaner früh den Vorwurf des „Europäisierers“ und gar „Sozialisten“ ein.² Für viele Amerikaner der wenig gebildeten Unterschichten, vor allem in den „Heartlands“, also außerhalb der Küstengebiete, die traditionell republikanisch wählen, sind „Europa“ und „Sozialismus“ ohnehin weitgehend Synonyme.

Clinton und die Demokratische Partei schwenken natürlich nicht nur aus Überzeugung auf das Kernthema Ungleichheit ein. Denn dieses galt bisher im Hinblick auf Wahlen traditionell als „gefährlich“, weil Amerikaner im allgemeinen positive, „aufbauende“, motivierende Mythen über das Land hören wollen statt eine Rhetorik über Probleme oder gar des Niedergangs³. Zugleich sehen trotz aller wirtschaftlichen Abstiegsorgen weiterhin 60% der Amerikaner alles, was auch nur ansatzweise als „sozialistisch“ einzustufen ist, eindeutig negativ.⁴ In Kombination dieser beiden Faktoren ist für viele Kandidaten im Hinblick auf „Ungleichheit“ Vorsicht geboten. Clinton macht daher das Thema Ungleichheit zum Kernthema nicht zuletzt unter dem Druck „linker“ Mobilisierung innerhalb der Demokratischen Partei, unter anderem von Bernie Sanders, dem wahrscheinlich am weitesten links stehenden unabhängigen Demokraten der vergangenen Jahrzehnte.

Sanders erklärte am 30. April 2015 demonstrativ seine Gegenkandidatur gegen die „Vertreterin des Establishments“ Clinton. Nach eigener Beschreibung ein Sozialdemokrat und Anhänger eines Wohlfahrtsstaates nach skandinavischem Vorbild, mit 73 Jahren für die tatsächliche Wahl ähnlich chancenlos wie O'Malley, scheint Sanders gerade deshalb bereit, ohne rhetorische Rückversicherungen und, wie er selbst immer wieder erklärt, „ohne Illusionen“ zu kämpfen. Doch was genau heißt: „Ohne Illusionen“?

- 1| *D. Osborne: State of the Union address: ‚Lame-duck president‘ Barack Obama’s speech has an eye on Hillary Clinton’s candidacy. In: The Independent London, <http://www.independent.co.uk/news/world/americas/state-of-the-union-address-lameduck-president-barack-obamas-speech-has-an-eye-on-hillary-clintons-candidacy-9988826.html>.*
- 2| *P. R. Gregory: Is President Obama Truly A Socialist? In: Forbes Magazine, January 22, 2012, <http://www.forbes.com/sites/paulroderickgregory/2012/01/22/is-president-obama-truly-a-socialist/>.*
- 3| *The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run. In: Youtube, April 30, 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=kefeEqjZOMU>.*
- 4| *P. R. Gregory: Is President Obama Truly A Socialist?, a.a.O.*

7

Druck von „links“, oder: Bernie Sanders

Sanders konzentriert seine Kritik am bestehenden US-System auf *drei* Punkte. Bei Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur am 30. April erklärte er programmatisch – und mit ungewöhnlich breitem Echo in der amerikanischen Öffentlichkeit:

„Dieses Land steht heute aus meiner Sicht in schwereren Krisen als jemals seit der *Großen Depression* der 1930er Jahre. Die Realität vieler Amerikaner ist, dass sie immer länger arbeiten für immer geringere Löhne. Inflationsbereinigt verdienen sie heute weniger als noch vor einigen Jahren, und dies trotz riesigen Wachstums in Technologie und Produktivität. Überall im Land fragen mich die Leute: ‚Wie kann das sein – und wie konnte das geschehen? Ich produziere mehr; aber ich muss länger arbeiten für geringere Löhne. Mein Kind kann es sich nicht leisten, aufs College zu gehen, und ich habe große Schwierigkeiten, mir die Gesundheitsversicherung zu kaufen. Was ist hier mit uns geschehen – während genau zur selben Zeit 99% des gesamten in diesem Land erzeugten neuen Einkommens an das Top 1% der Bevölkerung geht?‘

In der Tat frage ich Sie: Wie ist es möglich, dass das Top 1% in den USA heute fast genauso viel Vermögen besitzt wie die unteren 99% zusammen?

Mein Urteil ist, dass diese Art von Wirtschaft nicht nur unmoralisch ist, sondern falsch und nicht nachhaltig. Wir können nicht länger die Nation mit der höchsten Rate an Kinderarmut sein von allen größeren Nationen der Erde, während wir gleichzeitig eine ständige Vermehrung der Millionäre und Milliardäre sehen. Das ist das große Thema der Gegenwart. Das große Thema ist, wie wir eine Wirtschaft bekommen können, die für alle Menschen da ist, und nicht nur für eine kleine Zahl von Milliardären.“¹

Sanders spricht mit diesem *ersten* Punkt seiner Ungleichheits-Agenda die im Land verbreitete Empfindung an, dass die Einkommen in den USA objektiv nicht nur immer ungleicher werden, sondern – wie die Vermögensfolgen – auch immer ungerechter verteilt und strukturiert sind.

Diese Ansicht folgt unter anderem der Einschätzung, dass die reichsten Amerikaner den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Krise dazu „genutzt“ haben, nach Wiederanspringen der Wirtschaft Mitteleinkommens-Jobs durch Niedriglohnarbeit zu ersetzen. Daher vermittelt die seit Ende der Krise statistisch verbesserte US-Arbeitslosenrate kein realistisches Bild der Arbeitsplatz- und Lohnentwicklung.²

Bereits vor Jahren gab es parallel zu den *Occupy Wall Street* und 99% Bewegungen (*Wir sind die 99%*) auch eine „Demokratisiert die Unternehmen“-Initiative (*Corporate Democracy Now*). Denn immer mehr Amerikanern dämmert, dass zur Vermögensfrage auch der Umgang mit Firmenvermögen gehört – das heißt mit Herrschaftsstrukturen in Firmen (*corporations*) und ihren (seit den neoliberalen Jahren vielfach oligarchischen) Entscheidungs- und Beteiligungsmechanismen.³

- 1| *The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O., <https://www.youtube.com/watch?v=kefeEqjZOMU>. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Roland Benedikter.*
- 2| *R. Forohaar: The 3% Economy. Yes, 3% growth is better than 2%. But, for most Americans, it's actually more worrisome. In: Time, September 25, 2014, <http://time.com/3429656/the-3-economy/>.*
- 3| *J. Ucciferri: Public Corporations Are Not Democracies, But They Should Be. In: Huffington Post, November 23, 2011, http://www.huffingtonpost.com/jack-ucciferri/corporate-governance_b_1105564.html.*

8

Fabriken der Ungleichheit: Der Zusammenhang zwischen Reichtum, Wahlgesetzgebung, Steuern und Staatsinvestitionen (Redistribution)

Sanders hat *zwei* weitere Aspekte, an denen er das Ungleichheitsmotiv für die heutigen USA konkret festmacht:

„Der zweite Aspekt, der damit direkt zusammenhängt, ist... dass wir nun eine politische Situation haben, in der Milliardäre buchstäblich in der Lage sind, sich Wahlen und Kandidaten zu kaufen...

Da sind zum Beispiel die Gebrüder Koch und andere Milliardärs-Familien, die dazu bereit sind, hunderte Millionen Dollar bei Wahlen auszugeben, um sich die Kandidaten ihrer Wahl zu kaufen, oft extrem nach Rechts tendierende Kandidaten. Ich bin der frühere Vorsitzende des Veteranenkomitees des Senats, und ich glaube nicht, dass die Männer und Frauen, die die amerikanische Demokratie mit Waffen verteidigen, das getan haben, um eine Situation zu erzeugen, in der die amerikanischen Milliardäre den politischen Prozess besitzen, ja ihr Eigen nennen...

Das heißt: Wir müssen endlich über die Rolle von Geld in der US-Politik reden. Die Koch-Brüder werden voraussichtlich 900 Millionen Dollar in diesem Wahlkampf ausgeben, wobei sie eine Menge Geld mit fossilem Brennstoff machen, und sie haben eine Plattform, die, soweit ich es verstehe, für die Eliminierung von Sozialversicherung und medizinischer Hilfe für Bedürftige (*Medicaid*) eintritt – Ideen, die für meine republikanischen Kollegen immer akzeptabler werden. Das Problem ist, dass man heute in Amerika so enorm viel Geld benötigt, um eine politische Kampagne zu fahren... Ich frage mich wirklich, und das bin nicht nur ich, wie es heute noch möglich sein soll für einen Kandidaten, der nicht Milliardär ist, überhaupt noch einen Wahlkampf zu führen. Daran sehen Sie, in welch traurigem Zustand sich die amerikanische Demokratie befindet.“¹

Das *dritte* Thema, das Sanders im Gegensatz zu Clinton nicht nur allgemein, sondern konkret anspricht, ist die Steuerfrage von US-Unternehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten unmittelbar mit der Akkumulation riesiger Privatvermögen zusammenhing. Sanders:

„Ich halte es für inakzeptabel, dass wir in diesem Land große Unternehmen haben, die Milliardenprofite machen, aber keinen einzigen Nickel an nationalen Steuern bezahlen, weil sie ihr Geld unter anderem auf den Cayman-Inseln, Bermuda und anderen Steueroasen horten. Die reichsten Menschen in diesem Land und die großen Firmen müssen endlich den Vereinigten Staaten von Amerika beitreten. Sie müssen in dieses Land zurückkehren und ihre Verantwortung übernehmen... Wir brauchen eine echte Steuerreform, die dafür sorgt, dass die Reichsten und die größten Unternehmen einen fairen Anteil übernehmen... Daher bin ich auch gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP), weil ich glaube, dass es einen negativen Trend an Handelspraktiken fortsetzt, der uns Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze kosten könnte... Dieses wunderschöne Kapitol und unser Land gehören uns allen, nicht nur der Milliardärsklasse.“²

Mit anderen Worten: Wer heute in den USA vermögend ist, bestimmt den politischen Prozess durch den Einfluss des Geldes maßgeblich mit – darunter mittels Super-PACs. Er sorgt über die Politik dafür, dass sein Vermögen ansteigt, indem er möglichst wenig Steuern zahlt – und stattdessen die Politik finanziert, die ihm dann ergeben ist und Redistributionsfragen in seinem Sinn regelt. Dafür sorgt eine Wahlgesetzgebung, die privates Geld in Wahlkämpfen vergleichsweise großzügig erlaubt – und so die Preise für nicht von Reichen gesponsorte Kandidaten in unmögliche Höhen treibt.

- 1] *The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Roland Benedikter. Cf. P. Wood: Transcript of the Bernard Sanders 2016 Presidential Announcement Speech. In: Irregular Times, April 30th, 2015, <http://irregulartimes.com/2015/04/30/transcript-of-the-bernard-sanders-2016-presidential-announcement-speech/>.*
- 2] *The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O.*

9

Die Folge von Sanders gegen Clinton: Ein härterer inner-„Demokratischer“ Wahlkampf ist zu erwarten – geschuldet der für das 21. Jahrhundert amerikanisch neu interpretierten Klassenfrage

Ob Sanders mit seinen drei Punkten nun Recht hat oder nicht: Tatsache ist, dass er mit seinen Themen Probleme anspricht, die derzeit vielen Amerikanern unter den Nägeln brennen. Interessant ist, dass er bereits bei seiner „Inaugurationsrede“ zur Präsidentschaftskandidatur die Umweltfrage als integrativen Bestandteil der Ungleichheits- und Vermögensfrage thematisierte¹ – die die meisten anderen Kandidaten, einschließlich Clinton, trotz Dürren etwa in Kalifornien, Hurricanes und Ölkatastrophen zuletzt in Santa Barbara weitgehend ausblenden, da sie sie für ein Verliererthema halten.²

Sanders' Druck auf Clinton hat eben auch wegen ihrer „Nicht-Erwähnungstendenzen“ System – und wird von ihm so breit wie möglich ausgeübt, um die innerparteiliche Diskussion zuzuspitzen, Clinton indirekt auszurichten und an ihrer finalen Positionierung mitzuwirken. So „setzt Sanders Clinton so viel er nur kann in der Bankenthematik unter Druck“³, weil sich in der Banken- und Finanzfrage viele Aspekte seiner drei Punkte sammeln und in zahllosen, zum Teil tragischen Einzelfällen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit konzentrieren. Im umstrittenen Staat Iowa erklärte Sanders etwa über jene sogenannten Banken, die „zu groß sind, um bankrottzugehen“ (*too big to fail banks*), und zur Frage, ob Kunden- und Investmentbanking per Gesetz getrennt werden sollten (Modell *Glass-Steagall Act*):

„Sie müssen Hillary Clinton fragen, ob sie denkt, dass wir die größten Finanzinstitutionen des Landes aufbrechen sollten. Ich glaube das sehr wohl... Ich glaube, es gibt eine wachsende Frustration überall im Land über die Establishment-Politik, die Establishment-Wirtschaft. Es ist ein korruptes System.“⁴

Da Hillary Clinton für ihren Wahlkampf auch von Wall Street Spenden im sechsstelligen Bereich erhält und offenbar auch annimmt⁵, setzen sie solche öffentlichen Aussagen von Sanders unter nicht unerheblichen Rechtfertigungszwang. Doch eben weil auf Seiten der Republikaner eine nennenswerte christlich-demokratische und christlich-soziale Gruppierung fehlt, die im Gefolge der Bush-Jahre von der Tea Party an den Rand gedrängt wurde, dürfte Clinton trotz Sanders' Druck gute Chancen haben, zu gewinnen – paradoxerweise als eine der „etablierten Reichen“⁶ eben mit dem Ungleichheitsthema. Dies umso mehr, als sie sich damit rechtfertigen kann, dass der Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 mit großer Wahrscheinlichkeit der teuerste aller Zeiten sein wird⁷ – und sie also argumentieren kann, alles Geld, das sie kriegt, auch zu benötigen, um das Gute zu fördern. Laut Schätzungen unabhängiger Denkfabriken wird jeder Kandidat beider Parteien, der es in die Endwahlgang schafft, bis zum Wahltag jeweils 1 Milliarde US\$ an Wahlkampfspenden gesammelt haben müssen, um überhaupt bis hierher zu kommen.⁸ Paradoxerweise gilt also: Um Ungleichheit zu bekämpfen, muss man zuerst Milliarden eingesammelt und ausgegeben haben – was eben Sanders als Systemfehler amerikanischer Politik kritisiert.

Entscheidend für die Demokraten bleibt die Frage: Was wird der wachsende Druck „von unten“ und „von links“ für Folgen für die gesamtamerikanische Debatte haben – angesichts des Hauptstroms der US-amerikanischen Zivilreligion und ihrer nationalen Mythologien, deren Fokus nicht *Nachhaltigkeit in Gleichheit*, sondern *Innovation in Freiheit* ist?⁹

Des „Klassenkämpfers *American Style*“ Bernie Sanders' Ziel ist es natürlich nicht, die US-Präsidentschaft zu gewinnen. Er hat kaum eine Chance, und zwar eben auch deshalb, weil in der Tat nur Millionäre oder Milliardäre üblicherweise US-Präsident werden. Bereits der erste Präsident, der Freimaurer George Washington (1789-1797), war aufgrund seines Landbesitzes der Frühzeit der reichste US-Präsident aller Zeiten.¹⁰ Ähnliches gilt zum Beispiel auch für den bildungsrevolutionären Gouverneur von Kalifornien der Frühzeit (1862-1863) und Gründer der Stanford Universität, Leland Stanford. Auch aufgrund dieser Tradition haben erfahrene europäische US-Experten wie der Vize-Präsident des *Club of Rome*, Ernst Ulrich von Weizsäcker, die Möglichkeit nachhaltiger Systemreformen in Amerika stets eher skeptisch betrachtet.

Sanders ist sich dieser Konstellation durchaus bewusst. Er weiß, dass er nicht zu den „Familienimperien“ wie denen der Clintons oder der Bushs gehört – und in der Konkurrenz gegen diese Giganten in direkter Konfrontation den Kürzeren ziehen wird. Sanders will vielmehr, möglicherweise mit weiteren Kandidaten, die sein Team hinter den Kulissen zu mobilisieren versucht, die Demokratische Partei in Richtung einer zwar nicht „linken“, aber zumindest „linkeren“ Gerechtigkeitsagenda vor sich hertreiben.

Das innerparteiliche Problem für Clinton und ihr über Jahrzehnte bewiesenes, mittlerweile sprichwörtliches „feines Näschen für Kommendes“ bei alledem ist: Sanders steht nicht einfach für sich, wie meist in vergangenen Jahrzehnten, sondern für eine scheinbar unabwendbar anschwellende Gleichheits- und Gerechtigkeits-Bewegung innerhalb der Demokratischen Partei. Diese fordert immer nachdrücklicher eine Abwendung der US-Politik von den „Tittytainment“- (oder „Brot und Spiele“-)Prinzipien Zbigniew Brzezinskis, Sicherheitsberater Jimmy Carters 1977-1981, also der Kombination von minimalem Sozialstaat bei (indirekter) Förderung der Unterhaltungs- und Ablenkungsindustrie¹¹, die die Ära seit dem 11. September 2001 im Vergleich zur Ära Bill Clinton (1993-2001) noch verstärkt prägen.

Die Folge des Ungleichheitsfokus: Bei den „Demokraten“ ist bis zuletzt ein harter innerparteilicher Richtungsstreit zwischen neuen Linken und Establishment zu erwarten. „Linke“ Kerndemokraten wie O'Malley und „unabhängige Halb-Demokraten“ wie Sanders könnten das Zünglein an der Waage im Hinblick darauf sein, wo der Ort der „Mitte“ durch die Gesamtpartei definiert wird. Bei einer erfolgreichen Wahl könnte sich der inner-Demokratische Richtungsstreit in die nächste Präsidentschaft 2017-2021 hinein verlagern.

Clinton hat das, wie immer in ihrer politischen Karriere, schnell verstanden. Wenn der Soziologe, Linguist und Systemkritiker Noam Chomsky (geboren 1928) kurz nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur meinte, Obama sei opportunistisch und Clinton nicht minder, sondern nur rhetorisch etwas militanter, wenn es nötig ist¹², dann hatte er damit jedenfalls bezogen auf die Entwicklung von Clintons Wahlkampfagenda Recht. Bei ihrem ersten großen Wahlkampfauftritt in New York am 13. Juni 2015

klang Clinton plötzlich wie eine Kopie von Bernie Sanders – mit deutlichem Appell an dessen Wählerschichten. Sie erklärte ebenso programmatisch wie zum Teil in fast wörtlicher Abschrift von Sanders Reden:

„Wir müssen die arbeitenden Familien unterstützen. Denn Amerika kann keinen Erfolg haben, wenn Sie keinen Erfolg haben... Die Wirtschaft muss für die ‚alltäglichen Amerikaner‘ funktionieren, nicht nur für diejenigen an der Spitze. Wohlstand kann nicht nur für Firmenchefs und Hedgefonds-Manager da sein. Demokratie kann nicht nur für Milliardäre und Großfirmen da sein. Das ist Amerikas zugrundeliegende Wette: Wenn Du Deinen Teil tust, dann sollst Du im Gegenzug dafür in der Lage sein, voranzukommen. Und wenn jeder seinen Teil tut, kommt Amerika voran.“¹³

Clinton gab bei ihrem Wahlkampf-Start keine konkreten Absichten oder Maßnahmen bekannt, wie sie diese Slogans in die Wirklichkeit umsetzen will. Ihre Mitarbeiter teilten auf Nachfrage mit, dass ihr Wahlkampf auf Ungleichheit in der Wirtschaft sowie auf die Leistbarkeit von Colleges und Hochschulbildung fokussiert sein werde – also auf einen ebenfalls zentralen, wenn nicht gar Schlüsselbereich der Ungleichheits-Entwicklung in den *Post-9/11-USA*.

- 1| A. Chang: *Seeking Presidency, ‚Socialist‘ Sanders Looks To Elevate Less-Talked About Issues*. In: NPR, April 29, 2015, <http://www.npr.org/blogs/itsallpolitics/2015/04/29/403143428/seeking-presidency-socialist-sanders-looks-to-elevate-less-talked-about-issues>.
- 2| R. Benedikter und A. Unterweger: *Obamas Umweltoffensive: Wende in der Klimapolitik?* In: Wiener Zeitung. Amtsblatt der Republik Österreich, 20. August 2015, S. 1-3, http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/769784_Obamas-Umweltoffensive-Wende-in-der-Klimapolitik.html.
- 3| J. Martin: *Bernie Sanders Presses Hillary Clinton On Her View On Banks*. In: The New York, July 17, 2015, http://www.nytimes.com/2015/07/18/us/politics/bernie-sanders-presses-hillary-clinton-on-her-views-on-banks.html?_r=0.
- 4| Ebda.
- 5| J. Pramuk: *Clinton rakes in Wall Street cash amid tough talk*. In: CNBC, 21 July 2015, <http://www.cnbc.com/2015/07/21/clinton-rakes-in-wall-street-cash-amid-tough-talk.html>. Cf. E. Flitter and G. Smith: *Bush, Clinton are Wall Street's favorites, donations show*. In: Reuters, October 16, 2015, <http://www.reuters.com/article/2015/10/17/us-usa-election-wallstreet-idUSKCN0SA-0FU20151017>.

- 6| H. Roloff: *Der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Jeb Bush überrollt Hillary Clinton*, a.a.O.
- 7| Ebda.
- 8| M. Gold, P. Rucker and A. Narayanswamy: *In campaign money race, Democrats vastly outpacing Republicans*. In: Washington Post, a.a.O.
- 9| V. Faessel und R. Benedikter: *Mythologie und Politik im US-Präsidentenwahlkampf 2012. Roland Benedikter im Gespräch mit Victor Faessel, Programm-Direktor des Orfalea Center for Global and International Studies, University of California at Santa Barbara, USA*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, Jahrgang 25/2012, Ausgabe 3, Berlin 2012, Juli 2012, S. 1-15*, <http://www.fjnsb.org/node/1870>.
- 10| A. Seitz-Wald: *Just How Wealthy Is Hillary Clinton?*, a.a.O.
- 11| H.-P. Martin und H. Schumann: *Die Globalisierungsfalle*, Rowohlt 1996, S. 12f.
- 12| RT.com: *Obama is ‚opportunist,‘ Hillary Clinton no different just ‚more militant‘ – Chomsky*, June 12, 2015, <http://rt.com/usa/266632-chomsky-obama-oppo-rtunist-hillary/>.
- 13| BBC: *Hillary Clinton vows to champion ‚everyday Americans‘*, June 13, 2015, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-33122234>. Vgl. RT.com: *Hillary Clinton delivers first major campaign speech amid trust drop*, June 13, 2015, <http://rt.com/usa/266980-hillary-clinton-presidential-race/>.

10

Die Republikaner: Wird Saulus plötzlich zum Paulus?

Die Themenwahl Ungleichheit wird – zur gewiss noch größeren Überraschung des US-Publikums – aber auch von mehreren kandidierenden Republikanern gespiegelt. Darunter sind einige, die zu den aussichtsreichsten gehören dürften. Das ist zweifellos eine Neuerung für eine Partei, bei der noch 2012 mit „Mitt“ Romney ein bekennender Vertreter der „1%“ dank wenig überzeugender Gegenkandidaten die innerparteiliche Auswahl gewann, nachdem er in zahllosen Spendenkampagnen stets die Verteidigung der Privilegien der Reichsten aus den Ären Reagan (1981-1989) und Bush (2001-2009) zum „amerikanischen Geist“ erklärt und Wall Streets Spekulationsfinanz verteidigt hatte.¹

Doch der Wind scheint sich nun auch in der Republikanischen Partei zu drehen – zumindest rhetorisch und aus Opportunismus. Denn der „Grand Old Party“ ist die Stimmung im Land nicht verborgen geblieben – vor allem nicht jenen, die auf Tuchfühlung mit der Basis besonders viel Wert legen, wie etwa Rand Paul.

Paul, ein intellektueller Augenarzt, ist ein in vielerlei Hinsicht bewusst paradox agierender „Libertär-Konservativer“. Er profiliert sich vergleichsweise erfolgreich als „außerhalb des Establishments stehend“. Aufgrund seiner prinzipiell liberalen Haltung in vielen Fragen bei gleichzeitiger Stützung durch die rechtskonservative „Tea Party“-Bewegung hat Paul gute Chancen, die Mitte der konservativen Partei zu besetzen. Die Frage ist allerdings, ob sich diesmal die Mitte oder die Ränder der unruhigen „Grand Old Party“ parteiintern durchsetzen.

Wenige Tage vor Clinton, am 7. April 2015 bei Eröffnung seines Wahlkampfes auf den Spuren seines Vaters Ron Paul – einem der unberechenbarsten, unkonventionellsten und kreativsten Köpfe der US-Politik der vergangenen Jahrzehnte, der bereits 2006 vor dem US-Repräsentantenhaus das Ende der globalen „Dollar-Hegemonie“ und damit einen Wandel

sowohl der außenpolitischen Rolle der USA wie der Struktur der US-Gesellschaft vorhersagte² – erklärte Paul folgendes zu seinem Leitmotiv:

„Wir wollen unser Land aus den Fängen der *Special Interests* zurückholen, die Washington als ihr persönliches Sparschwein benutzen. Jener Spezialinteressen nämlich, die weit mehr um ihr eigenes Wohlergehen besorgt sind als um jedes mögliche Gemeinwohl. Die Botschaft von Freiheit, Möglichkeiten (*opportunity*) und Gerechtigkeit ist aber für alle Amerikaner – ob sie nun einen Anzug, eine Uniform oder einen Overall tragen, ob Sie weiß oder schwarz, reich oder arm sind. Aber viele Amerikaner werden heute zurückgelassen. Der Lohn für ihre Arbeit scheint jenseits ihres Zugriffs. Unter den Augen beider Parteien scheinen die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher zu werden.“³

Das Motiv der „Spezialinteressen“ ist zumindest begrifflich ein verbindendes Element über die Parteien hinweg. Sowohl Demokraten wie Republikaner scheinen in ihrer Wahlkampfretorik überzeugt davon zu sein, dass solche „Spezialinteressen in Washington“ von Einzelnen, Privaten und Gruppen einen zu großen Einfluss auf die amerikanische Politik haben. Bei beiden ist der Begriff ein Appell an die rasch wachsende Zahl der Ungleichheits-Unzufriedenen in den USA – bei Clinton hauptsächlich mit Zielgruppe urbane Küsten-Mittelklasse, bei Paul amerikaweit, einschließlich der republikanisch dominierten Provinz, der sogenannten „Herzländer“ („*heartlands*“). Und sowohl bei Clinton wie bei Paul bleibt bisher offen, was sie genau mit „Spezialinteressen“ meinen – wobei rechte Republikaner zuweilen gar Verschwörungsmotive behaupten, natürlich ebenfalls, ohne sie genauer zu belegen. Darauf hat sich Paul in seinem Wahlkampf nicht eingelassen, obwohl er im Februar 2014 wegen der NSA-Überwachungsaffäre eine Klage gegen Obama wegen Überschreitung von Regierungsbefugnissen gegen Bürgerinteressen eingereicht hat.⁴

Die Kandidatur und Positionierung Rand Pauls zeigt im Vergleich mit Clinton noch ein weiteres:

Die Aktivisten der *Tea Party* dienten in den vergangenen Jahren ungewollt als „Proletarier in Diensten der Reichsten“. Sie unterstützen nun Pauls Kandidatur. Damit haben sie in einem halben Jahrzehnt nationalen Einflusses – die Bewegung rückte seit 2009 mit der Wahl Barack Obamas in den Mittelpunkt der Republikanischen Partei – bei aller sonstigen

Blockade- und Anti-Dialog-Politik wenigstens etwas Konstruktives erreicht: Dass keiner der mehrheitlich von ihnen abhängigen Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 das Thema „Ungleichheit“ ignorieren oder gar unterlaufen kann wie die Kandidaten im letzten Wahlkampf (2011-12), allen voran der (diesmal bereits im Vorfeld freiwillig ausgeschiedene) Multimilliardär „Mitt“ Romney. Eine ähnliche pro-Reichen-Propaganda wie die Romneys dürfte diesmal selbst innerhalb der Republikanischen Partei schwer zu wiederholen sein.

Rand Paul selbst wird sich jedoch im Verlauf des Wahlkampfes, wie es stets in der Republikanischen Partei geschieht, vom Libertären zum Konservativen bewegen. Er wird viele seiner Positionen nach rechts korrigieren müssen, um eine reale Chance auf die Rolle einer Integrationsfigur in seiner Partei zu haben. Mit dieser Rechtsbewegung hat er bereits früh und systematisch begonnen – unter anderem mit dem Hinweis, dass es „natürlich“ sein, dass es Hierarchien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebe, weil „jeder von uns irgendwann damit endet, für jemanden zu arbeiten, der erfolgreicher ist als man selbst.“⁵ Daher wird zu sehen sein, wie stark und wie überzeugt er dem Ungleichheitsthema im weiteren Verlauf seiner Kandidatur anhängen kann – oder wie sehr er es aus Opportunismus ruhen lassen wird. Es wäre nicht überraschend, wenn Paul das Thema zu einer Rhetorik der „neuen Chancen für alle“ abschwächen würde, wie es der Republikanischen Partei mit ihrer heutigen Rechtsneigung nach Meinung von vielen Basis-Stimmen eher als „positiv amerikanisch“ erscheinen würde. Auch damit hat Paul mit seinen Vorschlägen zur Steuerreform bereits begonnen.⁶

- 1| R. Benedikter: *USA: Abkehr von Europa? Obama gegen Romney: Hintergründe und Perspektive für Europa bis 2016*, Reihe Telepolis, Heinz Heise Verlag 2012, http://www.heise.de/tp/ebook/ebook_4.html.
- 2| R. Paul: *The End of Dollar Hegemony. Speech Before the U.S. House of Representatives, February 15, 2006*, <https://vimeo.com/5372026>.
- 3| K. Zezima and R. Kosta: *Rand Paul Launches 2016 White House Bid: ‚We have come to take our country back‘*. In: *The Washington Post*, April 7, 2015, <http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2015/04/07/rand-paul-set-to-announce-presidential-run/>.
- 4| J. Fuller: *Rand Paul files suit against Obama, NSA Wednesday*. In: *The Washington Post*, February 12, 2014, <http://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2014/02/12/rand-paul-files-suit-against-obama-nsa-today/>.

- 5| D. Jamieson: *Rand Paul: Income Inequality Comes From ‚Some People Working Harder‘ Than Others*. „We all end up working for people who are more successful than us“, the presidential hopeful said. In: *The Huffington Post Politics*, August 17, 2015, http://www.huffingtonpost.com/entry/rand-paul-income-inequality-working-harder_55c77af0e4b0923c12bd2c2a.
- 6| A. Altman: *Theory of Evolution. To reinvent the GOP, Rand Paul had to change first*. In: *Time*, April 20, 2015, S. 8.

11

Ungleichheit in den USA: Fakten zur Situation – ungeachtet parteipolitischer Rhetoriken

Insgesamt lässt diesmal das Ungleichheitsthema sowohl auf Seiten der Demokraten wie der Republikaner einen besonders populistischen Wahlkampf erwarten, der sich bis zum Ende zuspitzen dürfte. Dies nicht zuletzt aufgrund des Drucks sogenannter „Basisbewegungen“ wie eben der *Tea Party* auf der Republikanischen und der *99%-Bewegung* auf der Demokratischen Seite.

Doch was sind, ungeachtet interessengeleiteter Rhetoriken auf allen Seiten, die harten Fakten zum Stand der Ungleichheit in den heutigen USA?

Zunächst ist die umgebende internationale Situation eindeutig – und sie ist besonders einflussreich auf die USA, das wirtschaftlich und finanziell am stärksten globalisierte größere Land der Erde. Der *World Wealth Report 2014* der Beratungsfirmen *Capgemini and RBC Wealth Management* weist statistisch nach, dass die Anzahl der Reichen (sogenannter „Hoher-Netto-Wert-Individuen“ oder *High Net Worth Individuals, HNWI's*) trotz Krise in den vergangenen Jahren weltweit kontinuierlich zwischen 10% und 16% pro Jahr gewachsen ist.

In den USA wuchs die Anzahl der Reichen 2012 um 11,5%, 2013 um 15,9% und 2014 um 17%. Sie erreichte nach 3,7 Millionen im Jahr 2012 2014 erstmals die Zahl von 4 Millionen – ein neuer Rekordwert.¹ Noch schneller wuchs die Massierung der Vermögenswerte der Reichsten in den USA: 2013 um 17,1% und 2014 um 18% auf 13,9 Billionen US\$ – ebenfalls Rekord.² All dies geschieht im Einklang mit den Gesetzen des Kapitals, nach denen Kapital stets wie ein Magnet wirkt und noch mehr Kapital anzieht. Und je größer der Kapital-Magnet ist, desto schneller und mehr Kapital zieht er an. Die gesamte *HNWI*-Population wurde von

Capgemini für 2014 auf 14,65 Millionen, das gesamte weltweite Vermögen der reichsten Bevölkerungsschicht auf etwa 56,40 Billionen US\$ geschätzt.³ Das bedeutet, dass die Reichen der USA heute etwa ein Viertel des gesamten weltweiten Reichen-Vermögens besitzen.

Zum Vergleich: Deutschland hatte 2015 ein Bruttonationalprodukt von 3,4 Billionen US\$, die USA von 17,5 Billionen US\$, während das weltweite Bruttonationalprodukt auf etwa 79 Billionen US\$ geschätzt wird. Das bedeutet, dass die Reichsten in den USA etwas mehr als ein (erklärtes) Vermögen im Umfang des Vierfachen des Bruttonationalprodukts Deutschlands und von etwa vier Fünfteln des Bruttonationalprodukts der USA ihr Eigen nennen – und dass das weltweite Reichenvermögen in etwa fünf Siebteln des globalen Bruttonationalprodukts entspricht. Etwa gleich viele Reiche wie in den USA (nur noch etwa 10.000 weniger) bei ähnlicher Vermögenskonzentration gibt es derzeit bei allerdings vielfach größerer Bevölkerung in der Asien-Pazifik-Region, deren Reichenzahl im angegebenen Zeitraum noch etwas schneller um 17,3% wuchs, während Europa „nur“ mit 12,5% zunahm.

Insgesamt hatten die USA 2013 bezogen auf die Bevölkerungszahl mit Abstand die höchsten Zuwachsraten sowohl in Reichen-Zahl wie in der Konzentration von Vermögenswerten. Eine signifikante Veränderung im Verhalten der Gruppe der Reichsten („Ultra-HNWI's“) ist die Verschiebung der Vermögensanlagen von Vermögenssicherung auf Vermögenszuwachs (31%, eine Verschiebung von 13% innerhalb eines Jahres) und von nationalen in globale Anlagen (2014: 30%, eine Verschiebung von 25% in nur einem Jahr).⁴ Das deckt sich mit Erkenntnissen von Forschern wie Emmanuel Saenz (Universität von Kalifornien in Berkeley) und Thomas Piketty (Universität Paris), die den Trend von Reichtum weg von Selbsterhalt hin zur (sowohl linearen wie exponentiellen) Selbststeigerung bereits seit Jahren sowohl in der nationalen wie in der globalen Perspektive aufweisen.⁵

Im Rahmen der umfassenderen Entwicklung spielen die USA unter den global führenden Ländern eine klare Vorreiterrolle im Trend Richtung Verstärkung von Ungleichheit. Laut dem angesehenen *Pew Research Center* erreichte die soziale Ungleichheit im „Land der Freien und Tapferen“ nach Jahrzehnten ungebremster Zunahme 2012-13 den Höchststand seit 1928 (!):⁶

„2012 verdienten die Top 1% etwa 22,5% allen Vorsteuereinkommens, während der Anteil der unteren 90% unter 50% lag, und zwar zum ersten Mal überhaupt in der US-Geschichte (49,6%, um genau zu sein). Die Amerikaner sind sich dieser Trends nicht unbewusst. Mehr als die Hälfte (61%) sagt, dass das Wirtschaftssystem der USA die Reichen bevorzugt, während nur 35% sagen, dass es zu den meisten Menschen fair ist, wie eine Pew Research Center Umfrage vom März 2013 ergab. Ein ähnlicher Prozentsatz von Amerikanern (66%) sagt, der Graben zwischen Reichen und Armen hat sich in den vergangenen fünf Jahren vertieft. Nahezu drei Viertel der Befragten sagen, der wachsende Abstand zwischen Reichen und Armen ist entweder ein ‚sehr großes‘ (47%) oder ‚ziemlich großes‘ (27%) Problem.“⁷

Ist diese Meinung, wie manche Beobachter befürchten, bereits eine Abkehr der Bevölkerungsmehrheit von der Mentalität des „American Dream“, der traditionell besagt, dass die Zunahme der (Super)Reichen letztlich nur Ausdruck von Aufstiegswillen, Leistung und Risikobereitschaft der unteren Klassen ist – also Ausdruck des amerikanischen Geistes selbst?

- 1| Capgemini and RBC Wealth Management World Wealth Report 2014: United States Wealth Report 2014, <https://www.worldwealthreport.com/sites/all/themes/wwr/images/uswr/infograph.png>.
- 2| Capgemini and RBC Wealth Management: World Wealth Report 2014, <https://www.worldwealthreport.com/download>, <https://www.capgemini.com/thought-leadership/world-wealth-report-2014-from-capgemini-and-rbc-wealth-management> und https://www.worldwealthreport.com/reports/population/north_america.
- 3| Capgemini and RBC Wealth Management: The State of the World's Wealth (2015), <https://www.worldwealthreport.com/the-state-of-the-worlds-wealth>.
- 4| Ebda.
- 5| Zum Beispiel T. Piketty and E. Saenz: *The Evolution of Top Incomes: A Historical and International Perspective*. NBER Working Paper No. 11955, January 2006. In: *The National Bureau of Economic Research*, <http://www.nber.org/papers/w11955>. Siehe für die USA insbesondere E. Saenz: *Income Inequality: Evidence and Policy Implications*. Arrow Lecture, Stanford University, January 2013, http://eml.berkeley.edu/~saez/lecture_saez_arrow.pdf.
- 6| D. Desilver: *U.S. income inequality, on rise for decades, is now highest since 1928*. In: *Pew Research Center*, December 5, 2013, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2013/12/05/u-s-income-inequality-on-rise-for-decades-is-now-highest-since-1928/>.
- 7| Ebda. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.

12

Die Meinung der arbeitenden US-Bevölkerung – und die Vorausschau der OECD

Die Ansichten dazu sind nach Klassen unterschiedlich. Wie nicht anders zu erwarten,

„sagten Menschen aus den unteren und mittleren Einkommensschichten am häufigsten, dass das US-Wirtschaftssystem die Reichen bevorzugt. Und sogar 52% der Menschen mit hohem Einkommen stimmten damit überein. Doch während 54% der unteren Einkommensklassen und 49% der Mittelklasse-Einkommen den Reich-Arm-Unterschied ein ‚sehr großes‘ Problem nannten, waren nur 36% derer mit hohem Einkommen dieser Meinung. Ein Drittel der Gruppe mit hohem Einkommen sagte, die Reich-Arm-Differenz sei entweder ein kleines Problem (19%) oder überhaupt kein Problem (14%). Mehr als die Hälfte (55%) der Republikaner sagte, das Wirtschaftssystem sei fair zu den meisten Menschen, aber Mehrheiten sowohl der Demokraten (75%) als auch der Unabhängigen (63%) sagten, es bevorzuge die Wohlhabenden. 61% der Demokraten sowie 50% der Unabhängigen sagten, die Ungleichheit sei ein sehr großes Problem, dagegen taten dies nur 28% der Republikaner. Vier von zehn Republikanern nannten die Ungleichheit entweder ein kleines Problem (22%) oder überhaupt kein Problem (18%).“¹

Obwohl manche in den USA die Meinung vertreten, bereits Befragungen dieser Art seien „Mittelklasse-Populismus“, der als Effekt der Obama-Ära nun in beiden großen Volksparteien *en vogue* gerate², sprechen die Fakten eine andere Sprache. Wie das Zentrum für Armut und Ungleichheit der angesehenen Stanford Universität (*Stanford Center on Poverty and Inequality*) im Mai 2015 auflistete, hat das Niveau an Ungleichheit heute in der Tat erneut „das extreme Niveau vor der Großen Depression erreicht“.³ Inwiefern? Und warum?

Laut Stanford lag das Verhältnis zwischen dem Einkommen eines US-Arbeiters oder Angestellten und eines Firmenführers (CEO) 1965 bei 1:24. Im Jahr 2009 lag es bei 1:185. 750.000 Amerikaner sind heute jede Nacht ohne Unterkunft, etwa 10 Millionen Kinder haben keine Gesundheitsversicherung, und die Kinderarmut liegt bei 21% – in Deutschland bei unter 8%.⁴

Dazu kommt: Während Vermögen auch im deutschen Sprachraum immer ungleicher verteilt ist⁵, ist die Entwicklung in den USA noch einmal wesentlich verschärft. Während laut Stanford 1983 die 10% reichsten US-Haushalte 68,2% des gesamten Haushalts-Vermögens besaßen, die unteren 60% dagegen 6,1%, waren es 2007 bereits 73,1% versus 4,2% – auch hier Differenz rasch steigend.⁶ Insgesamt besitzt heute das Top 1% der Amerikaner mehr Vermögen als die unteren 90%.⁷ Ein Fünftel der Reichsten lebt in eigenen Wohnsiedlungen, und diese klassenbedingte „Wohntrennung“ (*residential segregation*) nimmt zu.⁸ Die Rezession der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007-12 hat laut dem *Armuts- und Ungleichheitsbericht 2014 des Stanford Zentrums für Armut und Ungleichheit* die Armen bezüglich Vermögenswerte weit stärker geschädigt als die Reichen. Denn

„der Verfall der Hauspreise während der großen Rezession hat die Vermögensungleichheit weiter verstärkt, da Häuser das hauptsächliche Vermögensgut der weniger gut gestellten Gruppen sind. Obwohl es einige neue ‚Sicherheitsnetz‘-Programme gibt, die darauf abzielen, solche Vermögensverluste abzufedern (zum Beispiel das *Home Affordable Modification Program*), haben diese Programme offensichtlich weniger effizient gewirkt als solche, die den Verfall von Markteinkünften mildern sollen (darunter etwa die ausgedehnte Arbeitslosenversicherung). Daraus folgt, dass in den USA die Vermögensungleichheit in der Post-Krisenphase nicht gleich gut in Zaum gehalten wurde wie die Einkommensungleichheit.“⁹

Vielleicht am wichtigsten: Während die Studiengebühren seit den 2000er Jahren rapide anstiegen, haben die Absolventen keine Steigerung, sondern eher eine Verminderung des Einkommens erfahren. Immer mehr Amerikaner können die Studiengebühren für ihre Kinder nicht mehr bezahlen, weil der Staat mangels Steuergeldern der Reichsten und international tätiger US-Firmen wenig Beiträge zahlen kann. Das führt dazu,

dass die Hochschulen und Universitäten die Gebühren stetig erhöhen müssen, was zur Folge hat, dass viele der Absolventen immer höher verschuldet sind. Im Schnitt hat ein amerikanischer Promovierter (PhD) heute Schulden von 60.000 US\$, die er in den Beginn seines Arbeitslebens einbringt. Ein Absolvent eines niedrigeren Grades wie Bachelor oder Master hat etwa 35.000 US\$ Schulden – Tendenz rasch steigend.

Laut *OECD* stehen die USA mit alledem heute bei absolut (nicht pro Kopf) größtem Reichtum betreffend Ungleichheit an viertletzter Stelle aller 34 entwickelten Staaten der Erde – nur Chile, Mexiko und die Türkei haben größere Ungleichheit aufzuweisen. Die Kombination der USA von Wohlstandsniveau, Wirtschaftskraft, technologischer Innovation und Einwohnerzahl ist jedoch im Vergleich zu diesen Staaten konkurrenzlos und wiegt daher sowohl absolut wie relativ weit schwerer.¹⁰ Dabei gilt, dass die Entwicklung von Vermögens- und Einkommensungleichheit in den USA weniger eng als in Europa zusammenhängen und auch nicht unmittelbar proportional zueinander erfolgen.

Bettet man diese Entwicklung in die im Juli 2014 erschienene 50-Jahre-Makroperspektive der Vereinigung der 34 fortgeschrittensten Länder der Welt (*OECD*) ein (*OECD 50-Year Global Scenario*¹¹), dann ist die Perspektive eher düster. Gemäß den Erwartungen der *OECD* werden sich die USA nicht in Richtung weniger, sondern wie die anderen *OECD*-Länder in Richtung mehr Ungleichheit bewegen. Der Report erwartet, dass das allgemeine Niveau an Ungleichheit in der *OECD*, also auch in Europa, bis 2060 durchschnittlich das Niveau der Mitgliedsländer mit dem höchsten Ungleichheitsniveau erreichen wird – nämlich das der USA:

„Das globale Wachstum wird sich wahrscheinlich verlangsamen. Es wird zunehmend von Wissen und Technologie abhängig werden, während die wirtschaftlichen Kosten der Umweltschäden zunehmen werden. Die steigende wirtschaftliche Bedeutung von Wissen wird dazu tendieren, die Profite von Fähigkeiten zu vergrößern. Das wird umgekehrt vermutlich dazu führen, die Einkommens-Ungleichheit innerhalb Ländern weiter zu vertiefen. Während sich Zuwächse in Vorsteuer-Einkommen nicht automatisch in steigende Einkommens-Ungleichheit umsetzen, könnte es sein, dass die Fähigkeit von Regierungen, diesen Effekt abzufedern, begrenzter ist, weil zunehmende Handelsintegration und die daraus folgende steigende Steuermobilität gemeinsam mit erheblichem Steuer-

druck Gleichheits-Anstrengungen unterlaufen könnten. Daraus folgt... ein wachsender Bedarf nach internationaler Koordination und Zusammenarbeit, um mit diesen Herausforderungen im Lauf der kommenden 50 Jahre umzugehen.“¹²

Werden die USA dabei unter einem neuen Präsidenten ab Januar 2017 substantiell mitmachen? Können sie das vor dem Hintergrund ihrer eigenen (Wirtschafts-)Kultur überhaupt? Und wenn ja, wie?

- 1| *D. Desilver: U.S. income inequality, on rise for decades, is now highest since 1928. In: Pew Research Center, December 5, 2013, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2013/12/05/u-s-income-inequality-on-rise-for-decades-is-now-highest-since-1928/>.*
- 2| *A. Kohut: Are Americans ready for Obama's 'middle class' populism? In: Pew Research Center, February 19, 2015, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/02/19/are-americans-ready-for-obamas-middle-class-populism/>.*
- 3| *The Stanford Center on Poverty and Inequality: 20 Facts About U.S. Inequality that Everyone Should Know, May 3, 2015, <http://web.stanford.edu/group/scspi/cgi-bin/facts.php>.*
- 4| *Ebda.*
- 5| *ZDF heute: OECD-Bericht: Vermögen immer einseitiger verteilt, 21.05.2015, <http://www.heute.de/oecd-einkommen-ungleichheit-umverteilung-vermoegen-deutschland-immer-einseitiger-verteilt-38555972.html>.*
- 6| *The Stanford Center on Poverty and Inequality: 20 Facts About U.S. Inequality that Everyone Should Know, a.a.O.*
- 7| *N. Kristof: An Idiot's Guide to Inequality. In: The New York Times, July 23, 2014, http://www.nytimes.com/2014/07/24/opinion/nicholas-kristof-idiots-guide-to-inequality-piketty-capital.html?_r=0.*
- 8| *B. A. Lee, G. Firebaugh, J. Iceland and S. A. Matthews (eds.): Residential Inequality in American Neighborhoods and Communities. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 660 (1), July 2015, <http://ann.sagepub.com/content/660/1.toc>.*
- 9| *The Stanford Center on Poverty and Inequality: State of the Union. The Poverty and Inequality Report 2014, S. 6, https://web.stanford.edu/group/scspi/sotu/SOTU_2014_CPI.pdf. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.*
- 10| *E. Macintosh: Report: Income inequality rising in most developed countries. In: The Washington Post, May 16, 2013, <http://www.washingtonpost.com/blogs/worldviews/wp/2013/05/16/report-income-inequality-rising-in-most-developed-countries/>.*
- 11| *H. Braconier, G. Nicoletti, B. Westmore: OECD 50-Year Global Scenario: Policy Challenges for the Next 50 Years. OECD Economic Policy Paper, No. 9, 2 July 2014, <http://www.oecd.org/eco/outlook/lookingto2060.htm> und <http://www.oecd.org/economy/Policy-challenges-for-the-next-fifty-years.pdf>.*
- 12| *Ebda. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.*

13

Die Indikations-, Symbol- und Scharnierrolle des Bildungs- und Erziehungsbereichs für die Ungleichheits-Entwicklung der USA

Ein mit entscheidender Punkt dieser Gesamtentwicklung in Richtung Verschärfung von Ungleichheit ist die *wachsende Ungleichheit im sekundären und tertiären Bildungs- und Erziehungsbereich* Amerikas, insbesondere im Ober- und Hochschulbereich (High Schools, Colleges und Universitäten).

Was in Europa noch oft unterschätzt wird: Der Hochschul- und Erziehungsbereich spielt eine zentrale Indikations-, Symbol- und Scharnierfunktion für das Ungleichheitsthema in den USA. Seine Bedeutung als Anzeiger, Spiegel und Motor von Stand und Perspektiven amerikanischer Ungleichheitsentwicklung kann kaum überbewertet werden. Denn der Stellwert der Ungleichheits-Zunahme in der Erziehung ist für die US-Gesellschaft viel wichtiger als für Europa – sowohl im Hinblick auf den Zugang zu den Eliten als auch bezüglich sozialer Mobilität, auf die sich das gesamte amerikanische Gesellschaftsmodell einschließlich seiner Zivilreligion gründet. Beide Grundpfeiler Amerikas sind von Erziehung abhängig: Der „Amerikanische Traum“: Ich kann es aus mir selbst heraus schaffen; und der „American Way of Life“: Die ständige Veränderung von Lebensumgebungen und vergleichsweise leichte Veränderbarkeit von Lebensverhältnissen als grundlegender Lebensstil und umfassendes Lebensprinzip.

Der Clou ist: Obwohl soziale Mobilität gerade im Erziehungsbereich das konkurrenzlos definierende Kernelement der US-Zivilisation seit ihrer Begründung ist, wird gerade sie durch die wachsende Ungleichheit in Frage gestellt – und heute von den meisten Mittelklasse-Amerikanern sowohl im Hinblick auf ihre Kinder wie auf sich selbst immer weniger als Chance zum Aufstieg, sondern immer mehr als Trend zu „umgekehrter Mobilität nach unten“ erlebt. Dabei spielt der Bildungs- und Erziehungsbereich, traditionell Amerikas offenste Tür zum Aufstieg, zudem eine

Antriebsrolle für die – wahrgenommene und tatsächliche – Verschließung des „Amerikanischen Traums“ für die Masse der Bürger. Inwiefern?

Es gibt heute mindestens fünf verschiedene Arten statistischer Entwicklungsberechnung im Erziehungsbereich der USA. Dieser entsprechen mindestens fünf verschiedenen Klassen von Hochschulen:

1. private Reiche wie Harvard und Stanford;
2. staatlich Exzellente wie das University of California-System;
3. staatlich im mittleren Bereich Standardisierte wie die State University-Systeme der einzelnen Bundesstaaten;
4. mit dem Notwendigen ausgestattete Allgemeinzugängliche in staatlicher, regionaler und lokaler Trägerschaft wie die Community Colleges; und
5. private Arme, die zum Teil mit „sozial benachteiligtenorientierten“ oder „ethnischen“ Schulen kooperieren wie zum Beispiel der Xavier Universität Louisiana.

Darüber hinaus gibt es sehr unterschiedliche Systeme von Colleges und Universitäten in den 50 US-Bundesstaaten, die zudem einer starken Dynamik unterliegen und deren Anforderungen und Kosten sich im Rahmen vergleichsweise kurzer Zyklen, zum Teil sogar jährlich ändern und die dabei sowohl lokalen wie regionalen und nationalen Konkurrenz- wie Netzwerklogiken folgen. Auch die entsprechenden statistischen und Reportkriterien sowie Kontroll- und Evaluationsmechanismen unterscheiden sich zum Teil stark.

Trotzdem gilt insgesamt besehen für den heutigen sekundären und tertiären Erziehungsbereich der USA relativ einheitlich: Die US-Hochschuleinrichtungen sind in umfassender Weise gekennzeichnet von kontinuierlichem Rückzug staatlicher Mitfinanzierung auf allen Ebenen – seit einigen Jahren immer stärker auch auf den beiden untersten der oben angeführten Klassen, die für die Unterprivilegierten, zum Teil auch für die untere Mittelklasse vielfach die einzige Chance zum sozialen Aufstieg sind.

Wie die Statistiken der Bundesregierung zeigen, wächst die finanzielle Selbstbeteiligung der Familien seit Jahren dramatisch, weil die staatlichen und lokalen Hochschuleinrichtungen wegen des Rückzugs öffentlicher Mittel vor die Wahl zwischen Abbau ihrer Leistungen oder Gebührenerhö-

hung gestellt werden. Sie stehen außerdem aufgrund der nicht zuletzt durch die neuen Kommunikationsmedien fortschreitenden „Delokalisierung“ der Studierenden zunehmend in Konkurrenz mit den staatlichen Exzellenz- und den privaten Großuniversitäten. Die meisten wählen in dieser Lage als „Lösung“ in der Regel die Gebührenerhöhung – in einem so deutlichen Ausmaß, dass die Entwicklung bereits im August 2013 Präsident Obama auf den Plan rief. Er stellte als einen Kernpunkt seiner Anti-Ungleichheitspolitik einen „College-Leistbarkeitsplan“ für die Mittelklasse vor.¹

Gleichzeitig werden die reichsten Hochschulreinrichtungen immer schneller reich² – was die allgemeinen sozialen Verhältnisse in der US-Gesellschaft relativ genau widerspiegelt:

„Colleges und Universitäten in den USA haben in den vergangenen Jahren Multi-Milliarden Dollar Vermögen angehäuft, vor allem die Eliteuniversitäten. Die Harvard Universität erklärte, ihr Vermögen (*endowment*) sei 32 Milliarden Dollar wert, und Yale vermeldete ein Vermögen von 19,4 Milliarden Dollar als Grundlage weitgehend steuerungsfreier Erträge. 2011 hatten die zwei staatlichen öffentlichen Universitätssysteme Kaliforniens [die University of California- und die State University of California-Systeme, Anmerkung des Autors] einen mehr als 7 Milliarden Dollar schweren Fonds, hoben aber gemeinsam die Studiengebühren um 21% an. Diese Zahlen führen zu Befürchtungen über einen bevorstehenden ‚institutionellen Abgrund‘ – der darin besteht, dass manche Universitäten ihre Vermögen nicht angemessen verwalten, und dass andere Universitäten versuchen, mit den Elite-Institutionen zu konkurrieren, weshalb sie immer höhere Studiengebühren verlangen müssen, um ihr Lehrenden- und Status-Ranking zu erhalten.“³

Die Folge:

„Allein zwischen 2008 und 2010 stiegen die durchschnittlichen Gebühren für eine vierjährige öffentliche Universität in den USA um 15%, angetrieben vom Abbau staatlicher Finanzierung für Hochschulbildung und Gebührenerhöhungen von 40% und mehr an Universitäten in Staaten wie Georgia, Arizona und Kalifornien. Die jährliche Erhebung des US-Ministeriums für Erziehung erkennt erhebliche Preissteigerungen auch bei den privaten Universitäten, bei denen der Nettopreis nun oft doppelt so hoch wie in [der Nr. 1 Universität, Anmerkung des Autors]

Harvard ist. So beträgt der durchschnittliche Preis bei der Full Sail Universität, einer Film- und Kunsthochschule in Zentralflorida, nun insgesamt jährlich 43.990 Dollar, und zwar sogar dann, wenn Stipendien und Studentenbeihilfe einberechnet werden...

Daher sagt Erziehungsminister Arne Duncan, dass die US-Studenten heute ‚intelligente Konsumenten‘ sein müssen. Vierzig Prozent der US-Bundesstaaten haben allein im vergangenen Jahr [2011, Anmerkung des Autors] ihre Aufwendungen für Hochschulerziehung gekürzt und damit den wichtigsten Faktor für die Gebührenerhöhung erzeugt. So hatte die Pennsylvania State University die höchsten Gebühren einer staatlichen öffentlichen Hochschule für im Staat ansässige Studenten mit 15.250 Dollar. Wenn alle Kosten einberechnet werden, sind es sogar 19.816 Dollar pro Jahr. Bill Mahon, der Sprecher der Universität, sagte, der Staat habe allein im vergangenen Jahr die Beiträge um 19,6% gekürzt, und das habe ‚Penn State zunehmend dazu gezwungen, sich auf die Studenten und deren Familien zu stützen, um den Löwenanteil der Kosten von deren Penn State-Erziehung zu tragen.‘ Zach Zimpler, der einen Abschluss der Penn State Universität in diesem Sommer erwarb, hat nun Schulden von 25.000 Dollar. ‚Die meisten Studenten wissen gar nicht, worauf sie sich finanziell einlassen‘, sagt er.“⁴

- 1| *The White House Office of the Press Secretary: Fact Sheet on the President's Plan to Make College More Affordable: A Better Bargain for the Middle Class, August 22, 2013, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/22/fact-sheet-president-s-plan-make-college-more-affordable-better-bargain->.*
- 2| *M. Korn: For U.S. Universities, The Rich Get Richer Faster. In: The Wall Street Journal, April 16, 2015, <http://www.wsj.com/articles/for-u-s-universities-the-rich-get-richer-faster-1429156904>.*
- 3| *Wikipedia: College tuition in the United States, June 2015, http://en.wikipedia.org/wiki/College_tuition_in_the_United_States. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.*
- 4| *C. Armario: Average cost of four-year university up 15%. In: USA Today, June 13, 2012, <http://usatoday30.usatoday.com/money/economy/story/2012-06-13/college-costs-surge/55568278/1>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.*

14

Ungleichheit im US-Erziehungsbereich: Unabhängig vom Wirtschaftszyklus. Eine lineare oder gar exponentielle Entwicklung?

Diese Entwicklung verläuft offenbar nicht zyklusabhängig, also in Relation zur Wirtschaftskonjunktur, sondern linear, wenn nicht gar – wenigstens in Teilen und Phasen – exponentiell. Die Gebühren steigen stetig. Aber sie sinken nie, auch nicht in rosigen Zeiten:

„Laut Duncan haben die Kosten in den vergangenen Jahren immer schneller zugenommen. Zwischen 2001-02 und 2011-12 stiegen die Kosten für Vierjahres-Colleges um durchschnittlich 5,6% pro Jahr... Manche Staaten sind dabei stärker betroffen als andere. Fünf der 33 staatlichen Universitäten mit dem höchsten Nettopreis sind zum Beispiel in Ohio. Sechs staatliche Universitäten in Georgia erfuhren Gebührenerhöhungen um mehr als 40%. Die Universitäten von Kalifornien in Berkeley und Los Angeles sahen ebenfalls große Preissprünge.“¹

Insgesamt

„stiegen die College-Preise in den USA über Jahrzehnte schneller als die Inflationsrate... so etwa bei privaten nicht-staatlichen Colleges um 3,7% pro Jahr auf 31,231 Dollar. Das führt zu einem steigenden Schuldenstand von Erstdiplom-Absolventen, da die US-Einkommen nun über mehr als ein Jahrzehnt nicht gestiegen sind – außer für die Topverdiener.“²

„Laut Berechnungen der Bundesbehörden haben inflationsbereinigt die Hochschulgebühren zwischen dem akademischen Jahr 2000-2011 und 2010-2011 um 42% zugenommen, und sich seit 1980-1981 verdoppelt.“³

Nach anderen Berechnungen

„schätzte der U.S. College Board, dass die Gebühren für einen im Staat ansässigen Studenten für das Schuljahr 2013-2014 22.826 Dollar betragen, während die für private Hochschulen 44.750 Dollar betragen. Dabei waren die tausenden Dollar für andere Studentengebühren wie Wohnen, Essen, Bücher und andere Schulmaterialien, Transport und so weiter noch nicht eingerechnet.“⁴

Der Effekt sind dramatisch steigende Kosten, die die Teilnahme der Mittelklasse an der Bildungs- und Erziehungsdimension sozialer Mobilität in Frage stellen, weil sie sie entweder in „vorbeugende Nichtteilnahme“ oder aber in überproportionale Verschuldung hineinführen.

Weil trotzdem viele das finanzielle Risiko unterschätzen oder ihre Kinder um jeden Preis studieren lassen wollen, um deren Zukunft zu sichern, auch wenn sie es sich gar nicht leisten können, sah sich Präsident Obama sogar zu dramatischen Vorbeuge-Maßnahmen gegen finanzielle Überbelastungen gezwungen:

„Präsident Obama verpflichtete die Universitäten dazu, ein Standardformular zu entwickeln, das im Verlauf eines Studenten-Bewerbungsprozesses jedem Bewerber ausgehändigt werden muss. Es muss alle Kosten enthalten, unter anderem auch auf der Grundlage eines auf künftigen Einkommen beruhenden Rückzahlplans.“⁵

Die Obama-Administration hat zusätzlich aber auch einen Plan der Studiengebühren-Finanzierung entwickelt, der die Absolventen ein halbes Leben lang an ihre Studienschulden fesselt – und damit ironischerweise Ungleichheit konsolidiert, statt sie zu vermeiden oder abzubauen:

„Statt eine Studiengebühr zu bezahlen, würden demnach Studenten an öffentlichen Colleges etwa 3% ihres Einkommens für eine festzulegende Anzahl an Jahren abgeben, die für die Finanzierung der staatlichen Universitäten eingesetzt würde. 30% der dazu Befragten sagten, der Plan, dass Studenten 3% ihres Einkommens für 24 Jahre an den Staat oder die Universität zahlen sollten, wäre gut – 35% waren dagegen, und 36% waren sich unsicher. 58% würden lieber direkte Studiengebühren bezahlen.“⁶

- 1| C. Armario: *Average cost of four-year university up 15%*. In: *USA Today*, June 13, 2012, <http://usatoday30.usatoday.com/money/economy/story/2012-06-13/college-costs-surge/55568278/1>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 2| J. Lorin: *College Tuition in the U.S. Again Rises Faster Than Inflation*. In: *Bloomberg Business News*, November 13, 2014, <http://www.bloomberg.com/news/articles/2014-11-13/college-tuition-in-the-u-s-again-rises-faster-than-inflation>.
- 3| T. Kingcade: *Most Americans Say They Can't Afford Public College*. In: *The Huffington Post*, August 27, 2013, http://www.huffingtonpost.com/2013/08/27/college-costs_n_3817585.html.
- 4| K. Rucke: *Who Can Afford College In America?* In: *Mintpressnews*, May 16, 2014, <http://www.mintpressnews.com/who-can-afford-college-in-america/190730/>.
- 5| C. Armario: *Average cost of four-year university up 15%*, a.a.O.
- 6| *Ebda*.

15

Sozialer Mobilitätsaufzug Erziehung. Auch hier: Die Reichsten gegen den Rest?

Bei alledem ist nun eines bezeichnend. In der beschriebenen Gesamtentwicklung spielt, was für die langfristige Perspektive der Ungleichheitsrealität in den USA wichtig ist, die Erhöhung der Gebühren der reichsten Universitäten wie Harvard, Stanford oder Princeton kaum eine Rolle. Denn sie erfolgt, wie unter anderem der Autor von *Das Kapital im 21. Jahrhundert*¹, Thomas Piketty, mit Bezug auf Harvard nachgewiesen hat, bezogen auf eine extrem reiche Studentenbevölkerung, die im überwiegenden Großteil der Studentenpopulation der Eliteuniversitäten exakt dem 1% der Reichsten der USA entspricht.² Von offenem oder gar in der Chance „gleichem“ Zugang zu den Eliteuniversitäten mittels Leistung kann also nur eingeschränkt bis (statistisch gesehen) kaum (mehr) die Rede sein.

Zudem erfolgt die Erhöhung der Gebühren paradoxerweise gerade bei den reichsten Hochschuleinrichtungen eher moderat – ganz im Gegensatz zum „Rest“ der „Anderen“, nämlich zu denen, die sich die Mittelklasse ehemals noch leisten konnte. Deren Gebühren steigen seit Jahren so massiv an, dass ein Großteil der Amerikaner bereits 2013 sagte:

„Ich kann mir nicht mehr nur die reichen Universitäten, sondern ich kann meinen Kindern nun auch das ehemals billige staatliche College an der Ecke in meinem eigenen Viertel nicht mehr leisten.“³

Damit wird die US-Mittelklasse in der Tat ins Mark ihrer sozialen Hoffnungen getroffen – und zwar nicht nur in einem Segment ihrer Identität und ihres Selbstverständnisses, sondern vom Zugang zum Erziehungs- und Bildungsbereich ausstrahlend in *allen* Dimensionen ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Perspektive.

In der Tat ist die massive Gebührenerhöhung beim untersten Eingangstor, den an sich „billigsten“ öffentlichen – bundesstaatlichen und lokalen – Colleges, darunter den Community Colleges (Gemeinschafts- oder Kommunalhochschulen, deren Gründung eben ausdrücklich zur Abfederung von Ungleichheit und zur Schaffung von möglichst „gleichen“ Einstiegschancen in den Erziehungsbereich erfolgte) dasjenige, was an der gegenwärtigen Entwicklung vielen Amerikanern am bedenklichsten erscheint – und was über veränderte Wahrnehmungsmuster die Grundlagen bisheriger sozialer Mechanismen auszuhebeln droht.

Gründe sind bei rückläufiger Staatsfinanzierung steigende Studentenzahlen, aber auch die Globalisierung des Bildungsgeschäfts und als Folge zum Beispiel der Verkauf von US-Bildung – als mittlerweile wichtigem „Export“-Faktor – an Drittstaaten wie China. China bezahlt Bildung großer Studentenzahlen und Import von Know-how aus den USA von Staats wegen mit Devisen-Erträgen aus bilateralen Handelsüberschüssen, tauscht also Handarbeit gegen Know-how und High-Tech, ohne dass die Amerikaner das bislang vollends bemerken.⁴ Obwohl dies nicht in umfassender Weise direkten Einfluss nimmt, treibt es doch indirekt die Preise für die US-Familien weiter in die Höhe.

Ein dritter Faktor der Ungleichheits-Entwicklung nun auch auf lokalem und regionalem Gebiet von Erziehung ist die zunehmende Konkurrenz lokaler Hochschulen um öffentliche Gelder mit Sozialleistungen wie *Medicaid* (Krankenversorgung für Bedürftige) und – für Nicht-Amerikaner vielleicht überraschend – mit den Gefängnissen, in denen mittlerweile 2,5 Millionen Amerikaner einsitzen, so viele wie bezogen auf die Gesamtbevölkerung in keinem anderen Land der Erde. Auch dies bedingt eine erhebliche Bindung öffentlicher Mittel. Die Hochschulen ziehen in der Konkurrenz um öffentliche Mittel mit Medizin und Gefängnis in den USA meist den Kürzeren:

„In den vergangenen 25 bis 30 Jahren hat die staatliche Hochschul-erziehung die Konkurrenz um Staatsmittel mit Medicaid verloren“, sagt der Cornell-Universitätsprofessor Ronald Ehrenberg, Direktor des Cornell Higher Education Research Institute. „Es besteht sehr viel Druck, Geld für anderes auszugeben als für Hochschulen.“⁵

Ähnlich sieht es John Vaughn, Executive Vice President der Association of American Universities, in der die 62 wichtigsten Universitäten mit Forschungstätigkeit zusammengeschlossen sind:

„Verpflichtungen für Medicaid, Gefängnisse und Grundschulbildung fressen ganz einfach die Budgets der Bundesstaaten auf. Es bleibt nichts mehr für die Hochschulen übrig.“⁶

Fazit?

Weil die einzelnen Bundesstaaten sowie die örtlichen Kommunen für die *lokalen* und *regionalen* Hochschulen, die zugleich oft die ärmsten sind, im Durchschnitt 53% der Mittel allein aufbringen müssen, weil der Bundes-Nationalstaat aufgrund fehlender Steuereinnahmen vor allem im obersten Segment der 1% Reichsten und vonseiten globaler Milliardenfirmen wie Apple oder Google immer weniger beisteuert, erhalten die Hochschulen bei steigenden Gefängnis- und Armenanforderungen immer weniger Geld – ein Teufelskreis, weil dadurch die Wege aus Armut und Kriminalität heraus immer weniger (und für immer weniger) zugänglich werden und dadurch die Risiken, den einzelnen Bundesstaaten zur Last zu fallen, wiederum steigen.

Obamas Sozialreformen mit ihrer Umschichtung von Geldern haben dem „unteren“ Hochschulbereich der USA im Rahmen dieser größeren Tendenz keinen Gefallen getan – sondern drohen im Wechselspiel mit anderen Entwicklungen sogar seine Grundfesten zu gefährden:

„Es wird oft übersehen, dass 53% der Finanzierung staatlicher Colleges und Universitäten von den einzelnen Bundesstaaten kommt, in denen sich die Schulen befinden. Das bedeutet, dass wenn ein Bundesstaat weniger Mittel hat, diese Schulen sofort weniger erhalten und daher keine Wahl haben, als die Einschreibgebühren zu erhöhen... Seit dem Schuljahr 2008-2009 ist der Preis für Einschreibgebühren (an lokalen und regionalen Schulen) laut dem *Center on Budget and Policy Priorities* um fast 2000 Dollar oder 28% gestiegen. In Arizona und einigen anderen Staaten stieg der Preis um mehr als 80% an staatlichen Vierjahres-Schulen, und um mehr als 66% an Schulen in Florida und Georgia.“⁷

Der Effekt ist vorhersehbar:

„Da die öffentlichen Colleges immer mehr ausgeben und immer weniger von den einzelnen Bundesstaaten erhalten, in denen sie beheimatet sind, verlagern sich die Kosten immer stärker auf Eltern und Studenten – und sorgen dafür, dass Hochschulbildung immer öfter außer Reichweite gerät... Die Studentenverschuldung in den USA erreicht heute die Billionenmarke.“⁸

In der Tat: Allein zwischen 2006 und 2012 stieg die Studentenverschuldung

„auf mehr als das Doppelte. Die nichtbezahlten Studentenschulden wuchsen auf 807 Milliarden Dollar.“⁹

Wer von systemischer Ungleichheit spricht, kann dies in der gegenwärtigen Diskussion nicht außer Acht lassen – außer er will den zugrunde liegenden treibenden Faktor ignorieren, von dem viele andere Entwicklungen direkt oder indirekt abhängig sind.

- 1| T. Piketty: *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press 2014, <http://www.hup.harvard.edu/catalog.php?isbn=9780674430006>.
- 2| T. Piketty: *Figures and tables of „Capital in the Twenty-First Century“*. In: *Homepage Thomas Piketty*, <http://piketty.pse.ens.fr/en/capital21c2>.
- 3| T. Kingcade: *Most Americans Say They Can't Afford Public College*, a.a.O.
- 4| R. Benedikter und V. Nowotny: *China: Situation und Perspektiven des neuen weltpolitischen Akteurs*, Springer Berlin 2014. Vgl. dies.: *China's Road Ahead. Problems, Questions, Perspectives*, Springer New York 2013.
- 5| K. Thurm: *Who Can Still Afford State U? In: The Wall Street Journal*, December 14, 2012, <http://www.wsj.com/articles/SB10001424127887323501404578163290734542674>.
- 6| K. Rucke: *Who Can Afford College In America?*, a.a.O.
- 7| *Ebda*.
- 8| S. Thurm: *Who Can Still Afford State U?*, a.a.O.
- 9| K. Rucke: *Who Can Afford College In America?*, a.a.O.

16

„Eliminierung der Mittelklasse“:
Aufgrund von Phasen- oder Strukturproblemen?

All das sind wichtige Elemente im komplexen Gesamtbild von Ungleichheit im heutigen Amerika. Entscheidend ist, dass die wesentlichen Gründe dabei nicht temporärer, sondern struktureller Natur zu sein scheinen. Bereits 2009 gab es aufsehenerregende Studentenproteste, als die Universität von Kalifornien (UC-System), ein Exzellenz-Staatssystem (nach eigener Darstellung das beste der Welt) mit überproportionaler Internationalisierung, die Studiengebühren in einem einzigen Jahr um 32% an hob.¹ Seit damals ist die Situation nicht besser geworden – eher im Gegenteil. Und das Gesamtbild der Entwicklung verheißt nichts Gutes:

„Seit 1978 sind die Gebühren für Hochschulbildung insgesamt [das heißt unter Einbeziehung aller Ebenen, Dimensionen und Klassen, Anmerkung des Autors] auf US-Ebene um 1.120 Prozent gestiegen. Und sie stiegen stets schneller als die Inflationsrate. Die Finanzierungsleistungen von Staaten und Kommunen für Hochschulbildung gingen allein in einem Jahr, 2012, um 7% zurück. 2011 schlossen die US-Studenten ihre Grundstudien mit im Schnitt 26.500 Dollar Schulden ab. ‚Die langsame, stille Erosion der Verpflichtung dieses Landes zu öffentlich zugänglicher höherer Erziehung ist in den vergangenen Jahren weitgehend außerhalb des Auges der Öffentlichkeit erfolgt‘, sagt Angus Johnston, der an der City University of New York unterrichtet, die bis 1976 gebührenfrei war. ‚Nun wird die Öffentlichkeit zunehmend auf das Problem aufmerksam, und wir beginnen endlich eine konkrete nationale Debatte darüber zu führen, welches Erziehungssystem wir in diesem Land wollen. Je mehr Leute sich daran beteiligen, desto besser ist das für die Studenten.“²

Experten sprechen aufgrund der Gesamtentwicklung von einer fortschreitenden, unausgesprochenen, aber faktischen Privatisierung des gesamten, nämlich nun auch staatlichen Erziehungs- und Bildungsbereichs der USA. Und sie sprechen als Folge davon von einem Trend zur

„Eliminierung der Mittelklasse“³, weil die Entwicklung der Hochschulkosten in den vergangenen Jahren aus Mittelklassen-Sicht von „leistbar“ zu „himmelhoch“ war.⁴ Damit geraten auch die meisten anderen Lebensziele außer Reichweite derer, die nicht substantiell erben. Oder wie es Michael Mitchell, Analytiker am *Center on Budget and Policy Priorities* in Washington D.C., ausdrückt:

„Das hohe Niveau der Studentenverschuldung ist ein großes Problem, da die schnell steigenden Gebühren zunehmend viele Studenten davon abschrecken, überhaupt ein College-Studium zu beginnen.“⁵

„Ich kenne ein Paar, das erst kürzlich ihre Erstdiplome (*undergraduate diplomas*) erhalten hat und verheiratet ist. Ihre Schulden für Studiengebühren betragen zusammen bereits für diesen ihren Grundabschluss (*undergraduate*) 100.000 Dollar – eine Summe, die das Paar aller Vorausschau nach niemals abtragen wird können.“⁶

Die Dramatik der Gesamtentwicklung fasst der Rechtsprofessor Paul F. Campos von der Universität von Colorado in Boulder in einem Satz so zusammen:

„Wenn in den vergangenen drei Jahrzehnten die Kosten für Autos in den USA gleich schnell gestiegen wären wie die Gebühren für Bildung und Erziehung, dann würde heute ein durchschnittlicher neuer Klein- bis Mittelklassewagen in den USA mehr als 80.000 Dollar kosten.“⁷

- 1| A. Duke: *University of California students protest 32 percent tuition increase.* In: *CNN*, November 19, 2009, <http://edition.cnn.com/2009/US/11/19/california.tuition.protests/index.html?iref=24hours>.
- 2| R. Nathanson: *The Rising Cost of Higher Education: What Now?* In: *Rolling Stone*, July 29, 2013, <http://www.rollingstone.com/politics/news/the-rising-cost-of-higher-education-what-now-20130729>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 3| K. Rucke: *Who Can Afford College in America?*, a.a.O.
- 4| C. Sanchez: *How The Cost Of College Went From Affordable To Sky-High.* In: *npr*, March 18, 2014, <http://www.npr.org/2014/03/18/290868013/how-the-cost-of-college-went-from-affordable-to-sky-high>.
- 5| *Ebda.*
- 6| *Ebda.*
- 7| P. F. Campos: *The Real Reason College Tuition Costs So Much.* In: *The New York Times*, April 4, 2015, http://www.nytimes.com/2015/04/05/opinion/sunday/the-real-reason-college-tuition-costs-so-much.html?_r=0. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.

17

Der neue US-Trend: Studienabschlüsse in Europa, dem am wenigsten ungleichen Kontinent

Die wachsende Ungleichheits-Problematik im Zugang zum Schlüsselbereich Bildung und Hochschulziehung ist mittlerweile so tiefgehend, dass eine zunehmende Zahl von US-Studenten ihre Abschlüsse in Europa, mithin in Deutschland zu machen sucht. Denn hier müssen sie im Vergleich zu ihrem Heimatland kaum nennenswerte Gebühren entrichten – was in den vergangenen Jahren eine „Auswanderungswelle“ amerikanischer Studenten hervorgerufen hat. Die USA zu verlassen, ist für viele aus dem reichsten Land der Erde paradoxerweise mittlerweile die einzige Chance auf einen Hochschulabschluss:

„Während die Kosten der Collegeerziehung in den USA Rekordhöhen erreicht haben, hat Deutschland die Einschreibegebühren abgeschafft – und zwar sowohl für einheimische Studenten wie für solche aus dem Ausland. Eine wachsende Zahl von Amerikanern nutzt das für sich, um tausende Dollar für ihren Abschluss zu sparen.“¹

An konkreten Beispielen mangelt es nicht:

„In einer Küche im ländlichen South Carolina sagte Hunter Bliss eines Abends seiner Mutter, dass er sich an einer deutschen Universität bewerben wolle... ‚Als er zugelassen wurde, brach ich in Tränen aus‘, sagt sie, eine alleinerziehende Mutter. ‚Ich war glücklich, aber auch erschrocken, ihn so weit von zuhause weggehen zu lassen.‘ Quer durch die USA bereiten sich Eltern jedes Jahr darauf vor, dass ihre Kinder im Sommer das Nest verlassen, aber nicht viele denken daran, sie 7.700 km wegzuschicken – auf einen Kontinent, auf den kein Familienmitglied jemals seinen Fuß gesetzt hat. Doch den Reiz einer guten Ausbildung konnten Hunter und Amy nicht ignorieren – noch dazu einer, die nichts kostet. ‚Wenn er in den USA geblieben wäre, wäre das sehr kostspielig für uns geworden‘, sagt Amy...

Mehr als 4.600 US-Studenten sind mittlerweile Vollzeit an deutschen Universitäten eingeschrieben, eine Zunahme von 20% in drei Jahren. Zugleich hat die studentische Verschuldung in den USA [in allen Stufen zusammengenommen, Anmerkung des Autors] 1,3 Billionen US-Dollar erreicht. Jedes Semester zahlt Hunter eine Gebühr von 111 Euro an die Technische Universität München (TUM), eine der angesehensten Universitäten in Europa, um seinen Studienabschluss in Physik zu erlangen. In dieser Summe ist ein Gratisticket für den öffentlichen Verkehr eingeschlossen, das es Hunter erlaubt, gratis die ganze Stadt zu befahren. Die Gesundheitsversicherung für Studenten kostet in Deutschland 80 Euro (87 US-Dollar) pro Monat, sehr viel weniger, als Amy aufbringen müsste, um Hunter in ihre amerikanische Versicherung einzuschließen.

„Die Gesundheitsversicherung beruhigt sie“, sagt Hunter. „Es ist fantastisch für sie, so viel Geld zu sparen, denn sie kann sich das faktisch ohne Schulden zu machen leisten.“ Um Wohnen, verpflichtende Gesundheitsversicherung und andere Ausgaben abzudecken, sendet Hunters Mutter ihm zwischen 6.000 und 7.000 US-Dollar pro Jahr. An der nahegelegenen Hochschule zuhause, der University of South Carolina, würde diese Summe nicht einmal die Einschreibegebühren abdecken. Sogar wenn Hunter ein Stipendium erhielte, würden sie immer noch etwa 10.000 US-Dollar pro Jahr kosten. Wohnen, Bücher und Lebenskosten würden diese Summe noch viel höher ausfallen lassen. Die einfache Mathematik machte deshalb Hunters Aufgabe leicht, seine Mutter von einem Studium in Europa zu überzeugen. „Du musst für mein College zahlen, Mutter – willst du die US-Summe zahlen oder die deutsche?“²

Die Gründe für einen Wechsel nach Europa, dem Kontinent mit der bislang noch geringsten Ungleichheit der hoch entwickelten Länder, liegen also für immer mehr Vertreter der US-Mittelklasse auf der Hand:

„Die finanziellen Vorteile eines Studiums in Deutschland sind auch anderen US-Studenten nicht entgangen. Katherine Burlingame zum Beispiel entschied sich, einen Master an einer Universität in der ostdeutschen Stadt Cottbus zu machen.

Zunächst an der Pennsylvania State University graduiert, gab Katherine weniger als 500 Euro (570 US-Dollar) pro Monat in Cottbus aus. Darin waren Wohnen, Transport und Gesundheitsversicherung eingeschlossen. Und als Kirsche auf dem Kuchen erhielt sie ein monatliches Stipendium vom DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) in Höhe von 750 Euro (815 US-Dollar), das ihre Kosten mehr als abdeckte.

„Als ich herausfand, dass ich in Deutschland genau wie die Deutschen gratis studieren kann, war das für mich unglaublich“, sagt Katherine. „Mir wurde klar, wie leicht der Zugangsprozess war – und dass es keine Gebühren gab. Das war für mich ein Wow-Moment.“

Im akademischen Jahr 2014-2015 verlangten private US-Universitäten von ihren Studenten im Durchschnitt mehr als 31.000 US-Dollar für Einschreibe- und andere Gebühren, wobei viele Schulen deutlich über 50.000 US-Dollar verlangen. Laut dem ‚Chronicle of Higher Education‘ ist die Sarah Lawrence University die teuerste mit einer Jahresgebühr von 65.480 US-Dollar. Staatliche Universitäten verlangten laut dem College Board von im Bundesstaat ansässigen Studenten mehr als 9.000 US-Dollar und von Studenten, die von außerhalb des Staates kommen, fast 23.000 US-Dollar. In Deutschland wurden Studiengebühren von 500-1000 Euro im vergangenen Jahrzehnt kurz eingeführt, aber Niedersachsen war der letzte Staat, der sie 2014 wieder abschaffte. Studenten in Deutschland zahlen eine Semestergebühr, um die Studentengewerkschaft und andere Aktivitäten zu unterstützen. Diese Semestergebühr ist selten höher als 150 Euro, und sie beinhaltet in vielen Fällen öffentlichen Transport.“³

Etwas, das viele Amerikaner, gewohnt an ein sich zuspitzendes sozialdarwinistisches Erziehungssystem, kaum glauben können.

- 1| F. Strasser: *How US students get a university degree for free in Germany.* In: *BBC News Magazine*, June 3, 2015, <http://www.bbc.com/news/magazine-32821678>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 2| *Ebda.*
- 3| *Ebda.*

18

Zwei treibende Zukunftsfelder von Ungleichheit in den USA: Bildung und Natur – und die Notwendigkeit von Reformen

Was also ist auf US-Seite zu tun? Wie kann das wachsende Ungleichheits-Unbehagen der Mittelklasse abgemildert werden? Und: Gibt es langfristige Lösungen?

Eine grundlegende Reform der Hochschulgebühren ist wahrscheinlich unausweichlich – auch wenn sie Obama aller Voraussicht nach seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger ab Januar 2017 überlassen wird:

„Heute garantiert in den USA ein Hochschuldiplom nicht länger einen Arbeitsplatz oder gar den Mittelklasse-Lebensstil. Die Gebührensteigerung überholt an Geschwindigkeit sogar das Einkommen von Amerikas Elite. Deshalb gibt es heute eine neue Bemühung um eine grundlegende Reform, was die College-Leistbarkeit betrifft. Manche sagen sogar, dass die wirtschaftliche Zukunft des Landes von dieser Reform abhängt.“¹

Diese Darstellung von Medien und Experten wird von der jüngsten 50-Jahr-Vorausschau der OECD bis 2060 aus dem Jahr 2014 unter Leitung von Giuseppe Nicoletti untermauert. In dieser heißt es wie erwähnt,

„dass die wachsende wirtschaftliche Bedeutung von Wissen einen Trend freisetzen wird, der die Gewinne auf Fähigkeiten erhöhen wird. Das wird wahrscheinlich dazu führen, dass die Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern wachsen wird.“²

Das bedeutet: Wachsende durchschnittliche Bildungsgrade werden voraussichtlich nicht zu weniger, sondern eher zu mehr Ungleichheit führen. Obwohl die entsprechenden Einzelheiten nicht ausgemacht sind und manches an der OECD-Vorausschau Spekulation bleibt, und zwar auch deshalb, weil der 50-Zeitraum für eine Epoche wie die unsere, in der sich

Wandel immer mehr beschleunigt und die Halbwertszeiten von „Gegenwartsschrumpfung“³ kleiner werden, extrem lang ist, wird das Problem der Bildung und vor allem des Bildungszugangs zentral für die weitere Entwicklung von Ungleichheit und sozialer Mobilität in den USA sein.

Zur Scharnier- und Schlüsselrolle des Bildungsbereichs kommt noch ein weiterer Faktor, der heute die Ungleichheit vorantreibt und vertieft – und zwar so weit, dass viele, so wie der Programm-Direktor des *Orfalea Centers für globale und internationale Studien* der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, Victor Faessel, gar „das Ende des bisherigen amerikanischen Lebensstils“ befürchten, ja „der Nation als solcher, so wie man sie bisher kannte“⁴, wenn nichts unternommen wird. Dieser Faktor ist die *Natur* und der Besitz an ihr.

Natur und Umwelt sind wesentliche Elemente, die die Ungleichheit in den USA vorantreiben, weil der Naturverbrauch meist direkt an die Klassenzugehörigkeit geknüpft ist und sie weitgehend widerspiegelt. So wird etwa die Technik des „Frackings“, also der Hochrisiko-Förderung von Öl aus Gesteinsschichten bei hohem Wasserverbrauch und starker Umweltschädigung, in der Regel nur in armen oder ländlichen Gegenden praktiziert, wo die Menschen gezwungen sind, ihr Land für Geld verwüsten zu lassen. Geschädigt wird aber das gesamte Gemeinwesen, obwohl sich die Reichen davon unbehelligt fühlen, weil „Fracking“ nicht in ihrem Umfeld und vor allem nicht innerhalb ihres Naturbesitzes – zum Beispiel auf privaten Stränden im Bezirk Hope Ranch in Kalifornien – erfolgt.

Eine Folge: Der Staat Kalifornien steht auch wegen des Wasserverbrauchs von „Fracking“ vor Wasserarmut, die zu extremer Dürre führt. Diese betrifft wiederum vor allem die Mittelklasse und die Ärmsten.⁵ Trotzdem scheint billiges Öl paradoxerweise gerade den Mittelklasse-Amerikanern offenbar noch immer wichtiger zu sein als ihre Natur, und der Nachhaltigkeitsgedanke bleibt weitgehend unterbewertet⁶ – auch wenn gerade in Kalifornien die Aufmerksamkeit auf das Umweltthema und seine sozialen Folgen wegen des Wassermangels und mehrerer neuerer Ök Katastrophen wie zuletzt des *Refugio Oil Spills* in Santa Barbara im Mai 2015 zunimmt.⁷

Doch obwohl zumindest in Elite-Zeitschriften und Diskussion-Foren der Überschneidungspunkt zwischen Umwelt und Ungleichheit jetzt auch in Amerika zu einer gewissen Geltung zu kommen beginnt, wie etwa die

Initiative der führenden politischen Zeitschrift *Foreign Affairs* zu einem „Green book“⁸ zeigt, spielen Natur und Umwelt bislang selbst unter Bedingungen aufgeheizter Wahlkampf-Stimmung noch kaum oder gar keine öffentliche Rolle.

So kam sie in keinem einzigen der bisherigen Wahlkampfprogramme der Präsidentschaftskandidaten in ausdrücklicher Weise vor – auch nicht in denen der Linken, obwohl sie für deren Argumentation durchaus brauchbare Munition liefern könnte. Nicht zufällig war die Hauptkritik am Ungleichheitstheoretiker Thomas Piketty in wichtigen progressiven politischen Diskussionsforen der USA ebenfalls die Vernachlässigung der Umweltfrage in der Ungleichheitsdiskussion seines Buches.⁹ Tatsächlich erwähnt der Steuerhistoriker und Wirtschaftsstatistiker Piketty in seinem Feldzug gegen globale Ungleichheit – mit vielen US-Beispielen – die Umwelt auch in Vorträgen mit kaum einem Wort als treibenden Ungleichheitsfaktor. Doch gerade in den USA dürften Umwelt- und Natur-Ungleichheit zu ganz großen Themen der kommenden Jahre werden – nicht zuletzt im Gefolge von Obamas von oben verordneter „Umweltwende“ von 2015, die noch für Jahre für Diskussionen und erbitterte politische Auseinandersetzungen sorgen wird.¹⁰

- 1| K. Rucke: *Who Can Afford College in America?*, a.a.O.
- 2| H. Braconier, G. Nicoletti, B. Westmore: *OECD 50-Year Global Scenario: Policy Challenges for the Next 50 Years*, a.a.O.
- 3| H. Lübke: *Gegenwartsschrumpfung und zivilisatorische Selbsthistorisierung*. In: F. Hager und W. Schenkel (Hrsg.): *Schrumpfungen. Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften*, Berlin/Heidelberg 2000, S. 11-20.
- 4| *Im Gespräch mit dem Autor*, Juni 2015.
- 5| N. Brinkerhoff: *California Water Shortage Culprits – Fracking and Agriculture – Escape State Conservation Measures*. In: *Allgov.com*, April 09, 2015, <http://www.allgov.com/news/controversies/california-water-shortage-culpritsfracking-and-agricultureescape-state-conservation-measures-150409?news=856188>.
- 6| R. Benedikter, E. Cordero and A. M. Todd: *The “American Way of Life” and U.S. Views on Climate Change and the Environment. Book Chapter 1*. In: B. Sommer (ed.): *Cultural Dynamics of Climate Change and the Environment in Northern America. Book series: Culture, Environment and Social Development in a Globalized World. Edited by Carmen Meinert and Claus Leggewie, The Institute for Advanced Studies in the Humanities (KWI) Essen, Germany, Research Cluster Climate and Culture, Volume 3, Brill Publishers, Leiden 2015, pp. 21-57*, <http://www.brill.com/products/book/cultural-dynamics-climate-change-and-environment-northern-america>.

- 7| J. Serna: *Refugio oil spill may have been costlier, bigger than projected*. In: *The Los Angeles Times*, August 5, 2015, <http://www.latimes.com/local/la-now/la-me-ln-refugio-oil-spill-projected-company-says-20150805-story.html>. Vgl. R. Benedikter und A. Unterweger: *Obamas Umweltoffensive: Wende in der Klimapolitik?*, a.a.O.
- 8| *Foreign Affairs: The Green Book Anthology*, May 19, 2015, <https://www.foreignaffairs.com/anthologies/2015-05-19/green-book>.
- 9| N. Ortega: *What Piketty Forgot*. In: *Foreign Policy in Focus*, June 18, 2014, <http://fpif.org/piketty-forgot/>.
- 10| R. Benedikter und A. Unterweger: *Obamas Umweltoffensive: Wende in der Klimapolitik?*, a.a.O.

19

Zusammenfassung. Das gemeinsame Problem der Post-Obama-Rhetoriken von Demokratischen und Republikanischen Präsidentschaftskandidaten: Das unscharfe Ziel. Die vier Optionen

Die Themen-Entwicklung sowohl auf Seiten der Demokraten wie der Republikaner ist in die beschriebene Gesamtsituation eingebettet. Sie reagiert sowohl direkt wie indirekt auf sie. Sie zeigt, dass im Gefolge der Obama-Jahre – Januar 2009 bis Januar 2017 – die globale Kernfrage Ungleichheit sich auch in den USA anschickt, zum dominierenden Breitenthema zu werden. In den USA erfolgt dies vielleicht erstmals in solcher Art seit der Nach-Depressionsphase der Roosevelt-Jahre der 1930er Jahre und den Sozialbemühungen der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons der 1960er Jahre. Beiden wurden zwar viele Denkmale gesetzt. Ihr Erbe konnte sich aber zivilreligiös und in den identitätstiftenden Mythen des Landes – im Unterschied zum Neoliberalismus der Reagan-Ära und der radikalen „Free-Wheeling“ Business- und Finanzkultur der Internet-Ära der 1990er Jahre – nie wirklich durchsetzen.

Trotzdem gilt: Trotz der Tatsache, dass das Ungleichheits-Thema ungeachtet anderslautender Stellungnahmen für fast ein Jahrhundert vom „Mainstream“ der US-Kulturstimmung und Zivilreligion als „unamerikanisch“ verdrängt wurde, gewinnt es heute an Bedeutung auch im Erfinderland des modernen funktionalistischen Kapitalismus, dem Fordismus, der auch in das Computerzeitalter hinein weiterwirkt, ja in diesem heute vielleicht seine wichtigste Wiederauferstehung feiert.

Dabei bringen beide Großparteien ihre Interessen in das Thema ein, die zum Teil sehr spezifisch sind und sich gemäß innerparteilichen Gruppen- und Interessenslogiken entwickeln. Das Ungleichheitsthema ist noch in keiner der beiden Großparteien stabil etabliert – ungeachtet der Tatsache, dass die meisten Kandidaten erkannt haben, dass es kaum zu umgehen sein wird, weshalb man es besser frühzeitig „umarmt“.

Die Frage lautet angesichts solchen Pragmatismus aber, was der damit verbundene Trend Richtung Etablierung von Ungleichheit zum Kernthema öffentlicher Diskussion auf beiden Seiten der US-Großparteien jenseits bloßer Worte in der Realität – und bezogen auf konkrete politische Maßnahmen, Strategien und Programme – meint. Worum geht es bei der aktuellen US-Diskussion um Ungleichheit eigentlich konkret: Um 1. Systemkorrektur, 2. Redistributionsreform, 3. Armutsbekämpfung oder einfach nur wie üblich 4. um „bessere Chancen für alle“?

Steht Amerika also mit dem Aufstieg des Ungleichheitsthemas vor einer Neubewertung des fordistisch-neoliberalen Kapitalismus – und damit auch der Einkommens-, Vermögens- und Redistributionsfrage? Oder ist das Ganze, was wenig überraschend wäre, weitgehend Rhetorik, die – wie meist Wahlkampfversprechen – nur kleinere Korrekturen im Sinn von Anpassungen an vorübergehende Systemtrends produzieren wird? Worum geht es den Kandidaten in der Ungleichheits-Diskussion mittel- bis langfristig wirklich?

Gemäß den wahlkampfbeherrschenden Rhetoriken stehen heute in der Tat vier grundlegende Optionen im Raum:

1. Systemkorrektur,
2. Redistributionsreform,
3. Armutsbekämpfung

oder am allgemeinsten und risikolosesten

4. „bessere Chancen für alle“.

Obwohl diese vier Dimensionen miteinander zu tun haben und allesamt Ausdruck des Ungleichheitsthemas sind, sind sie keineswegs miteinander identisch.

Sie können deshalb auch nicht aufeinander reduziert werden. Vielmehr sind mit der Wahl einer dieser Optionen, das Ungleichheitsthema zu interpretieren und mit ihm umzugehen, seitens der Kandidaten weitreichende Entscheidungen verbunden. Diese werden sich auf die weitere Entwicklung des Themas insbesondere nach den Wahlen auswirken, da mit diesen Entscheidungen verschiedene Qualitäten der Ungleichheitsthematik angesprochen werden, die zu unterschiedlichen Politiken führen.

20

Armuts- oder Ungleichheitsbekämpfung?

In der Tat ist es charakteristisch für Amerika, dass es im 20. Jahrhundert viele Anläufe zur Beseitigung der *Armut* gegeben hat, aber kaum je zur Beseitigung von *Ungleichheit*. Beides ist für amerikanisches Empfinden traditionell im wesentlichen dasselbe; und das ist einer der maßgeblichen Unterschiede zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten und den ihnen sowohl christdemokratisch wie sozialdemokratisch zugrundeliegenden Sichtweisen. Ungleichheitsbekämpfung wird auf Armutsbekämpfung reduziert; und damit wird das systemische Problem, das sowohl eine Systemkorrektur wie eine Redistributionsreform notwendig machen würde, auf eine soziale Agenda abgeschwächt. Diese mündet einerseits in das Teilsegment Armutsbekämpfung, andererseits ins Allgemeine und weitgehend Unverbindliche der (als solcher zweifellos typisch amerikanischen) Rede von den „besseren Chancen für alle“. Letztere eignet sich, wie die vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben, besonders gut als zivilreligiöser Zuckerguss über faktische Untätigkeit.

Aufgrund dieses zweifachen Trends scheinen beide Großparteien wesentliche Aspekte des Ungleichheitsthemas vor dem kulturspezifischen Hintergrund der USA zu übersehen. Denn die USA halten sich historisch für das beste System, das nicht verändert werden muss, sondern nur Segmentanpassungen benötigt. Das ist eine kulturell so tief verankerte Schicht des Selbstverständnisses, dass der Durchschnittsamerikaner bis heute Schwierigkeiten hat, den fraglosen zivilreligiösen Glauben an das eigene System überhaupt mit konkreten Problemen wie Ungleichheit in Beziehung zu setzen.¹

Die Folge: In den Theodore Roosevelt-Jahren 1901-1909 (Unterstützung der Arbeiterbewegung), den Franklin D. Roosevelt-Jahren 1933-1945 (Einführung der Sozialversicherung) und erneut seit Lyndon B. Johnsons „Great Society“ Rede vom Mai 1964, die der Einheit der Gesellschaft durch Beseitigung von Armut gewidmet war, wodurch die Mittelklasse von

Kriminalität und Elendsvierteln in der Nachbarschaft befreit werden sollte², gab es in den USA zahlreiche Programme mit Ausgaben von Milliarden US-Dollar zur Beseitigung von *Armut*; aber *Ungleichheit* wurde dabei kaum grundsätzlich als Systemmechanismus thematisiert. Im Gegenteil: Sie wurde meist sogar positiv und als inhärenter, ja zentraler Bestandteil des „Amerikanischen Traums“ angesehen, weil sie aus dessen Sicht – insbesondere in seiner konservativen Version – die Voraussetzung vertikaler Mobilität ist. Es muss Verlierer geben, oder es gibt keine Gewinner – so die unbewusste Kulturprägung bis heute.

Das äußert sich symptomatisch als unbewusster Widerspruch auch in Lyndon B. Johnsons programmatischer – und bis heute für die US-Ungleichheits-Gegner maßgeblicher – „Great Society“ Rede vom 22. Mai 1964 an der Universität Michigan. Johnson führte aus:

„Ein Jahrhundert lang arbeiteten wir, um einen Kontinent zu besiedeln und zu unterwerfen. Ein halbes Jahrhundert lang verließen wir uns auf ungezähmte Erfindungsgabe und eine nimmermüde Industrie, um eine Ordnung der Fülle für alle unsere Menschen zu erschaffen. Die Herausforderung des nächsten halben Jahrhunderts ist, ob wir die Weisheit haben, diesen Wohlstand dazu zu benutzen, unser nationales Leben zu bereichern und zu steigern und um die Qualität unserer Amerikanischen Zivilisation weiterzuentwickeln. Ihre Einbildungskraft, Ihre Initiative und Ihre Entrüstung wird darüber entscheiden, ob wir eine Gesellschaft errichten, in der der Fortschritt der Diener unserer Bedürfnisse ist, oder aber eine Gesellschaft, wo alte Werte und neue Visionen gleichermaßen unter schrankenlosem Wachstum begraben werden. In Ihrer Zeit haben wir die Möglichkeit, uns nicht nur in Richtung einer reichen Gesellschaft und einer mächtigen Gesellschaft zu bewegen, sondern aufwärts in die Große Gesellschaft.“

Die Große Gesellschaft beruht auf Fülle und Freiheit für alle. Sie verlangt von uns, die Armut und die Rassenungerechtigkeit zu beenden, und dem verschreiben wir uns vollkommen. Aber das ist nur der Anfang. Die Große Gesellschaft ist ein Ort, wo jedes Kind Wissen finden kann, um seinen Geist zu bereichern und seine Talente zu erweitern. Sie ist ein Ort, wo Muße eine willkommen Chance ist, um zu bauen und zu bedenken, nicht die befürchtete Ursache von Langeweile und Rastlosigkeit. Sie ist ein Ort, an dem die Stadt der Menschen nicht nur die Bedürfnisse des Körpers und die Anforderungen des Handels bedient, sondern auch den Wunsch nach Schönheit und den Hunger nach Gemeinschaft.

Sie ist ein Ort, an dem der Mensch seinen Kontakt mit der Natur erneuern kann. Sie ist ein Ort, der Schöpfung um ihrer selbst willen würdigt und für dasjenige, was sie an Verstehen der menschlichen Gattung hinzufügt. Sie ist ein Ort, wo die Menschen mehr mit der Qualität ihrer Ziele beschäftigt sind, als mit der Quantität ihrer Güter.

Aber am wichtigsten von allem ist, dass die Große Gesellschaft kein sicherer Hafen ist, kein Ort zum Ausruhen, kein finales Ziel, kein fertiges Werk. Sie ist eine dauernde Herausforderung, die uns in ein Schicksal hineinführt, in dem die Bedeutung unserer Leben mit den wunderbaren Produkten unserer Arbeit übereinstimmt...“³

- 1| Vgl. J. Z. Muller: *Capitalism and Inequality. What the Right and the Left Get Wrong*. In: *Foreign Affairs*, March/April 2013 Issue, <http://www.foreignaffairs.com/author/jerry-z-muller>.
- 2| L. B. Johnson: *The Great Society Speech*, University of Michigan, May 22, 1964. In: *PBS: The American Experience*, <http://www.pbs.org/wgbh/american-experience/features/primary-resources/lbj-michigan/>.
- 3| L. B. Johnson: *The Great Society Speech*. University of Michigan, 22 May 1964. In: *American Rhetoric*, <http://www.americanrhetoric.com/speeches/lbjthegreatsociety.htm>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.

21

Der US-Mythos vom „Reichwerden“ und die Reduktion der Ungleichheitsfrage auf Einkommensungleichheit

Die Rede Johnsons enthält erstaunliche Elemente, die im Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 ihre Auferstehung feiern. Darunter ist die Rede von einer notwendigen „Entrüstung“, die die meisten Präsidentschaftskandidaten im Hinblick auf die wachsende Ungleichheit zumindest öffentlich zeigen. Darunter ist die Rede von gleichem Zugang zu Bildung, von gerechter Verteilung und einem neuen Bezug zur Natur – Elemente, die heute ebenfalls den Wahlkampf dominieren. Darunter ist aber auch die Rede von der Weiterentwicklung der amerikanischen Zivilisation und von der Begrenzung des Wachstums, was Systemkorrekturen wären, die weniger populär sind.

Die Rückkehr von Elementen der „Großen Gesellschaft“, die die 1960er Jahre erträumten und die voraussichtlich zumindest in Teilaspekten die nächste Präsidentschaft ab 2017 prägen wird, muss sich heute allerdings gegenüber der neoliberalen Mythologie behaupten. Diese hat seit den 1980er Jahren tiefe Spuren in Mentalität, Klima und Populärmythologie hinterlassen. Darunter ist als archimedischer Punkt des Neoliberalismus der Mythos vom „Reichwerden“. Seit den Reagan-Jahren hat sich Amerika als die Gesellschaft stilisiert, in der man „reich werden“ kann – und möglichst auch sollte. Das „Alles ist möglich“, das am Grund der amerikanischen Identitätskonstruktion steht, wurde nach und nach immer enger gefasst und in ein „reich werden ist möglich in einem Jeder gegen Jeden-Kampf“ ausinterpretiert.

Dabei ist das genau genommen eine relativ neue Vorstellung, die an sich nicht mit den Hoffnungen und Idealen der ersten Einwanderer und Verfassungs-Väter der USA übereinstimmt. Ihnen, die aus unterdrückter und autoritär-hierarchischen Abhängigkeitsgesellschaften

kamen, ging es im Zentrum der amerikanischen Hoffnung um Selbstauskommen (*self reliance*) und ein gutes Mittelstandsleben mittels Meritokratie (*everybody can make it*) ohne Klientelismus – nicht um „reich werden“. Das Konzept von „Reichtum“, das heute sowohl die inneramerikanischen wie weltweiten medialen Repräsentationen des Amerikanischen Traums dominiert, stammt erst aus der Kombination des Erbes der Ford-Jahre und der „Roaring Twenties“ am Anfang des 20. Jahrhunderts, der Goldgräberstimmung der Nachkriegszeit und des Neoliberalismus der 1980er Jahre.

Insbesondere seit den neoliberalen Reagan-Jahren (1981-1989) erhielt die Uminterpretation von „es schaffen“ zu „reich werden“ einen entscheidenden Schub. Seit damals ist die Mitte, die Johnson als rationale Einheit von Wohlstand und Breitenpartizipation beschwor, auch in den öffentlichen Mythologien und im sozio-politischen Imaginären ausgetrocknet zugunsten von Risiko-Träumen des „Alles oder nichts“. Diese Haltung wird heute, 25 Jahre später, jedoch selbst von den Vertretern des US-Establishments als „in dieser Form nicht weiter durchhaltbar“ für die US-Gesellschaft bezeichnet¹ – darunter auch vom Clinton-dominierten Think-tank *Center for American Progress* auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Forschung und von Bürgerforen.² Wie man aus Hillary Clintons Umgebung hört, ist die Kandidatin mit dieser Forschung nicht unglücklich, da es ihre Glaubwürdigkeit beim Ungleichheitsthema stärkt, aber auch nicht glücklich, da sich ihr die Ergebnisse ihres eigenen Think-tanks zu weit in Richtung links aus jener Breitenargumentierbarkeit zu entfernen scheinen, in der sie sich wohl fühlt.

Im Gegensatz zur Wahlkampfretorik Clintons, die bewusst allgemein und unscharf bleibt und sich für keine der vier Optionen klar ausspricht, hat Präsident Barack Obama in seiner Amtszeit aktiv damit begonnen, die Diskussionstiefe von „Armutsbekämpfung“ auf „Redistributionsreform“ zu heben, das heißt von Sozialprogrammen zu Steuern- und Ausgabenreformen. Er ist damit auf den sofort erbitterten Widerstand des Mitte-Rechts-Flügels der Republikaner gestoßen, der unmittelbar erkannte, dass hier die Gefahr bestand, dass letztlich das System angesprochen werden würde – also die „Americanness“ der Hauptinterpretation amerikanischer Identität *a/s* Ungleichheit, die die neoliberalen Jahre prägte. Das konnten die Republikaner unter Rücksicht auf ihre ideologische Grundüberzeugung nicht zulassen, die lautet, dass Ungleichheit „gut“ ist, weil sie ein Ausdruck von Demokratie ist, die im Wettbewerb

zwischen nicht-gleichen Individuen besteht. All dies mischte sich mit den Interessen der Geldgeber dieser Demokratie – bis heute.

Die Folge: *Wo von Ungleichheit die Rede war und wo dieses Thema nicht zu vermeiden war, entstand ein konservativer Druck auf die anderen Kräfte, Ungleichheit stets abgemildert als Einkommens-, nicht als Vermögens-Ungleichheit zu thematisieren.* Über Vermögensungleichheit zu diskutieren hieße, so der konservative Tenor seit Reagan, die Grundfesten der Meritokratie in Frage zu stellen, auf die Amerika als angeblich einzige Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert gebaut ist. Daher ist dieses Thema für die Republikaner traditionell tabu. Über Einkommensungleichheit zu reden aber bedeute nicht gleichere Löhne, sondern die Förderung von Unternehmern und damit der Wirtschaft, die dann „von selbst“ dafür Sorge, dass „alle“ oder jedenfalls ein möglichst breiter Teil der Bevölkerung vom Wachstum nach oben gezogen werde. Mit einem Wort: *Wenn die Reichen reicher werden, werden auch alle anderen reicher.* Das war der konservative Einfluss auf die Ungleichheitsdiskussion der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere der Prä-Obama-Ära. Er war zweifellos insgesamt kulturell einflussreicher als die Versuche des linken Flügels der Demokratischen Partei, sozialere Themen mit der Ungleichheitsthematik zu verknüpfen.

Dabei wird, wie letzthin etwa vom Internationalen Währungsfonds, heute auch für die USA zunehmend die Frage aufgeworfen, ob das Ungleichheits-Problem wirklich hauptsächlich in der Einkommens-Ungleichheit besteht.³ Außerdem setzt sich allmählich auch in der anglo-amerikanischen Welt die Einsicht durch, dass das neoliberale Credo, Wirtschaftswachstum werde Ungleichheit abmildern oder gar auf lange Frist entscheidend verringern, *per se* nicht den Fakten entspricht und auch keine Universallösung sein kann, weil damit etwa die Umweltfrage noch gar nicht angesprochen wird.⁴ Gerade die Vernachlässigung der Umweltfrage in der US-Ungleichheits-Analyse auch von meinungsmachenden Demokraten wird wie erwähnt von progressiven Intellektuellen kritisiert: denn Ungleichheit heißt zunehmend auch Ungleichheit an Natur und Naturschädigung. Und Vermögen heißt heute und für die kommenden Generationen auch Vermögen oder Nicht-Vermögen an Umwelt.⁵

Trotzdem bleibt für die Zukunftsorientierung fast aller US-Versuche, dem Thema beizukommen, typisch, wie nicht nur bei Hillary Clinton oder Rand Paul, sondern sogar beim „linken“ US-Sozialwissenschaftler

Emmanuel Saenz⁶ oder in der genannten *Pew Research Center* Umfrage⁷, dass eine – unbewusste und bewusste – Konzentration auf *Einkommens-* statt *Vermögensungleichheit* kulturell dominiert. Der Fokus auf Einkommen statt Vermögen legt nahe: Es gilt aus US-Empfinden in erster Linie die Chance in die Zukunft hinein zu sehen (Einkommen), indem im Idealfall alle, einschließlich die Armen, mehr verdienen. Und es gilt nicht, bestehendes Erworbenes – also Vermögen – zu beschneiden (Redistribution, was für die meisten Amerikaner im Signum der prinzipiell *individualistischen* „Fairness“ des „Amerikanischen Traums“ Unrecht nahekommt oder sogar impliziert).

- 1| A. G. Berg and J. D. Ostry: *Inequality and Unsustainable Growth. Two Sides of the Same Coin?* International Monetary Funds, IMF Staff Discussion Note, April 8, 2011, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>. Vgl. F. Shaheen: *Reducing Economic Inequality as a Sustainable Development Goal*. In: *New Economics Foundation*, July 1, 2014, <http://www.neweconomics.org/publications/entry/reducing-economic-inequality-as-a-sustainable-development-goal>.
- 2| H. Boushey: *Middle Class Series: Economic Inequality Is Not Sustainable. The Top Heavy 1 Percent Will Topple Without A Stable Middle Class*. In: *Center for American Progress*, December 6, 2011, <https://www.americanprogress.org/issues/economy/news/2011/12/06/10792/economic-inequality-is-not-sustainable/>.
- 3| A. G. Berg and J. D. Ostry: *Inequality and Unsustainable Growth*, a.a.O., S. 14f.
- 4| G. Maxton: *Economic growth doesn't create jobs, it destroys them. It's time to face up to the fact that economic growth does not create jobs, does not reduce inequality and does not solve environmental problems*. In: *The Guardian*, 21 April 2015, <http://www.theguardian.com/sustainable-business/2015/apr/21/jobs-economic-growth-inequality-environment-club-of-rome>.
- 5| N. Ortega: *What Piketty Forgot*. In: *Global Policy*, 20th April 2015, <http://www.globalpolicyjournal.com/blog/20/04/2015/what-piketty-forgot>.
- 6| E. Saenz: *Income Inequality: Evidence and Policy Implications (2013)*, a.a.O.
- 7| D. Desilver: *U.S. income inequality, on rise for decades, is now highest since 1928*, a.a.O.

22

Konkrete Handlungsversprechen: Programmatische Offenheit oder Unschärfe mit Methode?

Zusammenfassend bleibt daher in fast allen Wahlkampf-Diskussionen (vielleicht mit Ausnahme von Sanders und O'Malley) offen, ob es bei allfälliger Bearbeitung des Problems Ungleichheit um Systemkorrektur, eine Redistributionsreform (einschließlich Steuer- und Ausgabenreform der öffentlichen Hand), um mehr Programme zur Armutsbekämpfung oder ganz einfach um den frommen Wunsch „bessere Chancen für alle“ geht. Diese Unschärfe ist keineswegs Zufall, sondern hat auf beiden Seiten des parteipolitischen Spektrums Methode. Schließlich geht es um den Einklang mit dem „American Way of Life“, diesem vielleicht noch immer stärksten Mythos im Herzen des Landes, der aus Selbstermächtigung kombiniert mit großzügigem Ressourcenverbrauch und universaler Mobilität besteht – nicht aus Bekämpfung von Ungleichheit.

Dabei gibt es zwar Unterschiede in der Schwerpunktsetzung zwischen Demokraten und Republikanern. *Demokraten* tendieren eher dazu, sich innerhalb des Spektrums der vier Optionen „nach oben“ zu bewegen. Sie berühren oft Themen und Argumente, die sich zwischen den Optionen 3 (Armutsbekämpfung) und 2 (Redistributionsreform) bewegen, und rühren in manchen, verwegenen Augenblicken sogar an Option 1 (Systemreform), wenn auch meist nur in sorgfältig isolierten Gesichtspunkten und Einzelaspekten. Dagegen bewegen sich die *Republikanischen* Kandidaten meist „nach unten“: sie forcieren die Rede von Armutsbekämpfung (Option 3), um sich dann nach unten in die zivilreligiöse Traditionsbeschwörung „bessere Chancen für alle“ (Option 4) zu flüchten.

Trotz dieser Unterschiede ist aber den nunmehrigen Präsidentschaftskandidaten beider Parteien gemeinsam, dass sie Punkt 1 meist kaum oder gar nicht ansprechen, auch nicht in seinen moderatesten Interpretationen und Ausprägungen – weil er ihnen zu gefährlich erscheint, oder einfach, weil sie seine Notwendigkeit nicht sehen.

23

Der Kontext. Drei synchrone Symptomcluster der gegenwärtigen Passage Amerikas: Die US-Reaktionen auf die Ungleichheits-Analyse Thomas Pikettys, Barack Obamas Rede von „Ungleichheit als zentraler Herausforderung unserer Zeit“ und die Baltimore- und Ferguson-Unruhen

Bei alledem spielt der amerikanische Zeithintergrund eine wichtige Rolle. Er muss hier abschließend noch erwähnt werden, um den vollen Umfang und die eigentliche Bedeutung des Ungleichheitsthemas für die heutigen USA zu ermessen.

Es ist kein Zufall, dass die Laudatio auf den jüngst einflussreichsten Thematisierer wachsender globaler Ungleichheit, Thomas Piketty¹, der einen starken Fokus auf die USA und deren symptomatische Vorreiterrolle legt, zur Feier seiner Ernennung zu einer der „hundert einflussreichsten Personen 2015“ im *Time Magazin* nicht von einem Politiker, sondern vom Vorsitzenden der Mittel- und Unterklassen-Vereinigung „Amerikaner für Steuerreform“, Grover Norquist, geschrieben wurde.² Norquist versuchte, anlässlich der Laudatio das Thema Redistribution von der US-Fixierung auf Armut in Richtung systemische Ungleichheit, also vom Einzelproblem zur Strukturdiskussion zu verschieben. Dabei jonglierte er, für das heutige Amerika „von unten“ vielsagend, mit den Polen Marx und Rawls, ohne sich klar in eine Richtung auszusprechen. Norquist schrieb:

„Dank Pikettys Buch: ‚Kapital im 21. Jahrhundert‘ haben wir heute einen neuen internationalen Fokus auf Einkommens- und Vermögensungleichheit. Präsident Obama meinte, das Thema solle zur neuen nationalen Herausforderung der USA erhoben werden – wie einst John F. Kennedys Wettrennen zum Mond. Die kühnsten Enthusiasten glaubten [bei Erscheinen von Pikettys Buch, Anmerkung des Autors], dass der Marxismus, zurechtgestutzt von Gulag und Massenmord, nun eine zweite Chance bekommen würde. Konservative dagegen merkten an, dass das

‚Kapital‘ (Pikettys) genau 50 Jahre nach Lyndon B. Johnsons ‚Great Society‘-Rede veröffentlicht wurde, die tausend Regierungsprogramme lancierte, um die Armut in Amerika zu beenden. Fünfzig Jahre und 20 Billionen US-Dollar später bleibt die US-Armutsrage unverändert bei 15%. Wollte Piketty also die Torpfosten verschieben von Armuts- zu Ungleichheitsbekämpfung, um diesen teuren Fehltritt zu umgehen? Noch schlimmer, Ungleichheit kann reduziert werden, ohne einer einzigen armen Familie zu helfen – indem man das nationale Vermögen reduziert. Das geschieht bei jeder Rezession. Und trotzdem, ungeachtet aller Kritik, hat noch jeder prominente Republikaner die Herausforderung dahingehend re-interpretiert, dass er sie als Argument für Wirtschaftswachstum nahm, da dieses angeblich neue Möglichkeiten und Chancen für die ‚geringsten unter uns‘ schaffen würde... Vielleicht hat also Piketty nicht Marx, sondern John Rawls zurück ins Zentrum der Bühne gebracht...“³

Mit letzterem könnte Norquist Recht behalten – auch im Hinblick auf die Ergebnisse der amerikanischen Wahlkampfdiskussion 2015-16. Denn der traditionelle amerikanische Fokus lautet: (Größere) Gerechtigkeit (Rawls) statt Systemveränderung (Marx). Mindestverschiebungen statt Grundsatzeingriffe – was letztlich erneut zu einer Einengung der Interpretation der Ungleichheits- zur Armutsdiskussion führen könnte, worin wie erwähnt seit jeher der „klassische“ Verhaltensreflex der US-Kultur zum Thema besteht.

Barack Obama wusste im übrigen, dass der mit großer Publicity begleitete Besuch Pikettys und seine von ihm durchgesetzte „informelle Beratung“ des US-Wirtschafts-, Finanz- und Steuerministeriums in Washington im Sommer 2014⁴ im Gefolge des Hypes um das 575.000 Mal verkaufte Buch von Anfang an eine Ironie war. Denn dass ausgerechnet ein Franzose den Amerikanern sagen sollte, wie die künftige Besteuerung von Reichen aussehen solle, war von vornherein ausgeschlossen – auch bei einer Demokratischen Regierung. Doch Obama hatte vorgebaut – ohne Pikettys Arbeit zu kennen, aber inhaltlich bis zu einem gewissen Grad in Übereinstimmung damit, erklärte er programmatisch bereits 2013:

„Ungleichheit ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit“
(„*Inequality is the defining challenge of our time*“).⁵

Und er machte deren Bearbeitung – trotz der Tatsache, dass Amerikaner wie erwähnt nicht gerne öffentlich über dieses Problem reden – zur „Kernaufgabe der Nation“ erneut bei seiner „Lage der Nation“-Rede Ende Januar 2014.⁶

Dennoch scheinen Obamas Worte auch im Wahlkampf 2015-16 in der Essenz letztlich die eines Rufers in der Wüste zu bleiben. Einerseits wurde die Stadt Baltimore in Maryland von Ende April bis Anfang Mai 2015 von den Behörden zur „Kriegszone“ erklärt, der Ausnahmezustand verhängt und die Nationalgarde mobilisiert, um Unruhen zu bekämpfen⁷, die zu erheblichem Teil aus der Ungleichheit (und Ungleichbehandlung) von Afroamerikanern hervorgehen – während sich gleichzeitig das US-Wirtschaftswachstum auf magere 0,2% abkühlte⁸, was in den USA im Unterschied zu Europa unmittelbar in der Realität von Ungleichheit wirksam wird, weil die Armen dann noch weniger Arbeit finden und in konjunkturell schwachen Zeiten die Sozialmittel meist als erste gekürzt werden.

Die anhaltenden Ungleichgewichte zeigen sich auch an den jahrelangen Unruhen im „Pulverfass“ Ferguson, einem Vorort von St. Louis im Bundesstaat Missouri. Dort fanden auch noch ein Jahr nach den schweren Ausschreitungen von 2014, die sich wegen der Erschießung des unbewaffneten schwarzen Jugendlichen Michael Brown entzündet hatten, am Jahrestag des Gedenkens, dem 9. August 2015, trotz eines inzwischen schwarzen Polizeichefs Unruhen mit Schießereien statt. Und zwar in einem Ausmaß, dass auch nach einem Jahr Befriedungsversuchen der Notstand für den Ort ausgerufen wurde – mit inzwischen längst symbolischem Charakter. Die ethnischen Probleme in den USA sind vor allem wegen der Ungleichheit der schwarzen Bevölkerung, die sowohl historisch als auch systemisch verankert ist, derart persistent.⁹

Den in den USA noch immer konstitutiven Zusammenhang zwischen ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheit hat eben Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders eindrucksvoll mit der Gründung einer politischen „Plattform zur Bekämpfung der Rassenungleichheit“ (*Policy Platform To Combat Racial Inequality*) kurz nach Wahlkampfbeginn (und als dessen Teil) Anfang August 2015 herausgestellt. Vor 20.000 Menschen, der größten derartigen Menge, die im Wahlkampf bis dahin von ihm mobilisiert wurde, gab er die Gründung der Plattform am

10. August in Portland bekannt.¹⁰ Auf seiner gleichnamigen Homepage arbeitet Sanders den Zusammenhang „zwischen vier zentralen Typen der Gewalt“ heraus,

„die gegen schwarze und braune Amerikaner ausgeübt werden: physisch, politisch, rechtlich und wirtschaftlich.“¹¹

Bei der Vorstellung der Plattform in Portland skandierten Tausende immer wieder:

„Botschaft an die Milliardärsklasse: Ja, wir haben den Mut, es mit Euch aufzunehmen!“ (*„Message to the billionaire class: Yes, we have the courage to take you on!“*).¹²

Das legt nahe, dass die Milliardärsklasse für die Ursache der Unruhen: nämlich für die systemische Ungleichheit mit verantwortlich gemacht wird. Ob dies nun zu Recht oder zu Unrecht geschieht, sei dahingestellt. Doch es verdeutlicht einen Aspekt der US-Stimmung in diesem Wahlkampf. Obama konnte an den beschriebenen Verhältnissen trotz vieler Bemühungen wenig ändern – was ihm die Massen aber scheinbar nur bedingt zu verübeln scheinen, kletterten doch seine Umfragewerte im zweiten Halbjahr 2015 wieder auf nahe 50%.¹³

- 1| T. Piketty: *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press 2014.
- 2| G. Norquist: *Thomas Piketty: Chronicler Of Inequality*. In: *Time*, Vol. 185, No. 15-16, April 27–May 4, 2015, p. 93.
- 3| G. Norquist: *Thomas Piketty, Chronicler of Inequality*. In: *Time*, April 16, 2015, <http://time.com/3823302/thomas-piketty-2015-time-100/>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 4| J. Schuessler: *Economist Receives Rock Star Treatment*. In: *The New York Times*, April 18, 2014, http://www.nytimes.com/2014/04/19/books/thomas-piketty-tours-us-for-his-new-book.html?_r=0. Vgl. B. Kachka: *On Tour With Rock-Star Economist Thomas Piketty*. In: *New York Magazine*, April 21, 2014, <http://nymag.com/daily/intelligencer/2014/04/on-tour-with-rock-star-economist-thomas-piketty.html>.
- 5| *The White House Office of the Press Secretary: Remarks by the President on Economic Mobility*, December 04, 2013, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/12/04/remarks-president-economic-mobility>.
- 6| I. Volsky: *6 Ways Extreme Income Inequality Is Making Your Life Worse*. In: *Think Progress*, January 28, 2014, <http://thinkprogress.org/economy/2014/01/28/3201741/income-inequality/>.
- 7| BBC: *Troops deployed for Baltimore riots as cleanup begins*, April 28, 2015, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-32499116>.

- 8| *BBC: US economic growth slows to 0.2%, 29 April 2015, <http://www.bbc.com/news/business-32517366>.*
- 9| *APA: Ferguson-Schießerei: Ein Schwerverletzter, 10.08.2015.*
- 10| *M. Fang: Bernie Sanders Unveils Sweeping Policy Platform To Combat Racial Inequality. In: The Huffington Post, August 09, 2015, http://www.huffingtonpost.com/entry/bernie-sanders-racial-inequality_55c81153e4b0f1cbf1e56b77.*
- 11| *B. Sanders: Racial Justice Initiative, <https://berniesanders.com/issues/racial-justice/>.*
- 12| *M. Fang: Bernie Sanders Unveils Sweeping Policy Platform To Combat Racial Inequality, a.a.O.*
- 13| *Rasmussen Reports: Obama Approval Index Month by Month, accessed October 23, 2015, http://www.rasmussenreports.com/public_content/politics/obama_administration/daily_presidential_tracking_poll.*

24

Ungleichheits-Unruhen und Milliardenrekorde

Die Ungleichheits-Probleme in Baltimore und Ferguson zogen sich hin, während etwa zeitgleich die US-Hedge-Fonds-Manager neue Rekord-Privateinkünfte in Milliardenhöhe feierten. Die Liste der bestverdienenden Fondsmanager vom April 2013 für das Jahr 2012 beziffert das Jahres-Privateinkommen von *Appaloosa*-Managementleiter David Teppers offiziell mit 2,2 Milliarden Dollar, Steven A. Cohen von *SAC Capital Advisers* mit 1,4 Milliarden Dollar, Ray Dalio von *Bridgewater Associates* mit 1,7 Milliarden Dollar, James Simons von *Renaissance Technologies* mit 1,1 Milliarden Dollar und Leo Cooperman von *Omega Advisors* mit 560 Millionen Dollar – obszöne Zahlen selbst aus der Sicht der amerikanischen Oberschicht.¹

Gleichzeitig wagte aber auch Obama es in den immerhin acht Jahren seiner Amtszeit (2009-2017) nicht, über Worte hinaus wirkliche systemische Schritte einzuleiten. Auch bei ihm blieb, charakteristisch für die öffentliche Debatte in den USA, letztlich allzu oft unklar, was eigentlich der Kern des Themas ist und sein soll: Redistribution von Vermögen, Bekämpfung von Ungleichheit in der Einkommensfrage, neue Programme zur „besseren Chancenerzeugung“, oder noch einmal deutlich verstärkte Bekämpfung von Armut?

Viele US-Bürger haben heute den Eindruck: Bei Obama war es alles zugleich – und keines wirklich. Wenn das Thema so wichtig ist, wie er es in Reden darstellt – warum ist es Obama dann nicht entschlossener angegangen, statt es am Ende seiner Amtszeit zur nationalen Priorität zu erklären, die er faktisch seinen Nachfolgern überlässt?

Natürlich ist es im Rückblick leicht, aus der Beobachterposition heraus zu kritisieren. Obama war mit einer Blockadestrategie der Republikaner und einer täglichen Gehässigkeit im Parlament konfrontiert, die jeden Präsidenten geschädigt hätte, so wie sie auch die Nation geschädigt hat.²

Doch auch Obama selbst wagte es in Kenntnis der amerikanischen Mentalität nicht, das Bestehende (Vermögen) anzutasten, sondern versuchte, eher das nach vorne Treibende (Einkommen) zu verändern.

Erneut galt hier: Typisch für Obamas „vorsichtigen“ Weg der „Mitte“, in dem sich die Zivilreligion der USA spiegelt, war, dass sich der Präsident in den meisten seiner Stellungnahmen und Initiativen gegen *Einkommensungleichheit* engagierte – darunter in der zweiten Hälfte seiner zweiten Wahlperiode ab 2014 durchaus erfolgreich in der Frage des Mindestlohns, der national für 28 Millionen Amerikaner von 7,25 US-Dollar auf 10,10 US-Dollar angehoben werden soll³ –, nicht aber gegen wachsende *Vermögensungleichheit* vorging.⁴

Dieser Fokus hat jedoch auch seine guten Gründe. Man darf nicht vergessen, dass Vermögen in westlichen Demokratien in der Regel auf bereits versteuertem Einkommen beruht – das nicht verprasst, sondern eben angespart und angelegt wurde. Daher sollte es auch geschützt werden. Es ist kein Verbrechen, es zu besitzen.

In Amerika sind die Verhältnisse in der Realität aber anders als in Europa. Seit der Ära George W. Bush jr. (2001-2009) werden Reiche und vor allem Superreiche mutmaßlich weniger besteuert als in anderen Demokratien. Obwohl es in Kalifornien durchaus Besitzsteuern etwa auf Immobilien gibt, ist die Gesamtbesteuerung bei höherer Akkumulation im Schnitt niedriger als in Europa – auch noch unter Obama, der hier wenig erreicht hat, insbesondere keine stärkere Beteiligung der Superreichen am nationalen Haushalt. Dass die Reichen in den USA auf ihre Vermögenseinkünfte relativ besehen wenig Steuern zahlen und dadurch die Ungleichheit bei ungebremster Vermögensakkumulation wächst, ist ein Kernproblem der Situation.

Die Frage ist dann, was mit den bereits bestehenden riesigen Privatakkumulationen ab einer bestimmten Milliarden-Höhe geschehen soll, soweit sie nicht, wie etwa von Wohltätern wie Warren Buffet oder Bill Gates, die das Problem erkennen, gespendet oder in gemeinnützige Stiftungen eingebracht werden. Wer Sozialismus, auch den sympathischen und volkstümlichen eines Bernie Sanders, als Systemregulativ ablehnt – und der Autor dieser Zeilen gehört dazu –, kann zugleich (und eben deshalb) an der Notwendigkeit gewisser Reformen in Richtung einer sozialen Marktwirtschaft nun auch in den USA nicht vorbeisehen. Wie

diese mit dem amerikanischen Gesellschaftsmodell, seiner zugrundeliegenden Kultur und Zivilreligion sowie dem amerikanischen Lebensstil vereinbart werden können, ist – auch bei nur segmentalen Verbesserungsmaßnahmen – die große, bis auf weiteres ungelöste Frage. Der US-Wahlkampf hat sich noch nicht getraut, sie auch nur zu artikulieren – und es bleibt fraglich, ob er das bis zu seinem Ende im November 2016 überzeugend tun wird.

- 1| J. Creswell: *Hedge fund titans scoop up billions in 2012*. In: *International Herald Tribune*, April 15, 2013, p. 17.
- 2| R. Benedikter: *USA: Abkehr von Europa?*, a.a.O.
- 3| *The White House Campaign: Rise the Wage*, <https://www.whitehouse.gov/raise-the-wage>. Cf. M. Ye Hee Lee: *Obama's Claim That Rising The Minimum Wage Helps Low-Wage Workers 'Make Ends Meet'*. In: *The Washington Post*, 02 February 2013, <http://www.washingtonpost.com/blogs/fact-checker/wp/2015/02/02/obamas-claim-that-raising-the-minimum-wage-helps-low-wage-workers-make-ends-meet/>.
- 4| J. Kuhnenn: *Obama: Income Inequality Is 'Defining Challenge Of Our Time'*. In: *Huffington Post*, April 12, 2013, http://www.huffingtonpost.com/2013/12/04/obama-income-inequality_n_4384843.html. Cf. R. Kaplan: *Obama: Income inequality is 'defining challenge of our time'*. In: *CBSNews*, December 4, 2013, <http://www.cbsnews.com/news/obama-income-inequality-the-defining-challenge-of-our-time/>.

25

Die Hintergründe: Zu wenig erkundete Untiefen der „amerikanischen Seele“. Zwei entgegengesetzte Positionen zu den Wurzeln amerikanischer Ungleichheit: Der „klassische Idealist“ Alexis de Tocqueville gegen den „Neophyten“ Donald Trump

In dieser Großkonstellation kann es nicht verwundern, dass das Thema Ungleichheit beim ersten ernsthaften Fernsehwahlkampf mit 10 der 17 (!) Republikanischen Kandidaten im August 2015 auf dem Republikaner-nahen Netzwerk *Fox News* kaum eine bis gar keine Rolle spielte.¹ Auch der vormals „mutige“ Rand Paul konnte oder wollte seine Argumente zur Ungleichheit bei dieser Gelegenheit nicht nachhaltig einbringen – was kein gutes Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Republikanischen Ungleichheits-Agenda weder für den weiteren Verlauf des Wahlkampfes noch für die Nach-Wahlkampf-Phase ist.

Stattdessen machte der Immobilien-Tycoon und Erb-Milliardär Donald Trump mit seiner bizarren Wahlkampf-Show, bestehend aus Diskriminierungen, Beschimpfungen und Versprechungen, jede ernsthafte Diskussion unmöglich – vor einer Rekordkulisse von 24 Millionen Zusehern, die sich vor allem an seinen Poltereien ergötzen und ihn anschließend zum Favoriten der Republikaner erkoren. Trumps Drohung, 2016 bei Nichtnominierung gegebenenfalls ohne die Republikanische Partei alleine zu kandidieren, „weil ich Recht habe und weil ich es sage“² und „weil ich das Geld dazu habe“³, könnte Hillary Clinton einen weiteren – eventuell sogar entscheidenden – Vorteil bringen. Denn Trump ist in einer Endwahl vom Mittelstand trotz aller Sympathien für „klare Worte“ nicht wirklich wählbar, ebensowenig wie von der politischen Mitte, der auch Teile anderer Klassen zugehören. Trump würde aber den anderen Republikanern Stimmen wegnehmen, was das Zünglein an der Waage zugunsten Clinton sein könnte.⁴

Außerdem steht durch Trumps direkten und indirekten Einfluss ein Rechtstrend bei den Republikanern an, der ihren Wahlkampf voraussichtlich über einen großen Teil der Laufzeit prägen wird – und der das Thema Ungleichheit bei den Konservativen zugunsten einer neuen, klassischer „rechten“ Rhetorik ablösen könnte wie gehabt, die da spätestens seit George W. Bush jr. lautet: „Die Reichen sind in einer demokratischen Wettbewerbsgesellschaft diejenigen, die sich als die Begabtesten erwiesen haben. Also lasst sie in Ruhe arbeiten, dann schaffen sie Arbeit für alle, auch für die weniger Begabten und deshalb Minderbemittelten.“

Auch dem Ungleichheits-Thema schon aufgrund ihrer proletarischen Wählerschaft gewogene Republikaner wie Rand könnten sich unter diesen Umständen dazu verführt sehen, ihre Interpretations- und Argumentations-Muster anzupassen und im weiteren Verlauf des Wahlkampfes eher nicht-explicit, sondern stärker eingebettet in die übliche Anti-Washington-Rhetorik (die im Unterschied zu einem häufigen europäischen Missverständnis nie systemkritisch gemeint ist) umzuinterpretieren, um den Druck von den Reichen zu nehmen.

Trump's „Aufmischung“⁵ des rechten Feldes könnte sich jedenfalls zu einem „Wettrennen nach rechts“ auswachsen. Das zeigt sich unter anderem an der Ankündigung des an sich gemäßigten – und wegen seiner Familie für Republikanische Maßstäbe als „multikulturell“ ausgerichtet geltenden – Jeb Bush, Obamas Sanitätsreform ebenso substantiell beschneiden wie jedes Abkommen mit dem Iran bei seiner Wahl sofort rückgängig machen zu wollen.⁶ Das ist allerdings im Kern un-amerikanisch und entspricht nicht dem historischen Geist der Dialektik zwischen Republikanern und Demokraten, die sich bei allen Gegensätzen stets als zwei unzertrennliche Teile ein und desselben amerikanischen Fortschritts (*American progress*) ansahen.

Die trotzdem bestehenden inneren Gegensätze und Widersprüche haben allerdings Geschichte. Bereits Alexis de Tocqueville schrieb in seinem Werk *Demokratie in Amerika* (1835-40), dem bis heute in Amerika selbst anerkanntesten Werk über den „amerikanischen Geist“ und die aus diesem erwachsende Gesellschaft:

„Ich kenne kein Land, in dem die Liebe zum Geld einen so großen Platz im Herzen der Menschen einnimmt, und wo die Bevölkerung eine tiefere Abneigung gegen die Theorie dauerhafter Gleichheit der

Vermögen zeigt. Aber das Schicksal arbeitet auch in diesem Land in einem unglaublichen Ausmaß; und die Erfahrung lehrt, dass es selten ist, dass zwei Generationen hintereinander vom Glück begünstigt werden.“⁷

Das scheint eine Beschreibung, die in Richtung Donald Trump geht – der sich nicht zufällig als Inbegriff, ja Verkörperung der ursprünglichen amerikanischen Inspiration darstellt. Interessanterweise erlebte Tocqueville jedoch zu seiner Zeit die USA trotzdem – und zugleich – als „äußerst gleich“, was bereits die grundlegende, als solche verlebendigende und produktive Paradoxie des Landes begründet. Dabei hebt Tocqueville, für die heutige Schwerpunktsetzung der US-Diskussion wiederum sehr zeitnah, den Erziehungsbereich als Scharnier- und Symbolbereich besonders hervor:

„(Trotzdem) sind nicht nur die Vermögen in Amerika gleich; bis zu einem gewissen Grad erstreckt sich die Gleichheit auch auf den Intellekt. Ich glaube nicht, dass es ein anderes Land in der Welt gibt wo, bezogen auf die Bevölkerung, so wenige weder ignorant noch wohlgezogen sind wie in Amerika. Primärerziehung ist für jeden verfügbar; höhere Erziehung für fast niemanden.

(Das ist deshalb der Fall, weil) es in Amerika nur wenige (wirklich) reiche Menschen gibt. Die meisten Amerikaner brauchen einen Beruf, und jeder Beruf verlangt Ausbildung. (...) In Amerika waren die meisten, die heute reich sind, zuerst arm; die meisten, die heute nicht arbeiten müssen, waren in ihrer Jugend harte Arbeiter..

Im Feld des menschlichen Wissens wird auf diese Weise eine gewisse Mediokrität etabliert. Die Intellekte der einen steigen, die der anderen sinken auf eine gemeinsame mittlere Ebene. Auf diese Weise wird eine große Anzahl von Menschen gewissermaßen zusammengeschweißt, da sie ungefähr dieselben Ideen über Religion, Geschichte, Wissenschaft, politische Ökonomie, Gesetzgebung und Regierung entwickeln.“⁸

Bildung ist also das verbindende Element, das in den USA für Gleichheit sorgt: zunächst für Gleichheit im Geist, dann für Gleichheit in der Politik. Denn wie Tocqueville hervorhebt,

„intellektuelle Ungleichheit kommt direkt von Gott, und die Menschen werden niemals fähig sein, dies zu ändern. Doch obwohl der Verstand der Menschen durch den Schöpfer ungleich verteilt worden sein mag, sind die Möglichkeiten, die ihnen (in den USA) zur Verfügung stehen, gleich. Und

daher ist heute in Amerika das aristokratische Element, bereits schwach von Anfang an, wenn nicht zerstört, so doch derart geschwächt, dass es schwierig für die Aristokratie ist, irgendeinen Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen.

Die Zeit, die Umstände und die Gesetze haben im Gegensatz dazu das demokratische Element nicht nur vorherrschend, sondern sozusagen einzigartig gemacht. Keine Spur an Familien- oder Klasseneinflüssen bleibt; oft ist es sogar unmöglich, auch nur irgendeinen dauerhaften persönlichen Einfluss zu erkennen.

In dieser sozialen Verfassung stellt Amerika insgesamt ein sehr seltsames Phänomen dar. *Die Menschen dort sind mehr gleich an Vermögen und Intelligenz, und also in anderen Worten in Stärke und Macht, als irgendwo anders in der Welt, und mehr, als sie es je in irgendeinem anderen Jahrhundert in der Geschichte waren.*⁹

Donald Trump, der selbsternannte „Neophyt“, also dem Anspruch nach politisch unbefleckte und im Geiste unabhängige Neuling, ist da freilich anderer Meinung. Er steht für eine Geldaristokratie, die ihren Status nicht nur voll auslebt und als Elitismus öffentlich ungeschminkt zur Geltung bringt, sondern die die Aristokratie des Geldes auch mit der Aristokratie des Geistes gleichsetzt – und sich darauf aufbauend selbst die Legitimation zur Herrschaft zuspricht. Wer reich ist, ist ein Gewinner – und hat daher in dieser neo-aristokratischen Logik das Recht, ja die Pflicht, zu regieren. Es gilt aus seiner Sicht der Satz: Etwas ist richtig, „weil ich es sage, und weil ich das Geld (dazu) habe“.

Auch wenn Trump mit solchen Statements gewiss ein Extrem des heutigen Republikanischen und rechten politischen Spektrums ist, so kann doch nicht übersehen werden, dass die Milliardärsklasse der USA eine ähnlich elitäre Haltung zur Geltung bringt wie er, wenn auch weniger offensichtlich und öffentlich – und aus dieser Haltung heraus massiv Geld in die Politik investiert, um sich damit gegen nicht kontrollierbare Entwicklungen „von unten“ abzusichern.

- 1| *The New York Times: Republican Debate: Analysis and Highlights*, <http://www.nytimes.com/live/republican-debate-election-2016-cleveland/second-debate-produces-more-heated-exchanges>. Cf. P. Healy and J. Martin: *Rivals Jab at Donald Trump as Republican Debate Becomes Testy*. In: *The New York Times*, August 6, 2015, <http://www.nytimes.com/2015/08/07/us/politics/rivals-jab-at-donald-trump-as-gop-debate-becomes-testy.html?ref=liveblog>.
- 2| D. A. Farhenthold: *Republican candidate Donald Trump's platform: Because I said so*. In: *The Washington Post*, August 1, 2015, http://www.washingtonpost.com/politics/the-trump-platform-because-i-said-so/2015/08/01/4684802c-36f7-11e5-9739-170df8af8eb9_story.html.
- 3| *Ebda.*
- 4| APA: *Trump mischt Republikaner auf*, 07.08.2015.
- 5| *Ebda.*
- 6| APA: *Bush würde Atom-Deal revidieren*, 12.08.2015.
- 7| A. de Tocqueville: *Democracy in America (1835-40)*, Bedford/St. Martin's, Boston and New York 2009, S. 50-53. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 8| *Ebda.*
- 9| *Ebda. Hervorhebung des Autors.*

26

Die neue Geldaristokratie: „Eerbte Meritokratie“

Wie sehr also scheint sich Amerika seit den Zeiten Tocquevilles verändert zu haben! War es aus seiner Sicht noch das „gleichste“ ungleiche Land der Erde (das heißt das Land eines als für alles andere ursprünglich erlebten *Individualismus in Gleichheit*), so ist es heute vierter in den Ungleichheits-Rankings der Welt.¹ Und war zu Tocquevilles Zeit offenbar der Bildungsbereich nicht nur der ideologische Gleichmacher, sondern (zu diesem Zweck) auch weitestgehend gleich von oben und unten zugänglich, so schließt er sich heute immer weiter vom allgemeinen Zugang ab. Wird das Auswirkungen auf die vielbeschworene Einheit nationalen zivilreligiösen Kits – und also in Folge des politischen Grundgedankenguts der USA haben? Und wenn ja: Welche?

Wenn Tocqueville seine hoch präzisen, weil genau die treibende positive Paradoxie eines „demokratischen Individualismus“ beschreibenden Schlüsse aus der amerikanischen Kondition zieht, drehen sich die Verhältnisse seiner Zeit im Vergleich zur heutigen Konstellation geradezu diametral um. Tocqueville schrieb:

„Die politischen Konsequenzen dieser sozialen Verfassung (der USA) sind offensichtlich. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, dass Gleichheit nicht auch die politische Sphäre durchdringen wird, wie sie alle anderen durchdringt. Es wäre unwahrscheinlich für ein Volk, für immer ungleich in einer einzigen (der politischen) Sphäre zu bleiben, während es gleich in allen anderen ist. Das Volk wird ab einem gewissen Punkt Gleichheit in allen Sphären erlangen...

Sobald eine Nation die soziale Verfassung der Anglo-Amerikaner erreicht hat, ist es daher sehr schwierig, sich einen mittleren Grund zwischen der Souveränität aller und der absoluten Macht eines einzelnen vorzustellen.“²

Tocqueville kannte Donald Trump und seinesgleichen nicht – die nicht nur von Bernie Sanders beschuldigt werden, sich heute die amerikanische Demokratie zu „kaufen“. Tocqueville schließt:

„Daraus erwachsen zwei Schlussfolgerungen. Es gibt auf der einen Seite eine legitime Passion für Gleichheit, die in den Menschen den Wunsch danach weckt, dass alle stark und wertvoll sein mögen. Diese Passion tendiert dazu, die Schwachen auf die Ebene der Starken zu heben.

Aber es gibt im menschlichen Herzen auch einen Geschmack für perverse Gleichheit, die die schwachen Menschen dazu veranlasst, sich zu wünschen, dass die starken auf ihre Ebene herabgebracht werden, und die sie dazu führt, Gleichheit in Dienstbarkeit und Abhängigkeit der Ungleichheit in Freiheit vorzuziehen. Das ist nicht deshalb der Fall, weil die Menschen, deren soziale Verfassung demokratisch ist, Freiheit verabscheuen; im Gegenteil, sie haben einen instinktiven Geschmack für sie. Für sie ist Gleichheit, nicht Freiheit, das prinzipielle und konstante Ziel; sie greifen nach Freiheit..., aber ohne Gleichheit befriedigt sie nichts, und sie würden eher sterben als diese verlieren.

Die andere Seite dieses Zustandes ist, dass, wenn die Bürger fast alle gleich sind, es schwierig für sie wird, ihre Unabhängigkeit gegen die Aggression der Autoritäten zu verteidigen. Da niemand für sich genügend Macht hat, zu widerstehen, kann nur die vereinigte Kraft aller Freiheit garantieren. Doch diese Gemeinsamkeit kann nicht immer gefunden werden.“³

Dieser letzteren Feststellung würde Donald Trump, in vielerlei Hinsicht das zeitgenössische Gegenbild des von Tocqueville beschriebenen „klassischen“ Amerikas, nicht einmal widersprechen. Er würde dies als Rechtfertigung seiner – den klassischen Mustern der Republikanischen *Heartlands* folgenden – Anti-Washington- und Anti-Regierungs-Polemik ansehen.

Tocqueville beschrieb eine ideale amerikanische Gleichheits- und Freiheitsgesellschaft, die er zu seiner Zeit als in der Realität existent ansah. *Ironischerweise beschrieb er dabei das damalige Amerika wie das heutige Europa*, welches damals aristokratisch strukturiert war. Heute scheinen die USA umgekehrt längst von neuen (Geld-)„Aristokraten“ – wie Donald

Trump – dominiert, die für Ungleichheit eintreten und dies auch bei jeder Gelegenheit ausdrücklich artikulieren. Amerikas Geldelite gibt sich als neue Aristokratie – und hat dabei den Großteil ihres Geldes nicht erworben, sondern geerbt.⁴ Sie ist Trägerin nicht einer Meritokratie aus eigener Leistung, sondern einer „ererbten Meritokratie“.⁵

In Trumps „positivem“ Ungleichheitsverständnis äußert sich jedoch im Vergleich zur amerikanischen „Ur-Realität“, die Tocqueville beschreibt, ein völlig falsches Verständnis Amerikas. Öffentliche Personen wie Trump drehen das Bild, wie Amerika sich sieht und was es zu sein sucht, genau auf den Kopf. Sie wollen, ohne es zu wissen, in ihrer Ungebildetheit ironischerweise ein Amerika des vorrevolutionären Frankreich und monarchischen Europa – obwohl sie täglich nichts anderes tun, als Europa zu verlachen (worin in den USA seit der Französischen Revolution allerdings eine Art Volkssport zu bestehen scheint, in dem sich auch Barack Obama, sich hierin ganz als nationaler Amerikaner gebend, während seines letzten Wahlkampfes und durch seine Amtszeit hindurch in Gestalt fortwährenden „Europe-bashings“ fleißig geübt hat⁶).

- 1| OECD: *Divided We Stand. Why Inequality Kees Rising. Country Note: United States (2011)*, <http://www.oecd.org/els/soc/49170253.pdf>.
- 2| A. de Tocqueville: *Democracy in America*, a.a.O.
- 3| A. de Tocqueville: *Democracy in America*, a.a.O.
- 4| *The Economist: Education and class: America's new aristocracy. As the importance of intellectual capital grows, privilege has become increasingly heritable, January 24th, 2015*, <http://www.economist.com/news/leaders/21640331-importance-intellectual-capital-grows-privilege-has-become-increasingly>.
- 5| *The Economist: America's elite: An Hereditary Meritocracy. The children of the rich and powerful are increasingly well suited to earning wealth and power themselves. That's a problem, January 24th, 2015*, <http://www.economist.com/news/briefing/21640316-children-rich-and-powerful-are-increasingly-well-suited-earning-wealth-and-power>.
- 6| R. Benedikter: *Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign. In: European Foreign Affairs Review. Published by the Center for Research in Public Law, University of Montreal, Kluwer Publishing Law Division, New York, Dordrecht and London, Volume 17/2012, Issue 3 (July-August), pp. 351-365. Internet Link: http://www.kluwerlawonline.com/toc.php?area=Journals&mode=bypub&level=5&values=Journals~European+Foreign+Affairs+Review~Volume+17+%282012%29. Vgl. ders.: USA: Abkehr von Europa?, a.a.O.*

27

Die fünf Stufen heutigen amerikanischen Wohlstandes – und die damit Unzufriedenen: „Nur Erben macht reich“?

Was bedeutet das in der Zusammenschau? Und wo liegt die Perspektive?

Insgesamt könnte das Wahlkampf-Rennen durchaus bis zu einem erheblichen Maß „von Zorn und unbefleckten Kandidaten“¹ wie dem „Neophyten“ Donald Trump dominiert werden, obwohl diese mit dem historischen und kulturellen „Herzen Amerikas“ wenig bis nichts zu tun haben. Das hat paradoxerweise eben damit zu tun, dass die Segregation zwischen den amerikanischen Klassen wächst – und einerseits Zorn weckt, andererseits die Sehnsucht nach nicht systemzugehörigen Kandidaten hervorbringt.

Die wachsenden Klassenunterschiede haben seit den neoliberalen Jahren dazu geführt, dass es heute nicht nur einen grenzwertig werdenden Abgrund zwischen arm und nicht-arm gibt, sondern auch innerhalb des „habenden“ Segments der Bevölkerung mindestens fünf verschiedene Klassen unterscheidbar sind, zwischen denen die Unterschiede wachsen. Diese fünf Klassen leben bereits größtenteils getrennt voneinander, und zwar sowohl physisch und sozial wie intellektuell:

- Einkommensempfänger (*paycheck receivers*). Diese erhalten ein wöchentliches oder monatliches Einkommen auf ein Konto und sind meist unmittelbar davon abhängig. Sie leben in Miete und bezahlen bei Krisen, Niedrigzinsen oder Inflation als erste – und oft auch als einzige – die Rechnung, weil ihre Vermögenswerte auf dem Konto liegen. Hier handelt es sich um den Großteil des Mittelstandes.

- *Working wealthy*. Das sind Arbeitende, die im Prinzip nicht auf eine Zeitanstellung angewiesen sind und einen Teil ihres Einkommens durch Vermögen generieren. Sie können durch plötzliche Krisen nicht alles verlieren, da das, was sie haben, zu einem Teil in Realvermögen diversifiziert ist.
- *Wealthy*. Das sind jene, die ihr Einkommen im wesentlichen oder mehrheitlich mittels Einkünften aus Vermögen generieren und an sich nicht arbeiten müssen. Sie riskieren durch Krisen vergleichsweise wenig, weil ihre Arbeit im wesentlichen oder in hohem Maße darin besteht, sich um reale Anlagen der monetären Werte zu kümmern. Ihr Vermögen ist oft international diversifiziert.
- *Rich*, die zusätzlich zu den Merkmalen der *Wealthy* auch ein schuldenfreies eigenes Haus in hervorragender Lage, hohe soziale und finanzielle Reputation, weit über den Bedarf Einkommen erzeugendes Vermögen sowie erhebliche flüssige Rücklagen genießt (*high net worth individuals*).
- Und schließlich die *Seriously Rich*. Das ist jenes „1% der 1%“ (wie sie der US-Mittelstand im Jargon nennt), die neben hohen Vermögenswerten unter anderem über Statussymbole wie ein Luxushaus, ein Flugzeug oder eine Yacht verfügen und deren Leben durch globale freie Mobilität ohne Arbeit bei hohem Machtfaktor gekennzeichnet ist.

Aber es gibt bei aller zunehmenden Segregation zwischen diesen fünf Gruppen auch ein Verbindendes. Ein Grundgesetz, das die globalisierte Welt durchzieht, gilt in den heutigen USA vor allem für die ersten beiden Gruppen, die die überwiegende Mehrheit der „habenden“ Bevölkerung stellen – und bedroht über deren Verunsicherung auch die drei anderen Gruppen in wachsender Sichtbarkeit. Dieses Gesetz lautet: Mit Ungleichheit ist Vertrauensverlust in die eigene Leistung verbunden – insbesondere in deren Sinnhaftigkeit, und zwar relativ proportional dazu, wie mit Vermögen Sicherheit und Selbstbewusstsein verbunden ist.² Das zeigt sich allerdings nicht nur in den USA, sondern mittlerweile auch in Europa, etwa im nach EU-Angaben sozial, ökologisch und wirtschaftlich auf Spitzenplätzen stehenden Österreich:

„Studie: ‚Nur Erben macht reich‘. Zu Armut gibt es viele Studien, zu Reichtum eher wenige. Das hat sich mit der großen Vermögenserhebung der österreichischen Nationalbank 2010 etwas geändert. Von diesen Daten gibt es nun eine Sonderauswertung, die das Institut für Politikwissenschaft in Wien im Auftrag der Arbeiterkammer gemacht hat. Da wurden die Einstellung der Bevölkerung zu Reichtum und die Quelle des Reichtums abgefragt. Nicht die eigene Leistung, Ideen oder soziale Netzwerke sind das Erfolgsrezept. 43% glauben: Reich wird man nur durch Erben.“³

In den USA ist diese Überzeugung bereits seit den neoliberalen Jahren der Fall⁴ – und zwar ganz auffällig (und in der Sache schwerwiegend) *im Gegensatz* zum „Amerikanischen Traum“, der zentral auf die Grundidee des „Aus eigener Kraft“ gründet.

Das hat zuletzt zum Beispiel die Oxfam-Studie 2015 des *Oxford Committee for Famine Relief* (Oxforder Komitee zur Linderung von Hungersnot) zur wachsenden globalen Ungleichheit unterstrichen. Sie besagt, ähnlich wie Thomas Pikettys Darstellung, unter anderem:

„Der globale Wohlstand ist zunehmend in den Händen einer kleinen, reichen Elite konzentriert. Diese reichen Individuen haben ihren riesigen Reichtum mittels Verfolgung von Interessen und Aktivitäten in einigen wenigen wichtigen Wirtschaftssektoren erzeugt und erhalten. Darunter sind der Finanz-, der Pharma- und der Gesundheitssektor. Unternehmen aus diesen Sektoren geben jedes Jahr viele Millionen US-Dollar für Lobbying aus, um ein politisches Umfeld zu schaffen, das ihre Interessen beschützt und immer stärker fördert. Die intensivsten und profitabelsten Lobbying-Aktivitäten in den USA sind jene, die das Budget und die Steuerangelegenheiten betreffen; also öffentliche Ressourcen, die so eingesetzt werden sollten, dass sie der gesamten Bevölkerung dienen, statt die Interessen von mächtigen Lobbyisten widerzuspiegeln.“⁵

Wie Markus Marktanner von der Kennesaw State Universität jedoch zu Recht kritisch anmerkt, ist auch die Oxfam-Studie nicht interessensfrei. Daher verzerrt sie gewisse Verhältnisse durch Vereinfachung:

„Vermögensungleichheit ist ein erhebliches und ernst zu nehmendes Problem, genauso wie die Marktmacht von einzelnen Wirtschaftssektoren. Auch stellt die Steuergerechtigkeit eine einkommens- und finanzpoliti-

sche Herausforderung dar. Allerdings sind Probleme der Vermögensungleichheit so komplex, dass sie nicht mit einfachen Formeln wie ‚Stoppt Marktmacht‘ oder ‚Schafft gerechte Steuern‘ angegangen werden können.“⁶

Damit hat Marktanner zweifelsfrei Recht, wie Parallelstudien nahelegen.⁷

Insgesamt gilt jedoch, dass Ungleichheit und Vermögenskonzentration weltweit überproportional zu Wirtschaftswachstum und Entwicklungsschritt zunehmen. Das führt in den USA, der wirtschaftlichen Leitnation der Erde, mit großer Symbolkraft zu einem Abstieg der Mittelklasse, den immer mehr Amerikaner als bedrohlich empfinden, und der aufgrund der Stellung der USA in der Welt für viele andere geopolitische Regionen Vorbildwirkungen haben könnte. Heute geraten auch Nationen, die wirtschaftlich an sich prosperieren, an den Rand sozialer Unruhen – und zwar sogar unter „sozialistischen“ Regierungen, wie etwa das Beispiel Chile⁸, der ungleichsten Nation der Erde, zeigt. Das könnte zumindest in Segmenten, einzelnen Regionen und lokalen Konstellationen auch den USA bevorstehen, wenn nichts gegen das – reale *und* empfundene – Abwärtstrauma der Mittelklasse unternommen wird.⁹

Dass die US-Mittelklasse absteigt, ist ein Trend, der sich auch nicht durch beschönigte Statistiken beseitigen lässt.¹⁰ Ihr Abstieg überschattet die letzten Jahre der Präsidentschaft Obamas.¹¹ Ist damit der „Amerikanische Traum“ wirklich dem Tode nahe, wie viele in den USA derzeit behaupten?¹² Und ist diese Behauptung eine selbsterfüllende Prophezeiung – oder spiegelt sie nur die Realität im Empfinden eines Großteils der US-Bevölkerung, zumindest jener, die im traditionellen Sinn „arbeitet“¹³?

- 1| P. Rucker and J. A. DelReal: *Bush and Trump face off in New Hampshire – and The Donald is winning*. In: *Chicago Tribune*, August 19, 2015, <http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/politics/ct-trump-bush-new-hampshire-town-halls-20150819-story.html>.
- 2| Vgl. *Die Politische Meinung*. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Ausgabe 532/2015, Schwerpunkttheft: *Vermögen*, 24. Juni 2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.41745/>.
- 3| APA: *Studie: „Nur Erben macht reich“*, 20.08.2015.

- 4| M. Bruenig: *You Call This A Meritocracy? How Rich Inheritance Is Poisoning The American Economy*. In: *Salon*, March 24, 2014, http://www.salon.com/2014/03/24/death_of_meritocracy_how_inheritance_is_poisoning_the_american_economy/. Vgl. *The Economist: America's elite: An Hereditary Meritocracy. The children of the rich and powerful are increasingly well suited to earning wealth and power themselves. That's a problem*, January 24th, 2015, <http://www.economist.com/news/briefing/21640316-children-rich-and-powerful-are-increasingly-well-suited-earning-wealth-and-power>; sowie *The Economist: Inequality: Inherited Wealth*, March 18th, 2014, <http://www.economist.com/blogs/buttonwood/2014/03/inequality>.
- 5| *Oxfam Study: Wealth: Having It All And Wanting More*. January 19, 2015, https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/ib-wealth-having-all-wanting-more-190115-en.pdf. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 6| M. Marktanner: „Even it up“. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Oxfam-Studie. In: *Die Politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur*, Ausgabe 532/2015, Schwerpunktthema: Vermögen, 24. Juni 2015, S. 44-47, http://www.kas.de/wf/doc/kas_41733-544-1-30.pdf?150617131552.
- 7| L. McCall: *Complex Inequality. Gender, Class and Race in the New Economy*, New York 2001. Vgl. N. Kristof: *'Inequality Is A Choice'*. In: *The New York Times*, May 2, 2015, <http://www.nytimes.com/2015/05/03/opinion/sunday/nicholas-kristof-inequality-is-a-choice.html>.
- 8| R. Benedikter and K. Siepmann (eds.): *Chile in Transition. Prospects and Challenges for Latin America's Forerunner of Development*, Springer New York 2015, <http://www.amazon.de/Chile-Transition-Challenges-Forerunner-Development/dp/3319179500>.
- 9| J. Stone and K. Gander: *The ten most unequal developed countries in the world. The latest OECD data on which developed countries have the biggest gap between rich and poor*. In: *The Independent*, 22 May 2015, <http://www.independent.co.uk/news/world/these-are-the-ten-most-unequal-developed-countries-in-the-world-10267862.html>.
- 10| H. Jacobs: *The Decline of the U.S. Middle Class Is Getting Even Worse*. In: *Business Insider Politics*, October 1, 2013, <http://www.businessinsider.com/decline-of-the-us-middle-class-2013-10?IR=T>. Vgl. J. Tankersley: *Why America's Middle Class is lost. The middle class took America to the moon. Then something went horribly wrong*. In: *The Washington Post*, December 12, 2014, <http://www.washingtonpost.com/sf/business/2014/12/12/why-america-middle-class-is-lost/>.
- 11| H. Schneider: *Middle class decline looms over final years of Obama presidency*. In: *Reuters*, January 18, 2015, <http://www.reuters.com/article/2015/01/18/us-usa-obama-economy-idUSKBN0KR-0HD20150118>.
- 12| R. Eskow: *Economy: 7 Facts That Show The American Dream Is Dead. The key elements of the American Dream are unreachable for all but the wealthiest*. In: *Alternet*, October 22, 2014, <http://www.alternet.org/economy/7-facts-show-american-dream-dead>. Vgl. M. Snyder: *The Death of the American Dream in 22 Numbers*. In: *The Death of the American Dream*, January 29th, 2015, <http://endoftheamericandream.com/archives/the-death-of-the-american-dream-in-22-numbers>; und M. Thompson: *Why The American Dream Will Never Die*. In: *The Atlantic*, August 17, 2015, <http://www.theatlantic.com/national/archive/2015/08/american-dreams-jim-cullen-larry-samuels-james-baldwin/401318/>.
- 13| R. Benedikter (Hrsg.): *Die Arbeit. Buchreihe Postmaterialismus, Band 3*, Wien 2001, <http://www.passagen.at/cms/index.php?id=62&isbn=9783851654783&L=0>.

28

Über den Wahlkampf hinaus. Die große Frage für die kommenden Jahre: Was haben die US-Präsidentschaftskandidaten wirklich vor?

Was bedeutet das über den Wahlkampf 2015-16 hinaus? Und was werden die kommenden Jahre bringen?

Bei aller Anerkennung der Neuthematisierung der Ungleichheits-Frage durch die Obama-Ära und die Spitzenkandidaten beider großer Volksparteien sind wir weit davon entfernt, dass Demokraten oder Republikaner eine Position einnehmen werden, die der Pikettys oder anderer europäisch gleichheitsorientierter Sichtweisen ähnlich ist.

Das hat auch, wenn auch nicht entscheidend, damit zu tun, dass Europa in Fragen von Besteuerung von Vermögen und Einkommen zuletzt falsche Signale ausgesendet hat – etwa mit der geplanten französischen „Reichensteuer“ von 75% auf Einkommen über 500.000 beziehungsweise 1 Million Euro durch Präsident François Hollande, der damit verbundenen Anti-Vermögenskampagne und dem darauf folgenden Massenexodus von Prominenten und Künstlern, allen voran etwa Gerard Depardieu nach Russland.¹

Doch auch ungeachtet solcher Extreme wird die französische, mithin in mancherlei Hinsicht via Piketty als „typisch europäisch“ verstandene Position sozialer Marktwirtschaft mit jener der USA trotz prinzipiellen Interesses und professioneller Information auch weiterhin nichts zu tun haben. Die Frage ist also, was die Wahlkämpfer dann als Alternative – und als „amerikanischen Weg“ – wirklich an Neuerungen vorhaben, wenn sie das Thema Ungleichheit zu ihrer Agenda erklären.

Was etwa führt Hillary Clinton *wirklich* im Schilde? Hat sie ein konkretes Arbeits-, Aktions- oder Gesetzesprogramm betreffend die Bearbeitung der Frage der Vermögens- und Einkommensungleichheit? Oder geht es

auch ihr „nur“ um die traditionelle, allgemein akzeptable minimalistische Dualität „Armutsbekämpfung“ und „mehr Chancen für alle“ – und ihre Reformforderungen sind nur Wahlkampfrhetorik, um den „Linken“ in ihrer Partei wie Martin O’Malley und Bernie Sanders den Wind aus den Segeln zu nehmen?²

Viele glauben derzeit eher letzteres. Spötter in den amerikanischen Medien erwarten, Clinton werde „sich den Reichsten nicht in den Weg stellen“³, da sie in Wirklichkeit selbst ein Einkommens-Ungleichheits-Problem habe.⁴ Die Argumente ihrer bislang weitgehend populistisch unscharf bleibenden Ungleichheits-Agenda⁵ seien schwach.⁶ Die Haltungen reichen von Skepsis der Linken bis zu offenem Spott der Reichsten, etwa des „Fortune“ Magazins, über den offenbaren Gegensatz zwischen Clinton und den von ihr hofierten, politisch als Effekt unter anderem der zwei Bush-Präsidentschaften aber kaum mehr existenten Gewerkschaften.⁷

Diese prinzipielle Skepsis hielt auch nach Clintons überzeugender Vorstellung bei der ersten Fernsehdebatte der Demokraten am 13. Oktober 2015 an, aus der sie nach übereinstimmender Meinung von Zuschauern, Medien und Experten als große Siegerin hervorging. Clinton punktete dabei interessanterweise eben mit dem Thema Ungleichheit, kombiniert mit dem Frauenthema, am klarsten:

„Der substantiellste Beitrag der Debatte war das in ihr verhandelte größere philosophische Argument, welches die USA 2016 benötigen. Die Republikaner glauben ganz einfach immer noch, dass es ihre zentrale Mission ist, Steuern zu senken, Regulierungen abzuschaffen und die Regierung zu verkleinern. Jene Amerikaner, die das richtig finden, sollten sie wählen. Die Demokraten dagegen glauben ganz klar, dass die Regierung eine Rolle spielen sollte beim Lösen der Probleme ungleicher Chancen, der Ungleichgewichte zwischen Familienleben und Arbeit, der Konzentration von Wirtschaftsmacht und der Stagnation der Löhne. Clintons bester persönlicher Moment in der Debatte war, als sie die obligatorische Einführung von bezahltem Familienurlaub vor der Kritik der Republikanischen Kandidatin Carly Fiorina verteidigte, die behauptete, dies würde eine exzessive Bürde auf kleine Unternehmen legen. Clinton sprach dabei direkt die Widersprüche der Republikaner an. „Es sind immer die Republikaner und ihre Sympathisanten, die sagen: ‚Sie können keine bezahlte Beurlaubung haben, Sie können keine Gesund-

heitsvorsorge anbieten. Diese Republikaner haben aber zugleich nichts dagegen, eine große Regierung zu erträumen, die sich in das Recht einer Frau einmischt, Elternschaft zu planen, ja die dieses Recht sogar abschafft... Wir sollten uns also von den Republikanern und ihrem dauernden Refrain: ‚Große Regierung wie schrecklich dies, große Regierung wie schrecklich das‘ nicht lähmen lassen.“⁸

Und die Republikaner selbst?

Am klarsten in der Verurteilung von Ungleichheit war bislang Rand Paul, der wohl auf den Netzwerk-Grundlagen seines Vaters am besten gerüstete rechtskonservative Präsidentschafts-Kandidat⁹ – auch wenn, wie erwähnt, viele die plötzliche Wende der Republikaner Richtung Ungleichheits-Thema insgesamt und grundsätzlich für einen Wahlkampf-Bluff halten und damit, wie die *Washington Post*¹⁰ oder das Fachmagazin *Businessinsider*¹¹, belustigt bis spöttisch umgehen. Viele unabhängige Beobachter sind sogar davon überzeugt, dass Rands „Lösungs“-Agenda in Wirklichkeit die Ungleichheit eher verstärken statt abmildern würde.¹²

Aber auch der aufstrebende junge Latino-Präsidentschaftskandidat aus Florida, Marco Rubio, der an sich alles für eine erfolgreiche US-Kampagne mitbringt (in dieser Reihenfolge): Aussehen, Jugend, Rhetorik, Medien-erfahrung, Netzwerke, Intelligenz und „Minderheiten“-Zugehörigkeit, wird in seiner ultra-konservativen Agenda, die viele seiner potentiellen Wähler wie die Einwanderer aus dem Süden direkt betrifft, mit Blick auf die Ungleichheits-Frage sowohl medial wie innerparteilich eher skeptisch gesehen.¹³

Die US-Medien jedenfalls sind sich eineinhalb Jahre vor den Wahlen in einem Punkt wie selten zuvor einig: Weder Clinton, Rand, Rubio noch sonst einer der Kandidaten mit tatsächlicher Aussicht auf das Amt meint es mit seinem „Ungleichheits“-Kreuzzug ernst. Keiner wird größere Veränderungen bewirken, weil dies gegen die inneramerikanischen Mythologien von „American Way of Life“ und „Amerikanischem Traum“ bis auf weiteres nicht siegreich durchzusetzen ist. Unter denen, die einer solchen Sicht anhängen, ist interessanterweise auch der „linke“ ehemalige Arbeitsminister (1993-1997) Bill Clintons, Robert Reich, der daher statt großer Reden Pragmatismus und viele kleine konkrete Schritte in Kontinuität statt das Versprechen „großer Würfe“ einfordert.¹⁴

- 1] R. Benedikter: *Das Depardieu-Syndrom. Frankreichs „Krieg gegen Besserverdiener“ ist das falsche Signal für Europa – und wirft zugleich ein Licht auf den Stand seiner Krise.* In: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft.* Herausgegeben von Prof. Dr. Peter Alexis-Albrecht, Goethe-Universität Frankfurt am Main, 96. Jahrgang, Heft 2/2013, Nomos Verlag, Baden-Baden 2013, S. 121-153.
- 2] J. Cassidy: *Hillary Clinton and the Democrats' Inequality Agenda.* In: *The New Yorker*, April 13, 2015, <http://www.newyorker.com/news/john-cassidy/hillary-clinton-and-the-democrats-inequality-agenda>. Cf. J. Tankersley: *The big issue with Hillary Clinton running against inequality.* In: *The Washington Post*, April 13, 2015, <http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2015/04/13/the-big-issue-with-hillary-clinton-running-against-inequality/>.
- 3] M. Reilly: *Bernie Sanders: Hillary Clinton Won't Stand Up To Billionaires On Income Inequality.* In: *Huffington Post*, April 15, 2015, http://www.huffingtonpost.com/2015/04/15/bernie-sanders-hillary-clinton_n_7074500.html.
- 4] A. M. Cox: *Hillary Clinton's Income Inequality Problem Starts With Her Own Income.* In: *The Guardian*, 24 June 2014, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jun/24/hillary-clinton-income-inequality-2016-election>.
- 5] B. Sarlin: *Hillary Clinton Slams Inequality In Populist Speech.* In: *MSNBC*, May 16, 2014, <http://www.msnbc.com/msnbc/hillary-clinton-goes-populist>.
- 6] N. Scheiber: *Hillary Clinton's Inequality Rhetoric Is Weak. No, we're not „all in this mess together“.* In: *New Republic*, July 9, 2014, <http://www.newrepublic.com/article/118632/hillary-clintons-inequality-rhetoric-weak>.
- 7] N. Easton: *How Hillary Clinton can tackle income inequality – without upsetting her rich friends.* In: *Fortune*, April 13, 2015, <http://fortune.com/2015/04/13/hillary-clinton-labor-unions/>.
- 8] E. J. Dionne Jr.: *Clinton Wins, Sanders Scores.* In: *The Washington Post*, October 14, 2015, https://www.washingtonpost.com/opinions/clinton-wins-sanders-scores/2015/10/14/9cbc5e2c-72a4-11e5-8d93-0af317ed58c9_story.html. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.
- 9] A. Sullivan: *Paul Rand criticizes fellow Republicans as he launches White House bid.* In: *Reuters*, April 7, 2015, <http://www.reuters.com/article/2015/04/07/us-usa-election-paul-idUSKBN0MY08T20150407>.
- 10] C. Rampell: *Republicans have started to care about income inequality.* In: *The Washington Post*, January 22, 2015, http://www.washingtonpost.com/opinions/catherine-rampell-republicans-have-started-to-care-about-income-inequality/2015/01/22/f1ee7686-a276-11e4-903f-9f2faf7cd9fe_story.html.
- 11] C. Campell: *Republicans are suddenly talking about income inequality.* In: *Business Insider UK*, February 5, 2015, <http://uk.businessinsider.com/republicans-are-suddenly-talking-about-income-inequality-2015-2?r=US>.
- 12] M. Breunig: *How Rand Paul's Policies Would Increase Inequality.* In: *Demos*, April 7, 2015, <http://www.demos.org/blog/4/7/15/how-rand-pauls-policies-would-increase-inequality>.
- 13] R. Foroohar: *Hillary Clinton, Marco Rubio And Looking For Answers on Income Inequality.* In: *Time*, April 17, 2015, <http://time.com/3826421/hillary-clinton-marco-rubio-income-inequality-2016/>.
- 14] J. Horn: *Reich: Income inequality hurts the rich.* In: *UT San Diego*, April 13, 2015, <http://www.utsandiego.com/news/2015/apr/13/Robert-Reich-Clinton-income-inequality-jobs-pay/>.

29

Schlussfolgerung. Ungleichheit: Ein zentraler Baustein der Zukunftsdiskussion des Westens – nun auch mit Beteiligung der USA?

Was ist die (bis auf weiteres vorläufige) Lehre aus der US-Wahlkampfkonstellation? Und wohin werden sich die Dinge bewegen? Ist, wie Obama es ausdrückte, die Bewältigung wachsender Ungleichheit tatsächlich das „neue Mondprojekt Amerikas“ – oder muss sie es werden? Und wenn ja: Wie werden sich die USA dem Ungleichheitsthema im Rahmen der nächsten Präsidentschaft ab Januar 2017 jenseits von Rhetoriken und Wahlkampflogiken konkret stellen?

Sicher ist: Obamas USA gehen ihrem Ende entgegen – und zwar mit jedem Tag schneller, wie nicht nur die Republikaner frohlocken, sondern auch Obamas eigene Parteikollegen im Bewusstsein neuer Chancen durch neu gemischte Karten zugeben. Die Ablösung von Obama könnte in einem „alten“ Ostküsten-Establishment (Demokraten, Hillary Clinton) oder in einem „neuen“ Tea-Party-Konglomerat (Republikaner, Rand Paul) bestehen: also in der Paradoxie entweder von *alten Progressiven* oder *neuen Konservativen*. Wer von ihnen wird in der – nationalen und internationalen – Debatte um Ungleichheit nach der Machtergreifung wie agieren? Und mit welchen *tatsächlichen* Überzeugungen?

Viele misstrauen der aktuellen, (bewusst) „unscharfen“ Klassen-Rhetorik, die sowohl von Seiten der Demokraten wie der Republikaner die Medien dominiert. Manche misstrauen ihr wegen ihrer programmatischen, auf allen Seiten interessengeleiteten Unschärfe; andere, weil sie zumindest für die heutigen, der Geschichte wenig mächtigen US-Generationen vergleichsweise „neu“ ist; wieder andere vor allem außerhalb der urbanen Zentren, weil sie sie prinzipiell für „unamerikanisch“ halten. All diese ablehnenden Seiten haben ihre Argumente und Gründe, die auch von europäischer Seite nicht einfach vom Tisch gewischt werden können. Inwiefern?

„Amerikanisch“ war auf *beiden* Seiten des Parlamentsganges (*on both sides of the aisle*) stets der Diskurs von Leistung, Arbeit, des Sich-nach-oben-Durchboxens – nicht aber, dass Ungleichheit *staatlich* geregelt werden sollte. Die USA waren im Prinzip im Zentrum ihrer Kultur stets davon überzeugt, dass Ungleichheit nur Ausdruck unterschiedlichen Willens ist – auch was die Akkumulation von Vermögen und die daraus resultierenden Wirkungen betrifft.

Daran hat sich unter Obama wenig geändert – und der US-Wahlkampf wird von dieser Grundüberzeugung weiterhin mit beeinflusst bleiben.

Unter diesem Signum könnte die Ungleichheits-Diskussion nun über die gesamte verbleibende Amtszeit Obamas mit Blick auf seine Nachfolge geführt werden. Auf der einen Seite könnte diese Diskussion Wahlkampfverpflichtungen auslösen, die einzuhalten sein werden, etwa im Sinn neuer Programme zur Armutsbekämpfung zum Beispiel in – landesweit und international – sichtbaren Problemregionen wie Baltimore oder Ferguson. Auf der anderen Seite könnte die Ungleichheits-Debatte aufgrund des mittelfristig möglichen Rückdriftens beider Parteien von der Ungleichheits- auf die Armuts- oder Chancenfrage aber letztlich wenig Einschneidendes bewirken. Ihr Effekt könnten einige, wenn auch voraussichtlich nicht spektakuläre Steuererhöhungen für die Reichsten sein. Wichtiger werden die Neuregelung der Firmenbesteuerung auch bei Steuersitzen im Ausland (Beispiel *Apple*) sowie das Schließen von Steuer-schlupflöchern sein – eine Notwendigkeit, die die Mehrheit der Amerikaner inzwischen erkannt hat.

An der Zivilreligion Amerikas aber wird sich bis zur nächsten Präsidentschaft, und voraussichtlich auch mit dieser, nichts ändern; und es sind eben genau deren Mythen, die das öffentliche Imaginäre beeinflussen und für eine Mentalität sorgen, der es weniger um *Gleichheit* geht (vielleicht auch nie ging), sondern die *Freiheit* auf Kosten von Gleichheit ins Zentrum stellt und dabei *Brüderlichkeit* in der Staatlichkeit vernachlässigt, um sie im Unterschied zu Europa eher ins Private (freiwilliges Wohltätertum der einsichtsvollen Reichen) zu stellen.

Wichtiger als Grundsatzveränderungen im Hauptstrom der amerikanischen Entwicklung könnte daher – zumindest langfristig – nach und nach die Position einer politischen Neuentwicklung werden: der eigens für die US-Präsidentschaftswahlen 2016 neu gegründeten „Transhumanistischen

Partei“ der USA (*Transhumanist Party of the USA*).¹ Sie wurde vom Technophilen und Libertären Zoltan Istvan, einem Bestsellerautor und Futuristen gegründet, der damit 2015-16 für das Präsidentenamt kandidiert.² Das Ziel der „Transhumanistischen Partei“ ist die „Verbesserung des menschlichen Körpers“ mittels Verschmelzung mit Technologie (*Human Enhancement*). Auch die „Transhumanistische Partei“ – und mit ihr die Technologie-Community der USA – sind dabei interessanterweise in Teilen ihrer Kernaussrichtung dem Thema existierender und kommender Ungleichheit verpflichtet, in diesem Fall aufgrund Zugang oder Nicht-Zugang zu Technologie.³ Dazu wurde in den USA und Großbritannien sogar ein eigenes Manifest entwickelt, die „Technoprogressive Erklärung“ (*Technoprogressive Declaration*), die die Ungleichheitsfrage unter hyper-technologischen Bedingungen thematisiert. Damit werden die global avantgardistischen Technik-Akteure von Silikon Valley zu Protagonisten eines neuen „meta-politischen“ Politikanspruchs, der von den USA ausgehend, aber in Anspruch und Reichweite global ausstrahlend, die Technik jenseits der Dialektiken von „links“ und „rechts“ zum eigentlichen neuen Akteur „nach Obama“ machen will.⁴

Das bedeutet: Das Ungleichheitsthema spielt sich in den USA inzwischen auch – und immer wichtiger – am Schnittbereich zwischen Technik und Politik ab, da dieser (im Unterschied zu Obamas Amtsbeginn am 20. Januar 2009) inzwischen allgemein als progressivster Bereich nicht nur für Wirtschaft, sondern auch Gesellschaft gilt. Ungleichheit in Technologiezugang und Technologieverteilung wird sogar als das entscheidende Diskussionsthema zwischen den rechten und linken Flügeln der Technophilen angesehen, die eine neue „technische Internationale“ anstreben. Damit liegt das Thema „Ungleichheit“ nun tatsächlich auf allen Ebenen – wirtschaftlich, politisch, kulturell und technologisch – nicht nur im Welt-trend, sondern mittlerweile auch klar im Binnentrend der USA.

- 1| *Transhumanist Party USA*: <http://www.transhumanistparty.org/>. Vgl. R. Benedikter und K. Siepmann: *Transhumanist Party Global: Eine technophile Bewegung aus den USA beginnt sich weltweit politisch zu organisieren*. In: *Fabrikzeitung. Kultur-, Gesellschafts- und Politikmagazin Zürich*, 35. Jahrgang, Heft 307/2015, Zürich, 01. April 2015, <http://www.fabrikzeitung.ch/transhumanist-party-global-der-kampf-um-die-politik-des-menschen/>.
- 2| Z. Istvan: *Should a Transhumanist Run for US President?* In: *Huffington Post*, August 12, 2014, http://www.huffingtonpost.com/zoltan-istvan/should-a-transhumanist-be_b_5949688.html. Vgl. R. Benedikter, K. Siepmann und A. Macintosh: *The Age of Transhumanist Politics Has Begun. Will It Change Traditional Concepts of Left and Right?* In: *Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik / Journal of Media, Technology, Art and Society*. Edited by Dr. habil. Florian Rötzer. 19. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2015, 12.04.2015, <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44626/1.html>.
- 3| R. Benedikter, K. Siepmann and A. Macintosh: *Zoltan Istvan's „Teleological Egocentric Functionalism“: A Libertarian Philosophical Basis For „Transhumanist“ Politics. A Viable Approach Towards A Sustainable Political Agenda?* In: D. W. Wood and A. J. Karran (ed.s): *Envisioning Politics 2.0. How AIs, Cyborgs, and Transhumanism Can Enhance Democracy and Improve Society*. „Transpolitica“ Book Series, Volume 2, edited by the Institute for Ethics and Emerging Technologies (IEET) and Trinity College Hartford, Connecticut, Hartford 2015, pp. 16-36, <http://transpolitica.org/publications/envisioning-politics-2-0/>.
- 4| *Institute for Ethics & Emerging Technologies: Technoprogressive Declaration – Transvision 2014*, November 22, 2014, <http://ieet.org/index.php/IEET/more/tpdec2014>.

30

Ausblick. Kann „nur Amerika Amerika gefährden“? Ungleichheit im US-Präsidentschaftswahlkampf 2015-16: Kern-, Leit- oder Verliererthema?

Fazit? Wohin geht Amerika im Präsidentschaftswahlkampf 2015-16?

Die USA liegen wie erwähnt seit geraumer Zeit in praktisch allen Parametern auf den vordersten Plätzen der ungleichsten Länder der Erde.¹ Doch über Jahrzehnte schien zu gelten: Es ist (sozialer) Krieg, aber niemanden kümmert es. Außer die „Verlierer“ (*loser*) der traditionell „harten“ US-Wettbewerbsgesellschaft. Doch diese haben – trotz all-gemein wachsender Einsicht in soziale Kontexte und Bedingungsstrukturen – nach wie vor einen schlechten Ruf in der historisch und kulturell „positiven“ US-Öffentlichkeit. Deshalb blenden sie die Amerikaner gerne aus Medien und Bewusstsein aus – vor allem, um im Hinblick auf die eigene Zukunft nicht nervös zu werden.

Doch im Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 scheint auf einmal vieles anders. Angesichts der Positionierung der Mehrheit der Kandidaten auf beiden Seiten der Großparteien scheint die Frage zu lauten: Wird Ungleichheit „nur“ Kern-, oder wird sie gar Leitthema der Debatte um die Zukunft Amerikas sein? *Leitthema* hieße, auch die meisten anderen Themen aus dem Gesichtspunkt der Ungleichheit zu betrachten, wie es etwa Bernie Sanders und Martin O'Malley versuchen. *Kernthema* hieße, dass Ungleichheit einer unter mehreren „Argumentationsführern“ ist.

Doch Ungleichheit als Kern- oder Leitthema sind nicht die einzigen beiden Optionen – trotz allen wachsenden Drucks auf die Kandidaten durch die US-Mittelklasse. Eine dritte Option, die allen Kandidaten wie ein Apftraum weiterhin im Hinterkopf geistert, ist – und bleibt – Ungleichheit als *Verliererthema*.

Deshalb sind die Aussichten trotz der anfänglich deutlichen Ungleichheits-Themen-Positionierung der KandidatInnen wechselhaft – und werden es bleiben. 2015 war festzustellen, dass das Thema Ungleichheit klar die Schlagzeilen dominierte – und die meisten Kandidaten es ins Zentrum ihrer Stellungnahmen holten.

Das kann, muss aber bis zur Wahl und vor allem danach nicht so bleiben. Die Erfahrung zeigt, dass jedes *Republikanische* Wettrennen der vergangenen Jahrzehnte (mindestens seit Richard Nixon) zunächst eher moderat und mit Blick auf den Gewinn der gemäßigten Mitte begann – um sich dann im Verlauf des Wettbewerbs nach Besetzung dieser Mitte stets nach rechts zu bewegen. Das könnte auch diesmal so sein – zu Ungunsten des Ungleichheits-Themas und zugunsten von leichter ohne Verletzung politischer Korrektheit vereinfachbarer Themen.

Was wird die Nachwahl-Phase bringen?

Ungleichheit ist ein Kernthema des US-Präsidentenwahlkampfes 2015-16. Ob es zum Leitthema über die Wahlen hinaus werden kann, wird sich zeigen. Damit könnte sich im Hinblick auf die Nach-Obama-Ära potentiell eine neue Phase in der binnenamerikanischen Gesellschaftsdebatte öffnen: eine, in der soziale Agenden eine größere Rolle als in vergangenen Jahrzehnten spielen. Obama hat diese Phase vorbereitet, aber selbst nicht vollends verwirklichen können – weder in der Gesellschaftsdiskussion noch als konkretes politisches Handlungsprogramm.

Die Hinwendung zu verstärkter Diskussion von Ungleichheit wird nicht nur von den Kandidaten unter dem Druck der Mehrheitsmeinung vollzogen, sondern auch von führenden Intellektuellen und Strategen eingefordert. Nicht nur ein für traditionelle amerikanische Verhältnisse „linker“ Theoretiker wie der Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz drängt in diese Richtung. Sondern auch der Doyen der US-Politikwissenschaft, Joseph Nye, über Jahrzehnte verantwortlich für die Ausbildung der Spitzenbeamten der US-Regierung, erklärt in seinem aktuellen Buch *Ist das Amerikanische Jahrhundert vorbei?* (2015)² Ungleichheit zur mit entscheidenden Frage, ob das amerikanische Jahrhundert – und damit die globale Dominanz der Gesellschaftsform der Demokratie – weitergeht oder nicht:

„Nur Amerika kann Amerika gefährden. Wenn politische Lähmung in Amerika permanent wird oder wenn die *Einkommensungleichheit* (sic!) weiter steigt, dann könnte das die Vorherrschaft Amerikas gefährden. ‚Die Frage ist, ob wir unserem Potential weiterhin gerecht werden können‘, sagt Nye.“³

Ob nur Amerika Amerika gefährden kann oder nicht, sicher ist: Dass Hillary Clinton, die aussichtsreichste Kandidatin der Demokraten und möglicherweise erste Frau an der Staatsspitze, im Wahlkampf neben ihrer Weiblichkeit vor allem die soziale Ungleichheit in den USA thematisiert, verweist auf eine Lage, die ernst ist. Amerika ist seit George W. Bush jr. das Land der Ungleiche(re)n geworden – und die Frage ist, ob sich das mit der Nach-Obama-Präsidentschaft ändern kann und wird. Sowohl eine christlich-demokratische Erneuerung wie eine sozialdemokratische sind außer Reichweite – und wie es aussieht, werden in den USA soziale Themen auch weiterhin eher mit Worten als mit Taten thematisiert. Doch die Hoffnung auf Reformen in Richtung sozialere Marktwirtschaft zumindest in Segmenten der amerikanischen Gesellschaft lebt.

Wo liegt die Perspektive?

Betrachtet man die Fakten, geht es für die heutigen USA im Zeichen wachsender Ungleichheit nicht notgedrungen um *Systemveränderung*, wohl aber um *Systemkorrektur* – also um das, was Obama in seinen nicht immer glücklichen, aber doch von vielen mehr oder weniger mutigen Versuchen geprägten acht Jahren im Weißen Haus anstrebte. Die Republikaner sind dieser Korrektur eher abgeneigt, während bei den Demokraten Unklarheit über die Dimension und den Umfang möglicher Eingriffe herrscht. Während sich bei den Republikanern ein offenes Rennen bis kurz vor Ende abspielen könnte, ist Hillary Clinton bei den Demokraten nach der Nichtkandidatur von Vizepräsident Joe Biden und dem Rückzug anderer Bewerber mangels Chancen wie etwa von Lincoln Chafee im Oktober 2015⁴ klare innerparteiliche Favoritin.

Was wird diese Konstellation mit – und nach – den kommenden Präsidentschaftswahlen erzeugen?

Die Erfahrung der Obama-Jahre (2009-2016) gibt Anlass zu einem gewissen Optimismus, dass wenigstens das Bewusstsein über Ungleichheit als Strukturproblem der US-Gesellschaft gewachsen ist – und dass mittels des Präsidentschaftswahlkampfes 2015-16 nun auch das Wissen um die daraus erwachsende Notwendigkeit sozialer Reformen steigt. Das sollte aber nicht zur Hoffnung verleiten, dass sich die Dinge allzu rasch verändern werden – auch nicht nach den Präsidentschaftswahlen vom November 2016.

- 1| *D. Desilver: Global Inequality: How the U.S. compares. In: Pew Research Center, December 19, 2013, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2013/12/19/global-inequality-how-the-u-s-compares/>.*
- 2| *J. S. Nye: Is The American Century Over?, Polity Press 2015.*
- 3| *B. Walsh: The American Century Isn't Over. China won't end U.S. dominance – but political gridlock and isolationism could. In: Time, March 23, 2015, p. 14, <http://time.com/3741856/the-american-century-isnt-over/>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.*
- 4| *J. Wagner and D. Weigel: Lincol Chafee ends Democratic bid for president. In: Washington Post, October 23, 2015, <https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2015/10/23/chafee-ends-democratic-bid-for-president/>.*

Anhang

Ungleichheit und soziale Mobilität im Vergleich zwischen den heutigen USA und Europa

Matthias Schäfer und Dr. Lars Hänsel, Leiter des Auslandsbüros USA der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington D.C., im Gespräch mit Roland Benedikter

Roland Benedikter, Forschungsprofessor am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław/Breslau, Senior Affiliate der Georgetown Universität, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der *Harvard International Review*, Trustee der Toynbee Prize Foundation Boston und Vollmitglied des Club of Rome, nahm am 30. Mai 2015 als Experte für die OECD am 10. Internationalen „Festival dell’Economia“ / Festival der Wirtschaft in Trient zum Thema „Ungleichheit“ teil, auf dem auch Thomas Piketty, Joseph Stiglitz und Paul R. Krugman sprachen.¹ Das Gespräch am Rande der Tagung führten Matthias Schäfer und Dr. Lars Hänsel.

Die Ungleichheit nimmt laut jüngstem OECD-Bericht zu. Sowohl in den USA wie in Europa.

Benedikter: Ja. Nicht nur der Bericht der OECD, alle neueren Berichte internationaler Organisationen weisen übereinstimmend darauf hin.

Der Effekt?

Benedikter: Wo Ungleichheit zunimmt, nimmt soziale Mobilität ab. Wo soziale Mobilität abnimmt, nimmt Wettbewerbsfähigkeit ab. Wo Wettbewerbsfähigkeit abnimmt, nimmt Demokratie ab.

Wird Ungleichheit in den USA zum Problem?

Benedikter: Amerika wird sicher mit größeren Herausforderungen als bisher konfrontiert sein.

Inwiefern?

Benedikter: Einerseits wegen der globalen Liberalisierung und möglichen neuen internationalen Abkommen wie der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Sie werden dazu tendieren, Standards auch betreffend Ungleichheit anzupassen, darunter die der Mindestlöhne. Darüber hinaus – noch immer unterschätzt – auch und immer wichtiger wegen dreier, für die Zukunft wichtiger Faktoren.

Nämlich?

Benedikter: *Erstens* wegen der voranschreitenden Automatisierung durch *Technik*. Sie wird ungeachtet aller Anstrengungen immer mehr Arbeitskräfte überflüssig machen – also die Ungleichheit durch Arbeitslosigkeit fördern. Zu wachsender Ungleichheit tragen *zweitens* aber auch die *Flüchtlings- und Migrantenströme* bei. Sie bringen in westlichen Wettbewerbsgesellschaften eine neue Unterklasse hervor, die ohne Integrationsprogramme praktisch von sozialer Mobilität ausgeschlossen ist. Migranten erleben Ungleichheit als Kern der neuen Gesellschaftserfahrung.

Und drittens?

Benedikter: Schließlich ist die *Natur* ein wichtiger, in ihrer umfassenden Bedeutung immer noch unterschätzter Faktor in der globalen Ungleichheitsfrage, weil der Klimawandel die Ungleichheit in und zwischen Ländern verstärken wird.

Für die USA im speziellen kommt noch ein weiterer ausschlaggebender Faktor hinzu?

Benedikter: Für die USA kommt viertens als wesentliche, vielleicht sogar wichtigste Triebkraft von Ungleichheit der Erziehungs- und Bildungsbereich dazu. Er ist heute das Zentrum und die treibende Kraft von Ungleichheit in der Gesellschaft der „Freien und Tapferen“ schlechthin.

Warum?

Benedikter: Wenn sich die US-Mittelklasse keine Hochschulbildung für ihre Kinder mehr leisten kann und die Verschuldung für einen akademischen Grad wegen der voranschreitenden faktischen Privatisierung nun auch der staatlichen Schulen und Hochschulen mittels Rückzug der öffentlichen Hand erheblich Ausmaße annimmt, ohne dass diese Abschlüsse tatsächlich einen Beruf erbringen, dann wird der Bildungsbereich zum Vertiefungs- statt Abmilderungsfaktor von Ungleichheit. Das ist in den heutigen USA in der Wahrnehmung der Mehrheitsbevölkerung der Fall.

Klingt im Gesamtbild nicht sehr ermutigend...

Benedikter: Wir hatten zuletzt tatsächlich nicht besonders viele ermutigende Signale. Das Buch des Pariser Wirtschaftsstatistikers Thomas Piketty *Kapital im 21. Jahrhundert* (2013-14) hat eine weltweit kontinuierlich zunehmende Ungleichheit nachgewiesen. Sie ist seiner Analyse nach den langfristigen Gesetzen „natürlicher“ Kapitalakkumulation zuzuschreiben. Der jüngste OECD-Bericht zu Vermögensverteilung und Ungleichheit vom Mai 2015 zeigt eine rasch auseinandergehende Schere zwischen Reich, Mittelklasse und Arm auch in den Mitgliedsländern der OECD, der Organisation der 34 entwickeltsten Länder, darunter in Vorreiterrolle in den USA.

Und?

Benedikter: Auch praktisch alle anderen Berichte, etwa die OECD 50-Jahr-Vorausschau bis 2060 (*Policy Challenges for the Next 50 Years*), oder die aktuell in Entwicklung befindliche Studie des *Club of Rome* zur Frage, wie das Wirtschaftssystem ohne größere neue System-Krisen weiterentwickelt werden kann, gehen davon aus, dass die Ungleichheitsentwicklung wegen den herrschenden Systemdynamiken weitergehen wird. Diese sind nur langfristig in den Griff zu kriegen.

Spielt Europa eine Vorreiterrolle in der Lösungsfindung? Und: Können die USA als westliche Leitmacht von Europa, dem am wenigsten ungleichen Kontinent, lernen? Wie wird sich das dann auf den Westen insgesamt auswirken?

Benedikter: Europa ist im wesentlichen immer noch eine Insel der Seligen. Aber immer weniger, wenn wir nicht vorbauen. Ironischerweise erwarten sich Wirtschaftsnoelpreisträger der USA von Europa heute mehr und bessere Impulse als von ihrer eigenen Regierung. Daher treten sie, wie etwa Joseph Stiglitz, gerade jetzt dem – europäisch dominierten – Club of Rome mit Sitz in der Schweiz bei. Immer mehr schauen auf Europa.

Warum?

Benedikter: Einfach, weil hier die meiste Erfahrung mit einem bewussten politischen Umgang mit Ungleichheit da ist. Europa hat das Wachstum der jüngsten Nach-Krisen-Jahre insgesamt besser als die USA für eine sozial partizipative Wirtschaftsentwicklung genutzt, wie etwa im Mai 2015 der neueste Report zur Wohlstandentwicklung der *Boston Consulting Group* gezeigt hat.²

In welchen Sektoren?

Benedikter: Unter anderem in den Bildungsinvestitionen, obwohl diese trotzdem noch nicht ausreichen.

Was sind die Gefahren wachsender Ungleichheit, abgesehen von den offensichtlichen sozialen Verwerfungen? Bedroht Ungleichheit die demokratischen Grundlagen?

Benedikter: Das hängt vom Grad an Ungleichheit ab. Manche übertreiben. Aber ab einem bestimmten Punkt bedroht Ungleichheit die Demokratie – und zwar gerade am (wahrgenommenen) Schnittpunkt zwischen Bildung, Aufstiegschancen und Politik. Wenn Bildung mangels staatlicher Investitionen und wegen eines neoliberalen Denkens, das sie vorrangig zum Geschäft macht, im Schnitt zu teuer für den arbeitenden Amerikaner wird, wie es heute zu sein scheint, wird die Mittelklasse im Kern ihrer Zukunftshoffnung getroffen. Und die Jugend rebelliert.

Wie reagiert Amerikas Mittelklasse darauf?

Benedikter: Mit Erschütterungen, die in die ganze Gesellschaft hineinstrahlen. Wie man derzeit in den USA, aber auch etwa in Chile, dem ungleichsten Land der Erde mit den höchsten Bildungspreisen sieht. In Chile sind Hunderttausende seit Jahren auf der Straße im Protest gegen die Nichtleistbarkeit von Bildung auch noch unter der „linken“ Präsidentin Bachelet.

In den USA könnte sich die Situation ohne Reformen an solche Verhältnisse annähern, sagen Sie?

Benedikter: Ja. Hier spitzt sich die Ungleichheits-Situation gerade im Bildungsbereich ebenfalls zu. In den USA ist der Bildungsbereich, mehr als in Europa, das Tor zum gesellschaftlichen Aufstieg.

Was genau geschieht eigentlich im weltweiten Nummer-1 Land der Ungleichheit, Chile? Sie haben dazu ja gerade ein Buch veröffentlicht: Chile in Transition: Challenges and Prospects of Latin America's Forerunner of Development (Springer International, New York 2015).³

Benedikter: Der Nexus Hochschulleistbarkeit-Ungleichheit-soziale Unruhen wird in Südamerikas wirtschaftlicher Vorbildnation schlagend. Chile hat das pro Kopf teuerste Hochschulsystem der Welt – und zeigt, was daraus wird, wenn es sich die breite Mittelklasse nicht mehr leisten kann: nämlich radikale Tendenzen aus der Jugend heraus. Im OECD-Land mit der höchsten Ungleichheit haben Sie heute auch die meisten Studentenproteste gegen die Ungleichheit im Erziehungsbereich, der zu Recht nicht einfach als spezialisierter Sektor unter anderen, sondern als Scharnier- und Umschlagspunkt für die gesamte Gesellschaftsentwicklung angesehen wird.

Zurück zum viert-ungleichsten Land der Erde, den USA. Bestimmt das Kapital, wer der nächste Präsident, die nächste Präsidentin werden wird?

Benedikter: Möglicherweise. Das war – bis auf wenige Ausnahmen in Krisenzeiten der US-Geschichte – meist so.

Aber?

Benedikter: Aber zugleich scheinen in einer plötzlichen „Heilung“ des sozialen Gewissens nun auf einmal alle Kandidaten auf einen „Kämpf-gegen-Ungleichheit“-Zug aufgesprungen. Von Hillary Clinton bis Rand Paul machen sie nun auf einmal Ungleichheit zum Kern ihrer Wahlkampfagenda, obwohl sie zumindest in guten Teilen von den Interessen des Großkapitals finanziert werden.

Warum glaubt die Mittelklasse nicht mehr an den „Amerikanischen Traum“ vom sozialen Aufstieg durch eigene Arbeit?

Benedikter: Weil sich die Mittelklasse den „Amerikanischen Traum“ nicht mehr leisten kann. Selbst wenn Sie drei Jobs haben und keine Ferien machen, werden Sie sich die drei Grundkomponenten des „Amerikanischen Traums“: ein eigenes Haus, eine sichere Gesundheits- und Altersversorgung und eine gute Hochschulbildung für ihre Kinder heute kaum mehr aus eigener Kraft leisten können. Dazu haben die stark gestiegenen Hauspreise wegen bewusster Immobilienspekulation der Banken auf der einen Seite und die stark gestiegenen Bildungspreise auf der anderen Seite beigetragen.

Obama hat in seiner Amtszeit den Abstieg der US-Mittelklasse zum Thema gemacht.

Benedikter: Ja, und das ist viel wert. Darunter mit mehreren viel diskutierten Aufrufen unter anderem in seinen „Reden zur Lage der Nation“ 2014 und 2015, das Thema ernster zu nehmen und gar zur nationalen Priorität zu erklären. Das allein wird, so wichtig es auch ist, Ungleichheit aber kaum beseitigen.

Gibt es eine Gegenbewegung gegen das amerikanische Establishment, das ja den Wahlkampf der meisten Kandidaten, einschließlich Hillary Clintons, mitfinanziert – und sich dafür Gegenleistungen wie eine „schwache“ soziale Agenda erhofft?

Benedikter: Bewegungen „von unten“ wie die *Wir sind die 99%*-Bewegung oder die *Occupy Wall Street*-Bewegung gibt es. Letztere ist allerdings nach dem medial verkündeten Ende der Finanzkrise praktisch wieder verschwunden, während Wall Street ständig neue Höhen nach

altem Muster erklimmt. Es gibt seit Jahren eine Studentenmobilisation gegen steigende Studiengebühren. Sie könnte sich auf die Unentschiedenen zugunsten eines Kandidaten mit Anti-Ungleichheitsagenda auswirken.

So wichtig sind die Studenten in den USA?

Benedikter: Vergessen wir nicht, dass an einem Studenten im Schnitt vier Wähler hängen. Das Thema Hochschulleistbarkeit könnte also eine durchaus ausschlaggebende Rolle bei den kommenden Wahlen spielen.

Wie Sie hervorheben, gibt es in diesem Wahlkampf auch neue Parteien, die neue Akzente einbringen – mit möglicherweise langfristigen Effekten.

Benedikter: Ja, etwa die „Transhumanistische Partei“ des Präsidentschaftskandidaten Zoltan Istvan. „Transhumanisten“ wollen, wie der Name schon sagt, mit allen Mitteln über den bisherigen Menschen und seine *conditio humana* hinaus. Dazu gehört auch das bisherige US-Sozialleben. Istvan schlägt, revolutionär für die US-Mentalität, Gratisbildung für alle (einschließlich Hochschulbildung) und ein bedingungsloses Grundeinkommen vor, finanziert von der zunehmenden Robotisierung des Alltags und der Automatisierung der Produktion. Dazu sollte statt Menschen massiv künstliche Intelligenz eingesetzt werden, wie es Toyota seit September 2015 in Kooperation mit den führenden Forschungseinrichtungen Stanford und MIT Boston bereits mit Großinvestitionen auf den Entwicklungsweg gebracht hat. Die Gewinne, die durch Technisierung gemacht werden, sollen laut den Transhumanisten besser vergesellschaftet werden. Obwohl Istvan die Präsidentschaft nicht gewinnen wird und das für Amerika ungewohnte Themen sind, könnte er damit andere beeinflussen – und beide Großparteien in Richtung einer stärker technologisch-sozialen Agenda drängen.

Wie sind solche Trends einzuschätzen? Entsteht hier eine neue Art von Techno-Politik, für die Technik die Lösung auch von Ungleichheit ist?

Benedikter: Istvan geht davon aus, dass Hyper-Technisierung aller Lebens- und Gesellschaftsbereiche in den kommenden Jahren unvermeidlich sein wird, ebenso wie die stärkere Verbindung von Technik mit dem menschlichen Körper und Bewusstsein. Dies zum Beispiel in

Form der zivilisatorisch und ökonomisch immer breiteren Anwendung von Gehirn-Computer- und Gehirn-Maschinen-Schnittstellen (*BCI's* und *BMI's*). Nach dem Internet- und Computer-Zivilisations-„Sprung“ der 1990er Jahre erwartet uns als nächste große Triebkraft, die eine ganze Ära definieren wird, das breite und umfassende Geschäft mit dem menschlichen Körper – nicht mehr vorrangig dessen Heilung im Sinn von „Gesundheit“ (*healing*), sondern nun im Hinblick auf dessen „Verbesserung“, „Aufrüstung“ und „Erweiterung“ (*enhancement*). Wer diese Agenda im Wahlkampf richtig zur Geltung bringt, wird in den USA zweifellos Aufmerksamkeit erhalten.

Aber die Kehrseite ist...

Benedikter: ... dass gerade die Agenda „Verschmelzung von Technik mit menschlichem Körper“ für neue, sogar ganz erhebliche Ungleichheit sorgen könnte. Denn die neuen „Human-Verbesserungstechnologien“ kosten sehr viel. Wer wird sie sich also leisten können? Wie der Direktor des „Zukunft der Menschheit Instituts“ der Oxford Universität, Nick Bostrom, einer der Mitbegründer des weltweiten Transhumanismus, im Sommer 2014 vor der BRAIN-Forschungsinitiative des US-Präsidenten hervorgehoben hat, werden das vermutlich nur die Reichsten sein – und das könnte einen noch viel größeren Abgrund zwischen den Klassen schaffen als bisher. Bostrom empfiehlt daher ebenso wie etwa das ebenfalls von ihm mitbegründete „Institute for Ethics and Emerging Technologies“ (IEET), das von Mitarbeitern des renommierten Trinity College Hartford geleitet wird, breit abfedernde Maßnahmen: also quasi eine proto-sozialistische Agenda im Technologiebereich gegen wachsende Ungleichheit. Die entsprechende Argumentation könnte in der Tat ein wichtiger Faktor für die US-Gesellschaftsentwicklung der kommenden Jahre werden. Bereits jetzt sehen viele Amerikaner den Gesundheitsbereich als nicht mehr leistbar – und also für sie nicht mehr voll zugänglich an.

Also fordert der „transhumanistische“ US-Präsidentschaftskandidat Istvan Gratsileistungen des Staates – um wenigstens die Grundchancen ähnlich zu halten. Undenkbar bis vor kurzem in den USA.

Benedikter: Ja. Aber auch, wenn das gelingen sollte – woran in Kenntnis der US-Mentalität und der US-Zivilreligion Zweifel angemeldet werden

können –, werden immer mehr Menschen von Arbeit „freigesetzt“ werden durch Technisierung. Das ist ein fortschreitender Prozess, den ich mittel- bis langfristig für irreversibel halte, weil er nicht nur systemisch, sondern von der Evolutionslogik selbst bedingt ist. Daher ist er von der meist noch auf mittelfristige Strukturkorrekturen ausgerichteten Politik schwer in den Griff zu kriegen. Technisierung wird zunächst die Arbeitslosigkeit erhöhen – und also Ungleichheit verstärken. Sie wird uns in den kommenden Jahrzehnten zu völlig neuen Ungleichheits-Erwägungen zwingen.

Sie sprachen Ende Mai 2015 für die OECD auf dem Internationalen Wirtschaftsfestival in Trient über die Rolle von Schule und Bildung in Bezug auf die Zukunft sozialer Mobilität. Ist Bildung noch der entscheidende Aufstiegsfaktor in den USA? Und wie steht im Vergleich dazu Europa da?

Benedikter: In den USA eben nur mehr grenzwertig. Obwohl Bildung als Faktor vertikaler sozialer Mobilität in Amerika sehr viel wichtiger ist als in Europa und praktisch das gesamte Leben vom High-School- und Hochschulabschluss abhängt, auch das gesamte Leben einer durchschnittlichen Familie um die Schule kreist, hat die amerikanische Mittelklasse immer größere Schwierigkeiten, sie für ihre Kinder zu bezahlen. Das ist heute vielleicht sogar der wichtigste Unruhefaktor in der amerikanischen Gesellschaft. In Europa hingegen, wo Bildung (noch) nicht diese alles überragende, aber wichtige Rolle spielt, sind die Verhältnisse besser. Europa hat mehr in die öffentliche Finanzierung von Bildung gesteckt.

Was muss Europa tun?

Benedikter: Wichtig ist, auch wenn dies manche für unrealistisch halten mögen, das Bildungsbudget auf mindestens 5% zu steigern. Gleiches gilt für Innovation und Forschung. Das ist die wichtigste Vorsorge gegen Ungleichheit. Das würde zweifellos eine massive Veränderung – einschließlich größerer Umschichtungen aus anderen Bereichen – notwendig machen, die nur über längere Zeiträume Schritt für Schritt erfolgen können. Es wird aber angesichts der Entwicklungsparameter kaum anders möglich sein.

Zweitens?

Benedikter: Europa muss Bildungsmeritokratie gesellschaftlich aufwerten, was bisher noch nicht überall ausreichend der Fall ist.

Und drittens?

Benedikter: Die Bildungstiefe und -qualität sollte verbessert werden, vor allem in Richtung Inter- und Transdisziplinarität. Man sieht auch beim Ungleichheits-Thema vor allem eines: Alle damit verbundenen Problemstellungen sind interdisziplinär. Daher können sie auch nur in einer inter- und transdisziplinären Blickrichtung verstanden und angegangen werden.

Inwiefern?

Benedikter: Es hat keinen Sinn, Ungleichheit nur in einem spezifischen Sektor zu bekämpfen. Ungleichheit nur im Gesundheitssektor zu bekämpfen, ohne den Technologie- und Bildungszugang zu berücksichtigen, ist Stückwerk und wird dem Problem in seiner systemischen Dimension, auf die es eben ankommt, nicht gerecht.

Wie kann der wachsenden Ungleichheit insgesamt durch „Paketpolitiken“ entgegengewirkt werden? Durch Frauenförderung, durch Bildungspolitik, durch neue Vermögenssteuern?

Benedikter: Sicher durch Frauenförderung und Bildungspolitik. Was Steuern betrifft, sollten wir unterscheiden zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit. Einkommensungleichheit betrifft, wie der US-Zugang richtig zeigt, im Kern die Zukunft, Vermögensungleichheit die Vergangenheit. Neue Steuern sind nur dann ein Weg, wenn sie nicht vorrangig auf Vermögen erhoben werden, denn das wurde ja vorher bereits versteuert. Steuern sollten erhoben werden auf Einkommen durch Vermögen, das spekulativ generiert wird, zum Beispiel durch passive Firmenbeteiligungen, Währungs- oder Börsenspekulation, und auch hier nur ab einem bestimmten Niveau. Dafür sollten andere Steuern zurückgefahren werden.

Wichtiger sind aber...?

Benedikter: Wichtiger sind Investitionen in den Schnittpunkt Technologie-Innovation. Sinnvoll ist eventuell auch ein europäisches „Work-in-progress“ an einem bedingungslosen Grundeinkommen, aber nur dann,

wenn es proportional und in Relation zu wachsender Technisierung und Automatisierung gesehen wird, in deren Rahmen das Grundeinkommen durch die Produktivitätsleistungen von Technologie finanziert wird. Kurz gesagt: Wenn die Maschinen die Arbeit tun, können sie die Menschen finanzieren – wenn das, was sie erwirtschaften, nicht nur den Maschinen-eignern zufließt, sondern breiter daran teilgehabt werden kann. Das ist keine Frage von „Sozialismus“, sondern ein neuartiges Feld, um das sich die soziale Marktwirtschaft in Theorie und Praxis kümmern wird müssen. Es wird zu einem Kern der Ungleichheitspolitiken von morgen werden.

Schließen wir mit einem Rundblick ab. Müssten wir bezüglich Ungleichheit mehr nach Asien schauen als nach Nordamerika? Kommen von dort Rezepte, Impulse?

Benedikter: Eher nicht. In Asien ist man letztthin eher schlechter mit Wachstumserträgen umgegangen als in den USA oder Europa. Asien hat eine Umwelt- und Natur-Ungleichheit entwickelt wie kaum eine andere Gegend, etwa in der neuen Leitnation China, die so nicht durchzuhalten sein wird. Gesunde Natur ist hier den Reichen vorbehalten. Außerdem sind viele Länder in Asien keine oder nur illiberale Demokratien, und die Umverteilung erfolgt autoritär oder mittels Klientelismus, zum Beispiel in China oder in Südostasien. Das Thema Umwelt-Ungleichheit und Umwelt-Ungerechtigkeit wird zu einem der zentralen Themen der kommenden Jahre in Asien werden, das hier bisher weit hinterherhinkt.

Europa als der bisher erfolgreichste Kontinent in sozialem Ausgleich muss also eigene Modelle entwickeln, wie mit der wachsenden Ungleichheit umzugehen ist?

Benedikter: Ja. Darunter kann die Kombination von – hoffentlich massiver! – Bildungs-, Technologie- und Innovationsinvestition mit einer Reform und besseren Koordination internationaler Unternehmensbesteuerung (gerade auch im Rahmen des geplanten transatlantischen Investitions- und Handelsabkommens TTIP), stärkerer Meritokratie und proportional zur Automatisierung schrittweise eingeführtem bedingungslosem Grundeinkommen ein Weg sein. Wir müssen diese Instrumente und Optionen auf ihre Kombinierbarkeit prüfen. Denn sonst können wir das Thema Ungleichheit nicht komplexitätsadäquat angehen.

Was wird am wichtigsten sein?

Benedikter: Zu erkennen, dass Ungleichheit nicht eine Frage für „die da unten“ ist, sondern auch für „die in der Mitte“ und, vielleicht am wichtigsten, für „die oben“. Wenn die Wohlhabenden erkennen, dass sie das Problem immer stärker berühren wird und es intelligenter ist, es gemäßigt und rechtzeitig in konzilianter Weise anzugehen, weil es sonst „von unten her“ ausarten könnte, ist ein großer Schritt getan.

Sind wir auf dem Weg zu dieser Einsicht?

Benedikter: Ja, und das könnte zu einer Handreichung zwischen den Gruppen führen. Nur eine solche Handreichung kann Ungleichheit langfristig nachhaltig lösen. Diese Handreichung sehe ich allerdings bis auf weiteres eher in Europa, weniger in den USA.

Konkret?

Benedikter: Mittel- bis langfristig wird die Kopplung von Technologie-niveau, Technologiezugang und Qualifikation die wichtigere Komponente für soziale Mobilität sein als das Steuerniveau. Deshalb sollte man bezüglich neue Steuern die Kirche im Dorf lassen. Europa hat ohnehin bereits die im Schnitt kombiniert höchste Steuerlast der Welt. Der Ball des Handelns liegt hier eher bei den USA.

- 1| *10. Festival Internazionale dell'Economia Trento / 10. Internationales Wirtschaftsfestival Trient, Mai 2015: http://static.valored.it/_storage/documents/sala-stampa/2015_04_24_settimana_trento.pdf.*
- 2| *A. Link: Mini-Wachstum, Maxi-Wirkung. Wow, geht es uns gut! In: Bild, 28.05.2015, <http://www.bild.de/politik/ausland/studie/wow-geht-es-uns-gut-41126356.bild.html>.*
- 3| *R. Benedikter and K. Siepmann (ed.s): Chile in Transition. Prospects and Challenges for Latin America's Forerunner of Development, Springer New York 2015, <http://www.amazon.de/Chile-Transition-Challenges-Forerunner-Development/dp/3319179500>.*



DER AUTOR

Roland Benedikter, Dott. Dr. Dr. Dr., ist Research Professor für Multidisziplinäre Politikanalyse am Willy Brandt Zentrum der Universität Wroclaw/Breslau, Senior Affiliate des Edmund Pellegrino Centers der Georgetown Universität Washington D.C., Trustee der Toynbee Prize Foundation Boston und Vollmitglied des Club of Rome. 2009-13 war er Research Affiliate am

Europa-Zentrum des Freeman Spogli Instituts für Internationale Studien der Stanford Universität, 2008-2015 Research Scholar für Multidisziplinäre Politikanalyse am Orfalea Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, 2008-12 Full Academic Fellow am Potomac Institute for Policy Studies Washington DC und 1995-2003 in der Südtiroler und europäischen Politik tätig.

Benedikter ist Autor von Büchern und Expertisen zu strategischen Fragen, darunter zum Präsidentschaftswahlkampf Obama gegen Romney 2012: „USA: Abkehr von Europa?“ (2012); von „Europa kann nicht bleiben, was es ist“ (Konrad Adenauer Stiftung 2014), zuletzt zu „China: Situation und Perspektiven des neuen globalpolitischen Akteurs“ (Springer Berlin 2014) sowie Co-Autor von zwei Pentagon und U.S. Generalstab „White Papers“ zu Neurotechnologie und Ethik (2013 und 2014) und von Ernst Ulrich von Weizsäckers „Bericht an den Club of Rome“ 2003: „Grenzen der Privatisierung“. Er schreibt unter anderem für *Foreign Affairs*, *Harvard International Review*, *Global Policy*, *New Global Studies*, *European Foreign Affairs Review* und *Challenge: The Magazine of Economic Affairs*.

Benedikter ist häufiger Kommentator internationaler Entwicklungen für den italienischen Staatsrundfunk RAI – Radiotelevisione Italiana, *Die Welt* Berlin und die *Wiener Zeitung – Amtsblatt der Republik Österreich*.

E-mail: rolandbenedikter@yahoo.de.